

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXIV. Jahrgang, Nr. 9

September 1961

Inhalt

Die österreichische Konjunktur zu Beginn der Herbstsaison 1961

Überwiegend noch angespannte Hochkonjunktur — Brutto-Nationalprodukt im II. Quartal um 5·5% höher als im Vorjahr — Annähernd gleich starkes Wachstum von Exporten und Importen, Konsum und Investitionen — Verbesserung der Zahlungsbilanz — Anhaltender Auftrieb von Preisen und Löhnen

Überblick — Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Landwirtschaft — Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Einzelhandelsumsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die österreichische Konjunktur zu Beginn der Herbstsaison 1961

Überwiegend noch angespannte Hochkonjunktur — Brutto-Nationalprodukt im II. Quartal um 5·5% höher als im Vorjahr — Annähernd gleich starkes Wachstum von Exporten und Importen, Konsum und Investitionen — Verbesserung der Zahlungsbilanz — Anhaltender Auftrieb von Preisen und Löhnen

Überblick

Die österreichische Wirtschaft steht gegenwärtig noch im Zeichen einer angespannten Hochkonjunktur. Die Knappheit an Arbeitskräften hat sich in den Sommermonaten saisonbedingt verschärft. Ende August kamen auf einen voll vermittlungsfähigen Arbeitsuchenden fast drei offene Stellen. Die sachlichen Produktionskapazitäten sind großteils ausgelastet, die Auftragsbestände in den Investitionsgüterindustrien nahmen bis Jahresmitte zu. Auch der anhaltende Auftrieb von Preisen und Löhnen läßt erkennen, daß die heimische Wirtschaft nach wie vor überfordert wird. Demgegenüber fallen einzelne Anzeichen einer konjunkturellen Entspannung, wie etwa die verhältnismäßig geringe Nachfrage nach Rohstoffen, Stahl und Energie, vorerst nicht entscheidend ins Gewicht.

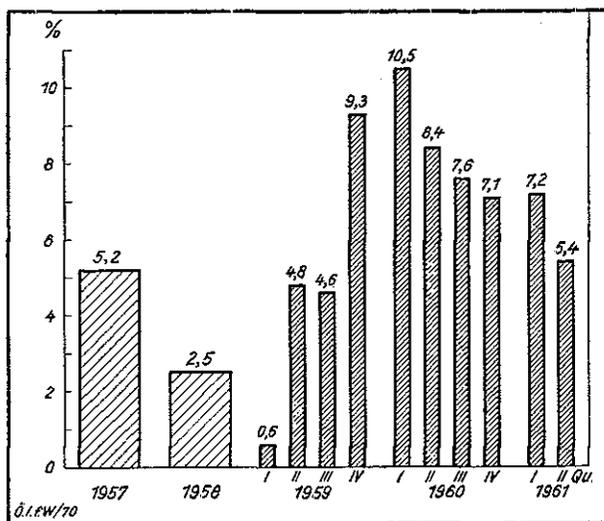
Stärkere Auftriebskräfte gehen gegenwärtig vom Export aus, der seit Jahresbeginn wieder zunimmt. Auch die privaten Konsumausgaben wachsen zum Teil unter spekulativen Einflüssen ziemlich stetig, wobei relativ mehr heimische und weniger

ausländische Produkte gekauft werden. Vor allem aber war die Kreditexpansion bis in die jüngste Zeit außerordentlich stark. Dadurch konnten die Unternehmungen viel investieren, obwohl sie seit Veranlagung der Gewinne 1959 weit mehr Steuern zahlen müssen als bisher. Dagegen ist das Budget dank steigenden Steuereinnahmen und rigorosen Sparmaßnahmen volkswirtschaftlich gesehen ausgeglichen.

Brutto-Nationalprodukt im II. Quartal um 5·5% höher als im Vorjahr

Das Wachstum der Wirtschaft hat sich seit Frühjahrsbeginn weiter verlangsamt. Das reale *Brutto-Nationalprodukt* war nach vorläufigen Berechnungen im II. Quartal um 5·5% höher als im Vorjahr, gegen 7·2% im I. Quartal 1960 hatte die Wachstumsrate noch durchschnittlich 8·4% betragen. Der Abstand gegen das Vorjahr ist vor allem in witterungsabhängigen Zweigen geringer geworden, da sie die seasonschwachen Monate zu Jahresbeginn besser als bisher ausnützen konnten.

Langsameres Wachsen des Brutto-Nationalproduktes
(Brutto-Nationalprodukt ohne Land- und Forstwirtschaft;
reale Veränderung gegen das Vorjahr in %)



Das wirtschaftliche Wachstum hat sich seit Jahresbeginn weiter verlangsamt. Das reale Brutto-Nationalprodukt (ohne Land- und Forstwirtschaft) war im II. Quartal um 5,4% höher als im Vorjahr. 1960 hatte die Zuwachsrate noch durchschnittlich 8,3% betragen. Das Brutto-Nationalprodukt wächst vor allem deshalb nicht mehr so stark wie bisher, weil die verfügbaren Reserven an Arbeitskräften und teilweise auch an sachlichen Kapazitäten ausgeschöpft sind. Konjunkturdämpfende Einflüsse von der Nachfrageseite her spielten vorerst nur eine geringe Rolle.

Die Industrie produzierte je Arbeitstag im I. Quartal um 6,5% und in den Monaten April bis Juli um 4,8% mehr als im Vorjahr. Nach den Tendenzmeldungen der Unternehmer im Konjunkturtest des Institutes dürfte diese Zuwachsrate auch im August erreicht worden sein. Recht gut schnitten im allgemeinen die Konsumgüterindustrien ab. Ihre Produktion ist meist noch elastisch und kann kurzfristig der Nachfrage angepaßt werden. Dagegen wuchs die Produktion von Grundstoffen und Investitionsgütern nicht mehr so rasch wie bisher. Im Kohlenbergbau hält die Strukturkrise unverändert an. Die stark exportorientierte Eisen- und Stahlindustrie wird durch die Abschwächung der internationalen Stahlkonjunktur in Mitleidenschaft gezogen. In den Investitionsgüterindustrien wird die Produktion vorerst hauptsächlich durch die knap-

pen Arbeitskräfte und Kapazitäten und nur vereinzelt durch Absatzschwierigkeiten begrenzt.

Die Landwirtschaft erntete nach inoffiziellen Schätzungen etwas mehr Getreide als im Rekordjahr 1960. Hackfrüchte und auch Wein dagegen gediehen infolge der Trockenheit im Spätsommer weniger gut. Die Obsternte fiel unterschiedlich aus. Die gesamte Pflanzenproduktion dürfte heuer annähernd gleich hoch, die tierische aber dank steigenden Milch- und Fleischleistungen höher sein als 1960. Die Forstwirtschaft schlugerte im II. Quartal um 6% (im 1. Halbjahr um 5%) mehr Holz als im Vorjahr. Die Holzpreise im In- und Ausland zeigen weiterhin eine steigende Tendenz.

Von den übrigen Wirtschaftszweigen schnitt insbesondere die Bauwirtschaft gut ab. Obwohl den Bauunternehmungen weniger Arbeitskräfte zur Verfügung standen, wurde im II. Quartal um etwa 7,5% mehr gebaut als im Vorjahr. Auch der Fremdenverkehr erzielte Rekordergebnisse, nicht zuletzt deshalb, weil der Südtirolkonflikt viele Österreicher davon abhielt, nach Italien zu reisen. In den Monaten April bis Juli nächtigten um 15% mehr Ausländer und um 6% mehr Inländer als im Vorjahr. Dagegen stagnierte der Verkehr, da wegen des Abbaues von Rohstoff- und Energievorräten verhältnismäßig wenig Massengüter transportiert wurden. Die Gütertransporte der Bahn waren in den Monaten April bis Juli um 1% niedriger als im Vorjahr. Die schwache Nachfrage nach Transportraum beeinträchtigte das finanzielle Ergebnis der Bundesbahnen.

Leistungssteigerung in wichtigen Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	1960	1961	
		I. Quartal	April bis Juli
		Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Industrieproduktion	+ 8,7	+ 6,5	+ 4,8
Bauwirtschaft	+ 4,9	+ 16,3	+ 7,5 ¹⁾
Güterverkehr Bundesbahn (n-t-km)	+ 14,9	+ 3,1	- 1,0
Fremdenverkehr (insgesamt)	+ 5,9	+ 19,2	+ 11,4
Einzelhandel	+ 6,5	+ 12,7	+ 5,3
Land- und Forstwirtschaft	+ 8,5	+ 7,0	+ 6,0 ¹⁾

¹⁾ II. Quartal.

Die Ausweitung des Nationalproduktes wurde stärker als bisher durch die Knappheit an Arbeitskräften begrenzt. Die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt erreichten im Sommer saisonbedingt ihren Höhepunkt. Ende August waren nur um 25.900 oder 1,1% mehr unselbständige Arbeitskräfte beschäftigt als im Vorjahr, obwohl die verfügbaren Reserven an Arbeitskräften praktisch ausgeschöpft wurden und in den letzten Monaten mehr Jugendliche dem Arbeitsmarkt zuströmten als in den Jahren vorher.

Das reale Brutto-Nationalprodukt

Zeit	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %	
	Insgesamt	Ohne Land- und Forstwirtschaft
1959	+ 3,2	+ 5,4
1960	+ 8,4	+ 8,3
1961 I. Qu.	+ 7,2	+ 7,2
II. Qu.	+ 5,5	+ 5,4

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden war Ende August mit 35.200 (darunter 17.700 beschränkt Vermittlungsfähige) niedriger als je zuvor. Gleichzeitig boten die Arbeitsämter 48 100 offene Stellen an, um 10.900 mehr als im Vorjahr. Auf je 100 offene Stellen entfielen nur 73 vorgemerkte und 35 voll vermittlungsfähige Arbeitsuchende. Der Mangel an Arbeitskräften war allgemein. In 21 von 27 Berufsklassen, die die Arbeitsmarktstatistik ausweist, gab es im Sommer mehr offene Stellen als voll vermittlungsfähige Arbeitsuchende. In den Vorjahren hatte sich der Arbeitskräftemangel auf einige wenige Berufe (z. B. Bauarbeiter, Holzarbeiter, graphische Arbeiter) beschränkt.

Arbeitsuchende und offene Stellen Ende Juli

(■ Zahl der offenen Stellen größer als Zahl der voll vermittlungsfähigen Arbeitsuchenden)

Berufsklassen	1958	1959	1960	1961
Land- und Forstwirtschaft	■	■	■	■
Bergleute	■	■	■	■
Techniker	■	■	■	■
Steingewinner	■	■	■	■
Bauberufe	■	■	■	■
Eisen- und Metallarbeiter	■	■	■	■
Holzverarbeiter	■	■	■	■
Ledererzeuger	■	■	■	■
Textilberufe	■	■	■	■
Bekleidungshersteller	■	■	■	■
Papierhersteller	■	■	■	■
Graphische Berufe	■	■	■	■
Chemiearbeiter	■	■	■	■
Nahrungs- und Genussmittelarbeiter	■	■	■	■
Hotel- und Gaststättenberufe	■	■	■	■
Kaufmännische- und Büroberufe	■	■	■	■
Verkehrsberufe	■	■	■	■
Geldwesen	■	■	■	■
Reinigungsberufe	■	■	■	■
Körperpflegeberufe	■	■	■	■
Gesundheits- und Fürsorgeberufe	■	■	■	■
Bildungs- und Kunstberufe	■	■	■	■
Rechts- und Wirtschaftsberufe	■	■	■	■
Berufe des öffentl. Dienstes	■	■	■	■
Hauswirtschaftliche Berufe	■	■	■	■
Maschinisten, Heizer	■	■	■	■
Hilfsberufe allgemeiner Art	■	■	■	■

Die Knappheit an Arbeitskräften ließe sich durch eine bessere regionale, branchenmäßige und betriebliche Verteilung der Beschäftigten mildern. Zahlreiche Arbeitskräfte werden gegenwärtig in strukturell notleidenden Betrieben (vor allem in der Energiewirtschaft) beschäftigt, die auf namhafte finanzielle Zuschüsse des Bundes oder der verstaatlichten Unternehmungen angewiesen sind und im Zuge der europäischen Integration — insbesondere wenn die Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages übernommen werden — vermutlich ohnehin nicht gehalten werden können. Durch rechtzeitige Umschichtungen dieser Arbeitskräfte ließen sich, selbst wenn größere Umschulungshilfen und Zuschüsse zwecks Vermeidung sozialer Härten gewährt wer-

den, größere Beträge einsparen und die Wirtschaftsstruktur verbessern.

Außer dem Arbeitsvolumen wächst auch die *Arbeitsproduktivität* nicht mehr so rasch wie bisher. Im I. und II. Quartal produzierte die österreichische Wirtschaft je Beschäftigten (Selbständige und Unselbständige) um 5,7% und 4,8% mehr als im Vorjahr, gegen 7,2% im Durchschnitt 1960. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt man für die Arbeitsproduktivität in der Industrie (Produktion je unselbständig Beschäftigten): ihre Zuwachsraten sanken von 5,7% im Jahre 1960 auf 4,1% von April bis Juli 1961. Die Verlangsamung des Produktivitätsfortschrittes ist eine zwangsläufige Folge der Hochkonjunktur. Die verfügbaren Produktivitätsreserven wurden im Aufschwung großteils ausgeschöpft und die produktivitätssenkenden Einflüsse der Überbeschäftigung gewinnen mehr und mehr an Bedeutung. Die Rate der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung von 4,8% im II. Quartal 1961 war jedoch noch immer bemerkenswert hoch.

Ausgeglichene Nachfragestruktur

Die konjunkturellen Auftriebskräfte verteilen sich gegenwärtig ziemlich gleichmäßig auf Außenwirtschaft und Binnenwirtschaft, und in der Binnenwirtschaft auf Konsum und Investitionen. Die Wachstumsraten der einzelnen volkswirtschaftlichen Nachfrageströme weichen — abgesehen von Zufallsschwankungen — nur wenig voneinander ab. Die relative Ausgewogenheit der Nachfragestruktur unterscheidet die gegenwärtige Hochkonjunktur vom Konjunkturaufschwung 1959/60, in dessen Verlauf die einzelnen Teile der kaufkräftigen Nachfrage sprunghaft und sehr ungleich gewachsen waren.

Der *private Konsum*, der im Aufschwung etwas ins Hintertreffen geraten war, nahm bis in die jüngste Zeit ziemlich stetig zu, obwohl das allgemeine wirtschaftliche Wachstum schwächer wurde. Die Unterschiede in den Zuwachsraten vom I. Quartal (+10%) und II. Quartal (+3%) gehen ausschließlich auf Verschiebungen im Ostergeschäft zurück. In beiden Quartalen zusammen war der private Konsum ebenso wie im 2. Halbjahr 1960 real um 6,5% höher als im Vorjahr. Nominell haben die Konsumausgaben sogar stärker zugenommen als bisher. Nach den ausgezeichneten Einzelhandelsumsätzen im Juli, auf die mehr als die Hälfte der Konsumausgaben entfallen, dürfte die Kauflust der Verbraucher in den Sommermonaten unverändert hoch geblieben sein. Kurz- und langlebige Konsum-

güter gehen seit Jahresbeginn annähernd gleich gut, während im Aufschwung langlebige bevorzugt wurden. Dadurch sank die Importabhängigkeit des Konsums, denn viele langlebige Güter wurden hauptsächlich aus dem Ausland bezogen. (In den ersten sieben Monaten wurden z. B. um 4% weniger Personenkraftwagen importiert als im Vorjahr.)

Die anhaltend kräftige Zunahme des privaten Konsums kann aus verschiedenen Gründen erklärt werden: die Masseneinkommen sind stetig gestiegen, die Einkommensstruktur hat sich zugunsten einkommensschwacher Schichten verschoben (Rentenreform, Erhöhung der Anfangsbezüge), die Verteuerung verschiedener Güter, schließlich innen- und außenpolitische Ereignisse (zuletzt die Berlinkrise) haben zu spekulativen Käufen angeregt. Die vermehrten Geldausgaben der Verbraucher allein hätten jedoch den realen Konsum nicht so stark zu steigern vermocht, sondern nur die Preise erhöht, wenn nicht gleichzeitig der Auftrieb auf den Investitionsgütermärkten schwächer geworden wäre und damit Spielraum für ein gesteigertes Konsumgüterangebot gelassen hätte

Privater Konsum und Brutto-Investitionen

Zeit	Privater Konsum	Brutto-Investitionen
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %
1959	+ 5,1	+ 4,3
1960	+ 6,7	+ 12,6
1961 I. Qu.	+ 10,3	+ 19,0
II. Qu.	+ 3,2	+ 4,2

Die *Brutto-Investitionen* des Anlagevermögens waren real im I. Quartal um 19% und im II. Quartal um 4% höher als im Vorjahr. Auch hier geben die Quartalszahlen die Entwicklung etwas verzerrt wieder, denn dank dem milden Wetter und wegen der Knappheit an Arbeitskräften wurde mehr als sonst zu Jahresbeginn investiert. Einige Investitionsgüterindustrien dürften außerdem im Frühjahr an größeren Aufträgen gearbeitet und daher vorübergehend nur verhältnismäßig wenig Investitionsgüter ausgeliefert haben¹⁾. Eine Verflachung der Investitionskurve ist jedoch auch dann erkennbar, wenn man beide Quartale zusammenfaßt, also noch die Periode besonders hoher Investitionsneigung an der Jahreswende mit einschließt. Die Zuwachsrate sank

¹⁾ Die Maschinenindustrie z. B. hat im II. Quartal neue Arbeitskräfte aufgenommen und durchschnittlich um 6% mehr Personen beschäftigt als im Vorjahr, während der statistisch erfaßte Ausstoß an Maschinen nur annähernd gleich hoch war

von 12,6% im Durchschnitt 1960 auf 9,8% im I. Halbjahr 1961.

Die geringere Zunahme der Investitionen hat vorwiegend reale Ursachen. Die Bauwirtschaft ist stärker überlastet als je zuvor. Die Abwanderung von Bauarbeitern in die Industrie, wo ihnen Dauerarbeitsplätze geboten werden, kann nur zum Teil durch einen stärkeren Einsatz kostspieliger Baumaschinen wettgemacht werden, da die Maschinen oft nur die menschliche Arbeit erleichtern und abwechslungsreicher gestalten, aber kaum Arbeitskräfte oder Zeit sparen. Auch in den Investitionsgüterindustrien dürfte im ganzen die Nachfrage noch den Produktionsmöglichkeiten vorauslaufen. Dafür spricht jedenfalls, daß die Auftragsbestände bis Jahresmitte eine steigende Tendenz hatten. Nach Erhebungen im Konjunkturtest des Institutes reichten die Aufträge Ende Juni in der Maschinenindustrie für durchschnittlich 7 Monate und in den Investitionsgüter erzeugenden Sparten der Elektroindustrie für durchschnittlich 5 Monate

Möglicherweise zeichnet sich auch bereits eine Mäßigung der Investitionsgüternachfrage ab. Die Liquidität der Unternehmungen ist seit Jahresbeginn merklich gesunken. Mitte 1961 waren die privaten Scheckeinlagen (Sicht- und Termineinlagen), die fast ausschließlich von Unternehmungen gehalten werden, um etwa 200 Mill. S oder fast 2% niedriger als im Vorjahr. Gleichzeitig sind aber die Geldumsätze der Unternehmungen um mindestens 9% und ihre Bankschulden um etwa 7 Mrd. S oder ein Fünftel gestiegen. Die Liquiditätsanspannung dürfte zum Teil daher rühren, daß seit Veranlagung der Gewinne 1959 größere Steuerzahlungen fällig wurden — die Erträge der veranlagten direkten Steuern waren im I. Halbjahr um 0,8 Mrd. S oder 24% höher als im Vorjahr —, die Unternehmungen aber zunächst noch viel investierten. Da sie überdies, wie stets bei Hochkonjunktur, größere Betriebsmittel benötigten, mußten sie mehr Fremdkapital beanspruchen und, soweit dieses nicht ausreichend verfügbar war, auf Kassenreserven zurückgreifen. Die knappe Liquidität und die zunehmende Verschuldung haben schon bisher viele Betriebe zu einer vorsichtigeren Vorratswirtschaft veranlaßt. Sie werden voraussichtlich auch die Anlageinvestitionen beeinflussen, sobald alte Investitionsgüteraufträge ausgeliefert und früher begonnene Investitionsprojekte fertiggestellt sein werden. Das gilt vor allem dann, wenn die Absatzchancen auf einzelnen Märkten schwächer werden und die Investitionstätigkeit in verschiedenen westeuropäischen Staaten weiter nachlassen sollte

Verbesserung der Zahlungsbilanz

Ähnlich wie bei Konsum und Investitionen haben sich auch bei Export und Import die Wachstumsraten einander angeglichen. Waren im Konjunkturaufschwung die Importe zunächst viel rascher gewachsen als die Exporte — noch 1960 wichen die Zuwachsraten mit 24% und 16% stark voneinander ab —, so wurden in den ersten 7 Monaten 1961 um fast den gleichen Prozentsatz mehr Waren eingeführt (9%) als ausgeführt (8%). Im II. Quartal eilte sogar vorübergehend die Ausfuhr (8%) der Einfuhr (4%) voraus.

Der Export hat seit Jahresbeginn neuen Auftrieb erhalten. Die saisonbereinigten Werte, die im 2. Halbjahr 1960 fast stagniert hatten, zeigten wieder eine deutlich steigende Tendenz (Die Zunahme war allerdings nicht so stark wie im 1. Halbjahr 1960, so daß der Abstand gegen die jeweiligen Vorjahresmonate dennoch geringer wurde.) Besonders Maschinen und Verkehrsmittel, Konsumfertigerwaren und Nahrungsmittel wurden in größeren Mengen exportiert. Dagegen war die Ausfuhr von Halbwaren nur wenig höher und die von Rohstoffen sogar etwas niedriger als im Vorjahr, hauptsächlich weil im Ausland die Stahlkonjunktur nachließ und die Konkurrenz auf den Holzmärkten schärfer wurde. Besonders günstig entwickelte sich der Export in die EFTA: sein Anteil an der Gesamtausfuhr stieg von 12,0% im II. Quartal 1960 auf 13,7% im II. Quartal 1961. Dagegen konnte der Exportanteil der EWG nicht ganz gehalten werden (er sank von 51,1% auf 50,9%). Die Belebung der amerikanischen Konjunktur schlug sich erstmalig im Juli in den Exportumsätzen nieder.

Einfuhr und Ausfuhr

Zeit	Einfuhr		Ausfuhr
	insgesamt	ohne Nahrungs- und Genußmittel	
	Wertmäßige Veränderung	Veränderung gegen in %	das Vorjahr
1959	+ 6,6	+ 5,1	+ 5,4
1960	+ 23,7	+ 26,8	+ 15,8
1961 I. Qu.	+ 14,2	+ 20,0	+ 8,7
April bis Juli	+ 4,7	+ 9,9	+ 7,2

Die Tendenz abnehmender Importzuwächse ist — wie schon wiederholt erwähnt wurde — zum Teil eine Folge der ausgezeichneten vorjährigen Ernte. Im I. Quartal wurden um 17% und in den Monaten April bis Juli um 26% weniger Nahrungs- und Genußmittel eingeführt als im Vorjahr. Da auch heuer ziemlich viel Brotgetreide geerntet wurde und die tierische Produktion anhaltend

steigt, dürften weiterhin nur verhältnismäßig wenig Nahrungsmittel aus dem Ausland benötigt werden. Feiner war die Rohstoffeinfuhr von April bis Juli nur um 2% höher als im Vorjahr, nahm also viel schwächer zu als Industrieproduktion und Bruttonationalprodukt. Die Betriebe sind offenbar reichlich mit Rohstoffen eingedeckt und schieben — da sie knapp an liquiden Mitteln sind und die Weltmarktpreise teilweise sinken — Nachschaffungen auf. Der Abbau von Rohstoffvorräten ist jedoch gerade in der gegenwärtigen Situation gesamtwirtschaftlich problematisch. Angesichts der ersten weltpolitischen Spannungen, insbesondere der Berlin-Krise, sollte die österreichische Wirtschaft über bestimmte Mindestvorräte an wichtigen ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln verfügen, damit die heimische Produktion und die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Verbrauchsgütern auch dann aufrechterhalten werden kann, wenn die Zufuhren aus dem Ausland vorübergehend gestört werden. Die aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen ratsame Bevorratung kann nicht nur der Initiative der einzelnen Betriebe und Haushalte überlassen werden, sondern bedarf auch entsprechender wirtschaftspolitischer Vorkehrungen.

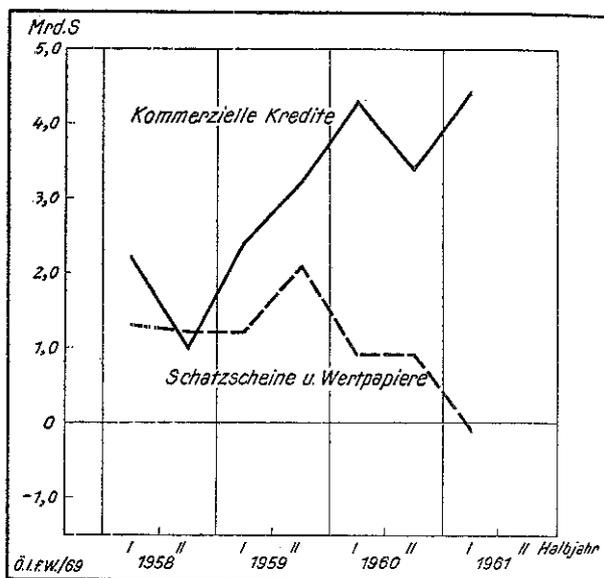
Das reichliche Angebot an landwirtschaftlichen Produkten und das Zurückhalten mit Rohstoffkäufen erklären jedoch nur zum Teil das Nachlassen des Imports. Auch die Einfuhr von Industriewaren wächst nicht so rasch wie bisher. Halbwaren z. B. wurden im Jahr 1960 und im I. Quartal 1961 um 27% und 30%, von April bis Juli aber nur noch um 12% mehr eingeführt als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig sank die Zuwachsrate der Fertigwarenimporte von 30% auf 25% und 13%. Diese Entwicklung scheint im ersten Augenblick nur schwer mit der allgemeinen Konjunktur vereinbar zu sein, denn die Knappheit an Arbeitskräften und die hohen Auftragsbestände, vor allem der Investitionsgüterindustrien, hätten erwarten lassen, daß die Kunden auf ausländische Produkte ausweichen und die Importe von Industriewaren besonders kräftig steigen. Zweierlei ist jedoch zu berücksichtigen: Einmal hat sich die heimische Nachfrage zugunsten von Produkten verschoben, die hauptsächlich im Inland hergestellt werden (z. B. von dauerhaften Konsumgütern zu Nahrungsmitteln), zum anderen sind die „komplementären“ Industriewarenimporte, die als Vorprodukte in die heimische Produktion eingehen und mit ihr schwanken, wahrscheinlich von größerer Bedeutung als die „konkurrierenden“ Industriewarenimporte, die heimische Produkte ersetzen. Das gilt umso mehr, als

auch ausländische Firmen längere Lieferfristen beanspruchen und die Einfuhr von Konkurrenzprodukten meist noch mengenmäßig beschränkt wird.

Die Angleichung der Zuwachsraten im Außenhandel und das zumindest zeitweilige Vorauseilen der Exporte wirkten sich günstig auf *Handels- und Zahlungsbilanz* aus. Der Einfuhrüberschuß, der bis Anfang 1961 stetig zugenommen hatte, war von April bis Juli mit 2'0 Mrd. S um 7% (im II Quartal sogar um 15%) niedriger als im Vorjahr. Da überdies der Fremdenverkehr höhere Erträge brachte und per Saldo etwas Kapital importiert wurde, wuchsen die valutarischen Bestände der österreichischen Wirtschaft schon im II. Quartal, also noch vor Beginn der Reisesaison, um 604 Mill. S. Im II. Quartal 1960 hatten sie um 271 Mill. S abgenommen. Das Defizit vom I. Halbjahr von 386 Mill. S konnte schon im Sommer mehr als ausgeglichen werden. In den Monaten Juli und August flossen der Notenbank dank dem lebhaften Ausländer-Reiseverkehr per Saldo 1 8 Mrd. S Devisen zu, um 700 Mill. S mehr als im Vorjahr. Berücksichtigt man weiters, daß bis Jahresende größere Kapitalimporte zu erwarten sind — schon in den nächsten Wochen wird eine Schweizer Anleihe eingehen und gegen Jahresende werden Entschädigungszahlungen der Bundesrepublik Deutschland anlaufen —, so dürften die valutarischen Bestände der österreichischen Wirtschaft heuer um mindestens 1 Mrd. S zunehmen. Im Vorjahr hatten sie um 0 6 Mrd. S abgenommen.

Die Aktivierung der Zahlungsbilanz vermehrt das Angebot an Notenbankgeld und lockert damit die Liquiditätsklemme des Kreditapparates. Dennoch ist kaum mehr als eine saisonbedingte Entlastung des *Geldmarktes* zu erwarten, da den Kreditunternehmungen ungewöhnlich viel Bargeld entzogen wird. Der Umlauf an Noten und Münzen ist in den ersten sieben Monaten um 1 746 Mill. S gestiegen und dürfte bis Jahresende noch um mindestens 400 Mill. S zunehmen. Bisher war jährlich etwa 1 Mrd. S, also nur halb so viel Bargeld, von der Wirtschaft zusätzlich beansprucht worden. Die unerwartet kräftige Zunahme des Bargeldumlaufes kann nicht allein mit den steigenden Masseneinkommen erklärt werden, denn ihre Zuwachsrate war 1960 nur wenig geringer und in den Konjunkturjahren 1954 und 1955 sogar größer als 1961. Möglicherweise hat die anhaltende Beunruhigung, auch innen- und außenpolitische Ereignisse, die Bevölkerung veranlaßt, einen größeren Teil ihrer liquiden Mittel in Bargeld zu halten und relativ weniger auf Sparkonten einzulegen. Infolge des

Verstärkung der Kreditausweitung
(Normaler Maßstab; Veränderungen pro Halbjahr in Mrd. S)



Nach einer gewissen Abschwächung im 2. Halbjahr 1960 setzte sich die Kreditexpansion seit Anfang 1961 wieder verstärkt fort. Im 1. Halbjahr wurden von den Kreditunternehmungen 4 401 Mill. S kommerzielle Kredite zusätzlich vergeben (ohne Rückzahlung des Kommerzkredites des Bundes sogar 4 891 Mill. S), um 104 Mill. S und 594 Mill. S mehr als im Vorjahr. Im Juli war die Ausweitung des kommerziellen Kreditvolumens größer als je zuvor. Die Gewährung zusätzlicher kommerzieller Kredite an die Wirtschaft wurde den Kreditunternehmungen dadurch erleichtert, daß der Staat kurzfristige Schulden tilgte und den heimischen Kreditapparat nur sparsam beanspruchte.

hohen Bargeldbedarfes der Wirtschaft wird der Kreditapparat an der Jahreswende selbst dann um fast 1 Mrd. S stärker an die Notenbank verschuldet sein als Ende 1960, wenn ihm im Wege der aktiven Zahlungsbilanz über 1 Mrd. S zusätzliches Notenbankgeld zufließen sollte.

Bargeld und Einlagen bei den Kreditunternehmungen

	1960	1961
	Jänner bis Juli	
	Zunahme in Mill. S	
Bargeld ¹⁾	+ 568	+ 1 566
Sicht- und Termineinlagen	+ 808	+ 809
Spareinlagen ²⁾	+ 3 641	+ 2 933
Summe	+ 5 017	+ 5 308

¹⁾ Noten und Münzen, ohne Kassenbestände der Kreditunternehmungen — ²⁾ Einschließlich Zinsgutschriften

Die gegen Jahresende zu erwartende neuerliche Anspannung des Geldmarktes könnte die Kreditunternehmungen veranlassen, *kommerzielle Kredite* künftig vorsichtiger zu vergeben. Bisher hatte die Verringerung des Liquiditätsspielraumes keinen

deutlich erkennbaren Einfluß auf die Kreditgewährung der Institute. Das kommerzielle Kreditvolumen stieg im 1. Halbjahr um 4 401 Mill. S (ohne die Rückzahlung des Kommerzkredites des Bundes von 490 Mill. S sogar um 4 891 Mill. S), gegen 4 297 Mill. S im Vorjahr. Im Juli war die Kreditausweitung mit 1 266 Mill. S größer als je zuvor. Die in den Kreditkontrollabkommen festgelegten Kreditplafonds, die lange Zeit unwirksam waren, wurden Ende Juli wieder stärker überschritten.

Die Gewährung zusätzlicher kommerzieller Kredite wurde den Kreditunternehmungen durch die Konsolidierung des Bundesbudgets erleichtert. Dank den konjunkturbedingt kräftig steigenden Staatseinnahmen und der erfolgreichen Sparpolitik des Finanzministers konnte das ursprünglich für 1961 mit 2,6 Mrd. S veranschlagte Defizit merklich verringert werden und wird voraussichtlich nur etwa so hoch sein wie der in der ordentlichen Gebahrung vorgesehene Betrag für Schuldentilgung (1,0 Mrd. S). Die Verschuldung des Staates an den Kreditapparat konnte im II. Quartal um etwa 700 Mill. S verringert werden (Rückzahlung von 490 Mill. S kommerziellen Krediten, Tilgung von 156 Mill. S Schatzscheinen, u. a.) und dürfte bis Jahresende weiter sinken. Mitte September waren bereits 500 Mill. S Schatzscheine getilgt.

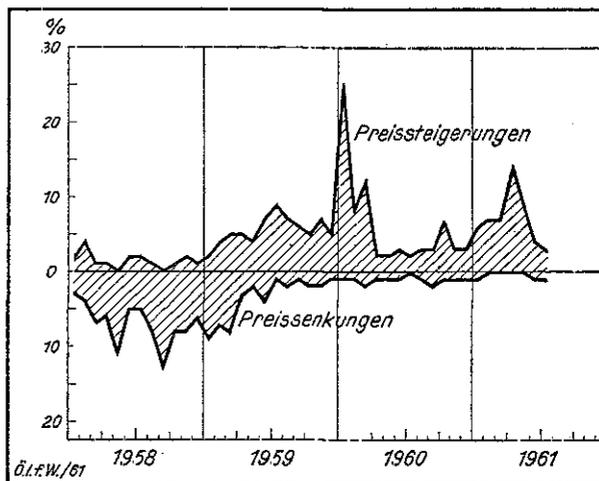
Anhaltender Auftrieb von Preisen und Löhnen

Der Preisauftrieb hat sich bis in die jüngste Zeit weiter verstärkt. Die verfügbaren Preisindizes waren Mitte August durchwegs höher als zu Frühjahrsbeginn, obwohl saisonbedingt ein Rückgang zu erwarten war. Seit August 1960 sind die Indizes der Großhandelspreise um 3,4%, der Baukosten um 6,4% und der Verbraucherpreise (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) um 3,8% gestiegen. Der Abstand gegen das Vorjahr hat sich seit Monaten ständig vergrößert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nach wie vor Saisonprodukte reichlich und preiswert angeboten wurden. Ohne Saisonprodukte waren die Verbraucherpreise Mitte August um 4,6% höher. Der dämpfende Einfluß der Saisonprodukte wird voraussichtlich ab Oktober wegfallen, da die Ernten an Spätobst weniger gut sein werden als im Vorjahr. Die heurigen Preissteigerungen sind die höchsten seit der Stabilisierung der Währung Ende 1951.

Die Preissteigerungen beunruhigen nicht nur wegen ihrer Höhe, sondern auch wegen ihrer breiten Streuung. Seit dem Vorjahr sind fast alle wichtigen Bedarfsgüter teurer geworden. Von 66 Waren

Anhaltender Preisauftrieb

(Normaler Maßstab; Anteil der Industriefirmen, die in dem betreffenden Monat ihre Preise erhöhten oder senkten, in %; auf Grund des Konjunkturtestes des Institutes)



Die industriellen Erzeugerpreise schwanken im allgemeinen mit der Konjunktur. Hatten während der Konjunkturdämpfung 1958 Monat für Monat viel mehr Industriefirmen sinkende als steigende Erzeugerpreise gemeldet, so kehrte sich das Verhältnis seit dem Konjunkturaufschwung Mitte 1959 um. Im 1. Halbjahr 1961 haben im Monatsdurchschnitt etwa 7% der Firmen ihre Preise erhöht, während nicht einmal 1/2% Preissenkungen meldeten. Die Häufung von Preiserhöhungen in bestimmten Perioden geht hauptsächlich auf Verteuerungen wichtiger Schlüsselprodukte (z. B. von Eisen und Stahl Anfang 1960) und auf das Zusammentreffen von Lohn-erhöhungen in verschiedenen Branchen (z. B. im Frühjahr 1961) zurück.

und Leistungen, für die das Statistische Zentralamt durchschnittliche Verbraucherpreise für ganz Österreich berechnet, waren im August 46% teurer und nur 5% billiger als im Vorjahr. Die Teuerung erstreckte sich sowohl auf Leistungen öffentlicher Betriebe (Tarife der Bundesbahn und der Straßenbahn 25% bis 33%, Zigaretten 39%), als auch auf Grundnahrungsmittel (Milch 5%, Mehl und Mahlprodukte 5% bis 11%), Industriewaren (Bekleidung durchschnittlich 3%, Haushaltsgeräte 6%) und Dienstleistungen (Friseur 5% bis 14%). Vereinzelt Preissenkungen fielen, mit Ausnahme der von Saisonprodukten, kaum ins Gewicht. Ähnliches gilt für die industriellen Erzeugerpreise. Nach den Tendenzmeldungen der Unternehmungen im Konjunkturtest des Institutes war die Zahl der Firmen, die aus verschiedenen Gründen ihre Preise erhöhten, Monat für Monat viel höher als die Zahl der Firmen, die Preissenkungen meldeten. Besonders in den Monaten April und Mai haben sich Preiserhöhungen im Zusammenhang mit Lohnforderungen in verschiedenen Industriezweigen gehäuft.

Hand in Hand mit den Preisen und etwa gleich stark wie das nominelle Nationalprodukt, aber viel stärker als die reale Produktion, erhöhten sich die *Masseneinkommen*. Nach Schätzungen des Institutes waren die Nettoeinkommen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Pensionisten und Rentner im I und II. Quartal um 8,7% und 9,4% höher als im Vorjahr. 1960 hatte die Zuwachsrate durchschnittlich 8,3% betragen. Die Masseneinkommen sind vor allem infolge höherer Bezüge in der Privatwirtschaft und wegen der Rentenreform etwas stärker gestiegen als 1960. Die Beschäftigung nahm nicht mehr so stark zu und die Erhöhung der Bezüge im öffentlichen Dienst trat erst ab Juli in Kraft. Die Industrie zahlte im Durchschnitt der Monate April bis Juli um 7,9% und 9,0% höhere Bruttoverdienste an Arbeiter und Angestellte. Die Knappheit an Arbeitskräften läßt vermuten, daß sich die Spanne zwischen Mindestlöhnen und tatsächlichen Verdiensten weiter vergrößert hat.

Nach der sommerlichen Pause beraten die wirtschaftlichen Interessenvertreter neuerlich über Maßnahmen zur Eindämmung des Preis- und Lohnauftriebes. Unter anderem werden Zollsenkungen, die Zulassung eines größeren Kontingentes ausländischer Arbeitskräfte um kartellrechtliche Maßnahmen erwogen. Rasche und wirksame Stabilisierungsmaßnahmen — wozu auch die baldige Verabschiedung eines ausgeglichenen Budgets 1962 gehört — sind nicht zuletzt deshalb nötig, weil sich in verschiedenen europäischen Ländern bereits eine Beruhigung der Konjunktur abzeichnet, die österreichische Wirtschaft also nicht mehr damit rechnen kann, daß Preise und Kosten im Ausland weiter steigen werden. Ein Vorprellen des heimischen Preisniveaus brächte jedoch die österreichische Wirtschaft am Vorabend der Integrationsverhandlungen mit der EWG in eine ungünstige Ausgangsposition und könnte einen stärkeren Konjunkturrückschlag zur Folge haben.

Wahrung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.10

Anhaltend starke Ausweitung des kommerziellen Kreditvolumens

Der Kreditapparat *veranlagte* im II. Quartal per Saldo 1 995 Mill. S in kommerziellen Krediten, Wertpapieren und Schatzscheinen, um 585 Mill. S weniger als im Vorjahr. Die Kreditunternehmungen sahen sich schon seit Jahresbeginn zu einer etwas vorsichtigeren Veranlagungspolitik veranlaßt, da ihnen nur wenig Geldkapital zulo, ihre Liquidität sehr angespannt ist und einer stärkeren Verschuldung bei der Notenbank aus verschiedenen (kommerziellen, psychologischen und taktischen) Gründen Grenzen gesetzt sind.

Vom Rückgang der Veranlagungsbereitschaft wurde ausschließlich der *Staatskredit* betroffen. Der Kreditapparat ist seit längerem bemüht, die formell kurzfristigen, tatsächlich aber langfristigen und sehr immobilien Schatzscheine abzustoßen, konnte jedoch diese Absicht erst verwirklichen, als der Bund im Zuge des Konsolidierungsprogrammes 1961 groere Beträge für Tilgungen bereitstellte. Im II. Quartal wurden 156 Mill. S und im Juli weitere 100 Mill. S Schatzscheine getilgt (insgesamt sind 1961 600 Mill. S Tilgungen vorgesehen). Ferner sank der Wertpapierbestand der Kreditunternehmungen, der zu einem großen Teil aus Schuldverschreibungen öffentlicher Körperschaften besteht, um 112 Mill. S. Schließlich hat der Bund im Mai einen Kommerzkredit von 490 Mill. S zurückgezahlt. Insgesamt dürfte damit die Verschuldung des Bundes an den Kreditapparat im II. Quartal um weit über 700 Mill. S abgenommen haben. Im II. Quartal 1960 hatten die Bestände der Kreditunternehmungen an Schatzscheinen und Wertpapieren noch um 115 Mill. S. und 7 Mill. S zugenommen.

Im Gegensatz zum Staatskredit wurden die Kredite an die Wirtschaft anhaltend stark ausgeweitet. Das *kommerzielle Kreditvolumen* stieg im II. Quartal um 2 263 Mill. S und, wenn man die Rückzahlung des Staatskredites von 490 Mill. S ausschaltet, sogar um 2 753 Mill. S. Die ohnehin bereits ziemlich kräftige Kreditausweitung vom II. Quartal des Vorjahres wurde damit um 295 Mill. S übertroffen. Im Juli wurden 1 251 Mill. S (im Vorjahr 1 130 Mill. S) zusätzliche kommerzielle Kredite gewährt, mehr als je zuvor. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Bund heuer bestrebt ist, seine Verwaltungsschulden möglichst abzubauen, während er 1960 seine Rechnungen nur sehr

schleppend bezahlte und die Lieferfirmen vielfach Bankkredite zur Zwischenfinanzierung aufnehmen mußten.

Die überaus starke Nachfrage nach kommerziellen Krediten kann vermutlich mit dem Rückgang der Eigenfinanzierung bei noch steigender Investitionsneigung erklärt werden. Nach Veranlagung der Konjunkturgewinne 1959 wuchsen die Steuerleistungen der Unternehmer stärker als ihre Bruttogewinne. Die Investitionsneigung blieb aber infolge der anhaltenden Hochkonjunktur und wegen des Arbeitskräftemangels weiter hoch. Das Nachlassen der Eigenfinanzierungskraft zwang die Unternehmer, einen steigenden Teil der Investitionen mit Bankkrediten zu finanzieren.

Die Befriedigung des hohen Kreditbedarfes der Wirtschaft wurde dem Kreditapparat dadurch erleichtert, daß der Bund Schulden zurckzahlte. Andernfalls wären die Kreditunternehmungen wahrscheinlich gezwungen gewesen, Kredite an die Wirtschaft vorsichtiger zu vergeben. Das bedeutet aber konjunkturpolitisch gesehen, daß die Konsolidierung des Budgets und die durch sie ermöglichte Tilgung von Staatsschulden nur beschränkt konjunkturdmpfend wirkte, weil gleichzeitig mehr kommerzielle Kredite angeboten wurden und die Unternehmungen in die Lage versetzt wurden, im Kreditwege groere Ausgabenüberschüsse zu finanzieren.

Die *Geldkapitalbildung* im Kreditapparat blieb weiter schwach. Das Aufkommen an längerfristigen Mitteln (Spareinlagen, Termineinlagen, eigene Emissionen der Kreditunternehmungen) sank saisonbedingt von 1 403 Mill. S im I. Quartal auf 962 Mill. S im II. Quartal. Es war um fast 10% niedriger als im Vorjahr, obwohl damals die Geldkapitalbildung durch innerpolitische Ereignisse beeinträchtigt worden war. Im I. Quartal hatte sie sogar nur 60% des Vorjahresergebnisses erreicht.

Der Rückgang im II. Quartal erstreckte sich auf alle Formen der Geldkapitalbildung. Auf *Sparkonten* wurden per Saldo 609 Mill. S (im Juli 320 Mill. S) eingelegt, um 30 Mill. S (fast 50 Mill. S) weniger als im Vorjahr: Der Zuwachs auf *Terminkonten* war mit 206 Mill. S (im Juli 175 Mill. S) um 92 Mill. S (2 Mill. S) geringer. Die verhältnismäßig geringen Einlagen auf Spar- und Terminkonten können zum Teil durch die bereits erwähnte Diskrepanz zwischen den Nettoerträgen der Unternehmungen und ihren Investitionsabsichten erklärt werden. Vor allem kleine Unternehmungen, die Bankkredite oft nur schwer erhalten können, dürfen Investitionen aus ihren flüssigen Mitteln finan-

ziert haben. Im Falle der Sparkonten spielt auch die Anfälligkeit des österreichischen Sparers gegen Währungsgerüchte und politische Spannungen aller Art eine Rolle.

Die *eigenen Emissionen* der Kreditunternehmungen waren im II. Quartal mit 96 Mill. S (im Juli 32 Mill. S) um 40 Mill. S (32 Mill. S) niedriger als im Vorjahr. Im I. Quartal dagegen hatten die Kreditunternehmungen viel mehr absetzen können.

Verbesserung der Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz hat sich seit dem Frühjahr merklich verbessert. Während im I. Quartal ähnlich wie im Vorjahr ein Defizit von fast 1 Mrd. S aufgelaufen war, wuchsen die *valutarischen Bestände* der österreichischen Wirtschaft im II. Quartal, also noch vor der Reisesaison, um 604 Mill. S. Im II. Quartal 1960 hatten sie um 271 Mill. S abgenommen.

Handels- und Zahlungsbilanz

	I Quartal		II Quartal	
	1960	1961	1960	1961
	Mill. S			
Einfuhr ¹⁾	8.621	9.848	8.945	9.260
Ausfuhr ¹⁾	6.662	7.231	7.340	7.908
Kommerzielle Handelsbilanz	-1.959	-2.617	-1.605	-1.352
Dienstleistungsbilanz	+1.036	+1.036	+1.261	+1.555
Ertragsbilanz	- 923	-1.581	- 344	+ 203
Kapitalbilanz	- 354	+ 172	+ 195	+ 345
Unaufgeklärter Saldo	+ 323	+ 419	- 122	+ 56
Veränderungen der valutarischen Bestände	- 954	- 990	- 271	+ 604

¹⁾ Ohne Ablöselieferungen an die UdSSR

Die Verbesserung seit dem Vorjahr um fast 900 Mill. S war hauptsächlich der *Ertragsbilanz* zu danken. Da sich die Exporte in den letzten Monaten bemerkenswert gut behaupteten, während die Importe aus verschiedenen Gründen viel langsamer wuchsen als bisher, war der Einfuhrüberschuß im II. Quartal (von April bis Juli) mit 1.352 Mill. S (1.997 Mill. S) um 253 Mill. S (158 Mill. S) niedriger als im Vorjahr. Überdies gingen aus dem Reiseverkehr brutto um 16,5% und netto um 20,4% mehr ein als im Vorjahr. Die Ertragsbilanz (ohne Leistungen aus dem Staatsvertrag) hatte daher einen Überschuß von 203 Mill. S (im Vorjahr bestand ein Defizit von 344 Mill. S).

Auch die *Kapitalbilanz* war etwas günstiger als im Vorjahr. Die Kapitalausfuhr blieb annähernd gleich, während mehr Kapital importiert wurde (hauptsächlich infolge verstärkter Ausnutzung bereits früher eingeräumter Kredite). Der Überschuß in der Kapitalbilanz stieg dadurch im II. Quartal

auf 345 Mill. S, gegen 195 Mill. S im II. Quartal 1960.

Die *Devisenbestände* der Notenbank (ohne die unter „Sonstige Aktiven“ ausgewiesenen Salden auf Verrechnungskonten) sanken im I. Halbjahr um 506 Mill. S (im Vorjahr um 512 Mill. S), die der Geschäftsbanken stiegen um 77 Mill. S (-494 Mill. S). Insgesamt war die Abnahme der Devisenreserven im Vorjahr etwa dreimal so hoch wie heuer. In der Hauptreisesaison, im Juli und August, wurden der Notenbank per Saldo 1.810 Mill. S Devisen verkauft, um 690 Mill. S mehr als im Vorjahr. Die Entwicklung der Fremdwährungskonten bei den Kreditunternehmungen in diesen beiden Monaten ist noch nicht bekannt. Insgesamt dürften jedoch die Nettobestände der Notenbank und des Kreditapparates an Gold und Devisen in den ersten acht Monaten um etwa 1,3 Mrd. S zugenommen haben, gegen nur 522 Mill. S im Vorjahr.

Die Devisenkäufe der Notenbank versorgten die Kreditunternehmungen mit zusätzlichem Notenbankgeld und erleichterten es ihnen, die Kreditexpansion fortzusetzen.

Saisonbedingte Entspannung des Geldmarktes

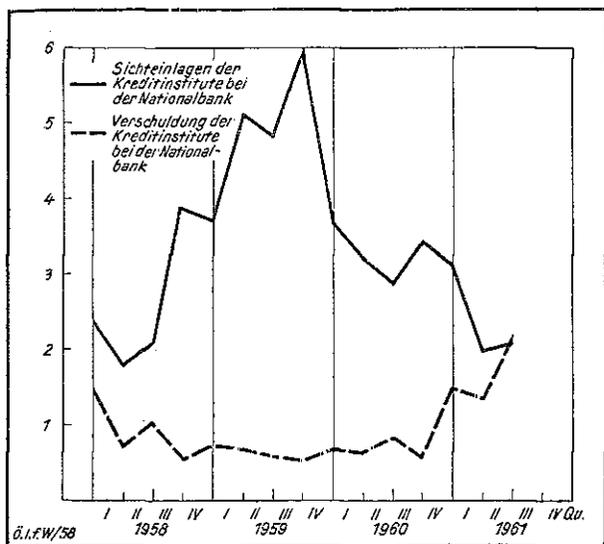
Die *liquiden Mittel* der Kreditinstitute waren im I. Quartal um 1.226 Mill. S gesunken. Die Verbleibenden 3 Mrd. S waren zur Erfüllung der Mindestreservenvorschriften und als Dispositionsreserven nötig. Um den Bargeldabfluß im II. Quartal von

Quellen der Veränderung der liquiden Mittel (Notenbankgeld) der Kreditinstitute¹⁾

	II Quartal		Juli / August	
	1960	1961	1960	1961
	Mill. S			
Gold, Devisen und Valuten der Notenbank	+ 63	+ 495	+ 1.120	+ 1.810
Notenumlauf (-Kassenbestände)	-732	-1.189	- 480	- 663
Girokonten öffentlicher Stellen bei der Notenbank ²⁾	+134	+ 30	- 92	- 143
Forderungen gegen den Bundesschatz	-	-	-	-
Eskontierte Wechsel für Aufbaukredite	+ 41	+ 24	+ 54	- 176
Sonstiges	+106	+ 52	- 2	- 10
Eskont von Schatzscheinen und Verschuldung der Kreditinstitute bei der Notenbank	+197	+ 810	- 184	- 244
Veränderungen der liquiden Mittel:				
Giroguthaben und Kassenbestände inländischer Kreditinstitute	-241	+ 222	+ 416	+ 574

¹⁾ Die Tabelle zeigt in der untersten Zeile die Veränderung der liquiden Mittel (Notenbankgeldzuflüsse oder -abflüsse) der Kreditinstitute. In den oberen Zeilen werden die Quellen dieser Veränderung mit Hilfe der Bilanz der Notenbank untersucht. Die angewendete Methode ist die gleiche wie bei der Untersuchung der Geldumlaufvermehrung aus den zusammengefaßten Bilanzen aller Geld- und Kreditinstitute. Eine Zunahme der Aktiva wirkt expansiv (+), eine Zunahme der Passiva restriktiv (-). Eine Zunahme des Notenumlaufes (Passiva der Notenbank) wirkt daher restriktiv auf die Veränderung der liquiden Mittel, ähnlich wie eine Zunahme der Spareinlagen (Passiva der Kreditinstitute) restriktiv auf den Geldumlauf wirkt. Die Veränderung der Netto-Bearbeitung der Notenbank durch die Kreditinstitute kann durch Zusammenfassung der letzten zwei Zeilen der Tabelle leicht errechnet werden. - ²⁾ Einschließlich Guthaben auf Counterpartkonten.

Nettoposition des Kreditapparates gegenüber der Nationalbank
(Normaler Maßstab; Mrd S)



Ab Mitte 1958 verbesserte sich die Nettoposition des Kreditapparats gegenüber der Nationalbank zusehends. Die Überschußliquidität der Kreditinstitute nahm rasch zu und erreichte Ende des III Quartals 1959 ihren höchsten Stand. Verglichen mit Mitte 1958 hatten sich die Giro Guthaben der Kreditinstitute bei der Nationalbank fast verdreifacht, ihre Verschuldung war auf die Hälfte gesunken. Die Verbesserung der Konjunktur und der unausgeglichene Staatshaushalt ließen jedoch die Überschußreserven bald wieder sinken. Überdies wurden im April 1960 die Mindestreservensätze erhöht, sodaß ein größerer Teil der Giroeinlagen bei der Nationalbank der freien Verfügung der Kreditinstitute entzogen wurde. Ende des ersten Halbjahres 1961 überstieg die Notenbankverschuldung der Kreditinstitute erstmalig ihre Guthaben.

1.189 Mill. S zu finanzieren, mußten sich die Institute trotz höheren Deviseneinnahmen (495 Mill. S, gegen 63 Mill. S im Vorjahr) stärker bei der Notenbank verschulden: Die Eskonte von Wechseln und Schatzscheinen sowie die Lombardkredite bei der Nationalbank stiegen per Saldo um 810 Mill. S. Zwar erhöhten sich auch die liquiden Mittel um 222 Mill. S, doch ist aus der äußerst teuren Form der Geldbeschaffung zu schließen, daß die Guthaben nicht die von den Instituten als notwendig erachtete Mindesthöhe überschritten. Infolge der stärkeren Verschuldung verschlechterte sich die Nettoposition der Kreditunternehmungen gegenüber der Notenbank von +628 Mill. S zu Ende des I. Quartals auf -71 Mill. S zu Ende des II. Quartals; sie war damit um 2.120 Mill. S ungünstiger als Mitte 1960.

Im Juli und August flossen den Kreditinstituten aus Devisenkäufen der Notenbank 1.810 Mill. S Notenbankgeld zu, während ihnen nur 663 Mill. S

Bargeld entzogen wurden. Die Kreditinstitute konnten daher ihre liquiden Mittel um 574 Mill. S erhöhen und die Nationalbankverschuldung um 244 Mill. S verringern. Ihre Nettoposition gegenüber der Notenbank erhöhte sich dadurch auf +747 Mill. S. Die Besserung der Liquidität ist allerdings hauptsächlich saisonbedingt. Im Herbst, nach der Reisesaison, wird die Liquidität des Kreditapparates wieder sehr angespannt sein, insbesondere wenn infolge größerer Kreditgewährungen der Bargeldbedarf der Wirtschaft weiterhin rasch steigt. Die Institute werden sich daher voraussichtlich gegen Jahresende neuerlich stärker an die Notenbank verschulden müssen.

Die Mindestreservenvorschriften konnten in den letzten Monaten wieder besser erfüllt werden. Obwohl ein etwas geringerer Teil in Bundesschatzscheinen gehalten wurde, waren die Fehlbeträge im Juli mit 14 Mill. S gering. Die Überschüsse stiegen um 88 Mill. S auf 314 Mill. S. Auch die Fehlbeträge nach den Kreditkontrollabkommen verringerten sich um zusammen 300 Mill. S. Dagegen häuften sich die Überschreitungen der Kreditplafonds. Die Banken überzogen ihr Limit um 415 Mill. S, die Sparkassen um 411 Mill. S. In diesen Überschreitungen spiegelt sich die nach wie vor sehr starke Kreditexpansion.

Der Bargeldumlauf stieg im II. Quartal um 1.225 Mill. S, um 418 Mill. S stärker als im Vorjahr. Die auffallend große zusätzliche Bargeldmenge floß fast ausschließlich in den Nicht-Bankensektor (die Wirtschaft). Nur ein Bruchteil (111 Mill. S) diente zur Stärkung der Kassenreserven der Kreditunternehmungen. Der hohe Bargeldbedarf der Wirtschaft läßt sich nicht allein aus der kräftigen Zunahme der

Quellen der Geldumlaufsveränderung

	II. Quartal	
	1960	1961
	Mill. S	
Gold, Devisen und Valuten ¹⁾	- 271	+ 604
Kreditgewährung der Kreditinstitute	+ 2.580	+ 1.995
davon Kommerzielle Kredite	+ 2.458	+ 2.263
Schatzscheinkredite	+ 115	- 156
Wertpapierkäufe	+ 7	- 112
Geldkapitalbildung ²⁾	- 1.033	- 962
davon Spareinlagen	- 639	- 609
Termineinlagen und Kassenscheine	- 298	- 206
Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Kassenobligationen	- 136	- 96
Counterpartkonto und Zinsüberschüsse	+ 40	- 51
Sonstiges	- 276	- 306
Geldmenge	+ 1.000	+ 1.331
davon Bargeld	+ 807	+ 1.225
Giralgeld	+ 193	+ 106

¹⁾ Laut Zahlungsbilanz — ²⁾ Zunahme wirkt umlaufsvermindernd.

Lohn- und Gehaltssumme erklären, sondern hat auch andere, zum Teil spekulative Ursachen.

Dagegen hat das *Giralgeld* im II. Quartal nur um 106 Mill. S zugenommen, gegen 193 Mill. S im Vorjahr. Dadurch ist der Anteil des Bargeldes an der Geldmenge von 55,2% zu Ende des I. Quartals auf 56,6% zu Jahresmitte gestiegen (Mitte 1960 hatte er erst 54,8% betragen). Im Juli nahm der Bargeldumlauf weiter (um 439 Mill. S) zu, die Steigerung der Giralgeldmenge war jedoch mit 417 Mill. S nahezu gleich groß.

Die *Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes dürfte im II. Quartal nur wenig höher gewesen sein als im Vorjahr.

Unveränderte Kapitalmarktlage

Der *Gesamt-Aktienkursindex* stieg im II. Quartal um 15% (420 Punkte), etwas stärker als im I. Quartal (13,7%). Das reale Umsatzvolumen blieb mit 171 Mill. S etwas unter dem des I. Quartals, wenn man die Kurssteigerungen seither berücksichtigt. Im Juli und August trugen die Kursreduktionen an den ausländischen Börsen Unruhe in den Aktienmarkt. Die unterschiedliche Marktbeurteilung ließ die Umsätze auf 73 Mill. S im Juli und 75 Mill. S im August steigen. Die ausländischen Abgaben von Spitzenwerten wurden vom Markt zu niedrigeren Kursen aufgenommen. Die steigende Tendenz des Kursniveaus hielt, wenn auch abgeschwächt, an: Der Gesamt-Aktienkursindex stieg im Juli um 1,7% (54 Punkte) und im August um 4,2% (138 Punkte). Dagegen wurden die Investmentzertifikate niedriger beurteilt und zuletzt ohne Agio gehandelt.

Der *Anlagemarkt* konnte nur durch stärkere Kursreduktionen in Gleichgewicht gehalten werden. So fielen die 7%igen Bundesanleihen, die zu Ende des I. Quartals noch auf 97 standen, bis Mitte 1961 auf 96,25 und bis Ende August sogar auf 96. Auch andere Obligationen blieben von diesen Kurseinbußen nicht unbeeinflusst. Zwar gelang die Börseneinführung der Wiener Stadtanleihe und der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds-Anleihe noch zum Emissionskurs, die Bundesanleihe 1961 jedoch mußte trotz längerem Zuwarten am 23. August zu 97 eingeführt werden. Unmittelbar nachher fiel der Kurs und erreichte Ende August nur noch 96,50. Die Börsenumsätze von Anleihen waren mit 100 Mill. S im II. Quartal viel höher als im I. Quartal (69 Mill. S). Auch im Juli und August waren sie mit 39 und 42 Mill. S sehr hoch.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8 und 10.1

Weltmarktniveau der Rohwarenpreise und Frachtraten stabil, Walzstahlpreise sinkend

Die internationalen *Rohwarenpreise* hatten im Frühjahr angezogen. Vor allem Saisoneinflüsse, aber auch die Weltkonjunktur belebten die Nachfrage. Gegen Ende des Frühjahrs und im Sommer jedoch drückten Nachfrage und Angebot auf die Preise verschiedener Industrierohstoffe und Genußmittel, nur die Notierungen einiger Agrarprodukte haben sich im Gefolge von Spekulationen oder schlechter Ernten gefestigt. Die einzelnen Rohwarenpreise entwickelten sich sehr unterschiedlich, das durchschnittliche Preisniveau war aber Ende August etwa gleich hoch wie Anfang April.

Von Beginn des II. Quartals bis Ende August wurden in London und New York Kaffee, Zink und Pflanzenöle um 5% bis 17% und Jute um 36% billiger, Roggen, Häute, Baum- und Schafwolle, Zinn und andere Pflanzenöle hingegen um 5% bis 19% teurer. Die Bemühungen um eine internationale Stabilisierung der Rohwarenpreise wurden fortgesetzt. Im Gegensatz zu früheren Verhandlungen scheinen nun die USA prinzipiell bereit zu sein, verschiedene internationale Stabilisierungsübereinkommen sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen zu unterstützen. Wie sehr es notwendig ist, die Schwankungen verschiedener Rohwarenpreise zu glätten, zeigt auch ihre Entwicklung binnen Jahresfrist. So notierten Ende August in London und New York Zink, Kautschuk, Kakao und Zucker um 11% bis 27% niedriger als im Vorjahr, andererseits waren Roggen, Wolle, Häute, Zinn und einige Pflanzenöle um 11% bis 28% teurer als damals.

Die internationalen *Rohwarenpreisindizes* haben sich im Laufe des Frühjahrs sehr verschieden entwickelt; ihre Bewegungen glichen sich aber wieder weitgehend an. *Reuter's Index* für Sterlingwaren hat sich von Beginn des II. Quartals bis Ende August geringfügig erhöht — um 0,1% auf 415,3 (18. September 1931 = 100) —, *Moody's Index* für amerikanische Industrierohstoffe mit seinem stärkeren Gewicht für Agrarprodukte zog gleichzeitig etwas stärker an, um 2,1% auf 376,3 (31. Dezember 1931 = 100). Ende August unterschritt *Reuter's Index* seinen Vorjahresstand um 0,2%, *Moody's Index* lag jedoch um 4,5% darüber.

Auf den westeuropäischen Märkten für *Eisen und Stahl* setzte sich im Frühjahr und Sommer der

Rohwarennotierungen in London und New York

	Ende August 1961 gegen Anfang April 1961	Ende August 1961 gegen Ende August 1960
	Veränderungen in %	
London		
Jute	-36.3	+4.2
Zink	-9.1	-11.3
Kaffee	-4.5	+8.5
Kakao	-3.0	-27.3
Blei	-1.4	-8.7
Kautschuk	+2.5	-10.9
Kupfer	+3.1	-1.0
Wolle	+6.7	+12.1
Zinn	+19.3	+23.0
New York		
Sojabohnenöl	-16.8	+16.1
Baumwollsaatöl	-5.2	+27.7
Zucker	-5.0	-12.0
Weizen	+2.4	+3.5
Baumwolle	+5.1	+8.5
Roggen	+5.2	+11.4
Erdnußöl	+7.6	+7.6
Häute	+10.3	+21.4
Leinsaatöl	+13.1	+19.9

seit Jahresanfang rückläufige Trend der Ausfuhrpreise überwiegend fort. Ende August lagen die Exportpreise für Stabstähle um etwa 5% und für Grob- und Mittelbleche um 10% bis 15% niedriger als Anfang April und unterschritten ihren Vorjahresstand um annähernd 10% bis 20%. Nicht nur die saisonale Abschwächung der Nachfrage, sondern auch die stärkere Konkurrenz der überseeischen Staaten und der Lagerabbau der Abnehmer drückten die Walzstahlnotierungen.

Die meisten Raten auf den freien Frachtmärkten gingen im Sommer saisonbedingt, aber im allgemeinen nur mäßig zurück. Der britische Trampfrachtindex für Trockenfrachten (Reisecharter) sank von April bis Juli nur um 1%, die Tankerraten vom Persischen Golf nach England zogen von Anfang April bis Anfang September um 3% an. Im Herbst hofft man sowohl auf eine saisonale als auch auf eine konjunkturelle Belebung der Frachtsätze.

Lebhafter konjunktureller Preisauftrieb im Inland durch Saisoneinflüsse teilweise verdeckt

Der starke Preisauftrieb im Inland, der zu Jahresbeginn eingesetzt hatte, blieb auch im Frühjahr und Sommer lebhaft. Vor allem Konjunktur- und Weltmarkteinflüsse ließen viele Preise steigen, doch gleichen Verbilligungen von Saisonprodukten die Verteuerungen anderer Waren teilweise wieder aus. Das allgemeine Preisniveau überschritt im Sommer den Vorjahresstand stärker als in der ersten Jahreshälfte. Daraufhin hat die Paritätische Preis-Lohn-Kommission beschlossen, ein Expertenkomitee ein-

zusetzen, das Maßnahmen zur Preisstabilisierung vorschlagen soll.

Der *Großhandelspreisindex* war im Frühjahr ständig gestiegen, in den Sommermonaten aber ist er stabil geblieben. Er war im August ebenso hoch wie Mitte Juni und Mitte Juli. Die Steigerung gegenüber August 1960 ist jedoch mit 3.4% die größte seit Jahresbeginn.

Der Index der *Verbraucherpreise* (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) hat sich ähnlich entwickelt. Er zog ebenfalls im II. Quartal ständig an, ging aber im Juli vor allem saisonbedingt zurück. Von Mitte Juli bis Mitte August ist er weiter um 0.5% gesunken. Insbesondere die Ausgaben für Obst und Gemüse fielen so stark, daß die Verteuerung anderer Waren (vor allem von Eiern, Schweinespeck und Tee) und Dienstleistungen (Wohnungsreinigung, Friseur) überkompensiert wurde. Schaltet man die Saisonprodukte (Obst, Gemüse, Kartoffeln, Eier) aus der Berechnung aus, dann ist der Verbraucherpreisindex seit Juli um 0.3% und seit März um 1.9% gestiegen. Mitte August hat der Index der Verbraucherpreise (ebenso wie der Großhandelspreisindex) seinen Vorjahresstand heuer am stärksten — um 3.8% — überschritten; ohne Saisonprodukte, die zum Teil viel billiger als im Vorjahr angeboten wurden, war allerdings die Erhöhung noch weit stärker (4.6%). Da das Preisniveau aller Saisonprodukte im Herbst voraussichtlich nicht so stark unter dem des Vorjahres bleiben wird, dürfte sich in den nächsten Monaten der Abstand des Verbraucherpreisindex vom Vorjahr auch einschließlich der Saisonprodukte weiter vergrößern.

Verbraucher- und Großhandelspreise

Zeit	Veränderungen gegenüber dem					
	Vormonat		Vorjahresmonat			
	Verbraucherpreisindex I ¹⁾	Großhandelspreisindex	Verbraucherpreisindex I ¹⁾	Großhandelspreisindex	Großhandelspreisindex	
	mit Saisonprodukte	ohne Saisonprodukte	mit Saisonprodukte	ohne Saisonprodukte		
	in %					
1961 April	+0.6	+0.5	+0.6	+2.4	+3.6	+0.2
Mai	+0.6	+0.2	+1.1	+2.2	+3.8	+1.7
Juni	+2.2	+0.2	+1.6	+3.7	+3.9	+2.6
Juli	-0.2	+0.8	—	+3.6	+4.4	+2.5
August	-0.5	+0.3	—	+3.8	+4.6	+3.4

¹⁾ Für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte

Der *Baukostenindex* (Rohbau einer Kleinwohnung ohne Handwerkerarbeiten) blieb zwar von Juli auf August unverändert, lag aber um 5.6% über dem Stand zu Jahresbeginn und um 6.4% über dem des Vorjahres.

Die Inlandspreise für Holz zogen weiter an, da sich die Nachfrage von Industrie und Gewerbe neu-

erlich belebte. Die steirischen Großhandelspreise für Sägerund-, Schnitt-, Schleif- und Brennholz lagen im Durchschnitt der Monate April bis Juli um 11% bis 17% über dem Stand des Vorjahres.

Seit April änderten sich die Preise verschiedener wichtiger *Halb- und Fertigwaren*, die teils von den Preisindizes erfaßt, vielfach aber nicht berücksichtigt werden. So wurden u. a. Guß, Eisen- und Metallwaren, Fahrzeuge, elektrotechnische Artikel, Baustoffe, Möbel, Linoleum, Bücher, Zeitungen, Milch, Milchprodukte und Gebäck teurer, ferner stiegen die Friseur- und Kinotarife; englische Kraftfahrzeuge verbilligten sich hingegen dank der EFTA-Zollsenkung.

Die *Fleischpreise* zeigten im Frühjahr und Sommer (zum Teil saisonbedingt) eine leicht steigende Tendenz. Schweine-, Rind- und Kalbfleisch kosteten in Wien im Durchschnitt der Monate April bis August um durchschnittlich 3% bis 4% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Inländisches *Obst* war im Frühjahr und Sommer in Wien meist billiger als im Vorjahr, Auslandsware hingegen fast durchwegs teurer. Die Verbraucherpreise für *Gemüse* entwickelten sich im Frühjahr im Vergleich zu 1960 unterschiedlich, in den Sommermonaten lagen sie meist über dem Vorjahresstand.

Lohnbewegung hält an

In den letzten Monaten überlagerten sich zwei Lohnwellen. Obwohl die von 1960 noch nicht ausgelaufen war, setzte zu Frühjahrsbeginn eine neue ein, die ihrerseits die Nachziehbewegung der von der vorigen Lohnwelle noch nicht erfaßten Sparten beschleunigte. Da in vielen Branchen die Arbeitnehmer höher entlohnt werden, als kollektivvertraglich festgelegt ist, werden in den neuen Lohnverträgen in zunehmendem Maße auch Steigerungsraten für die Effektivverdienste eingebaut. Seit März konnte eine beachtliche Reihe von zahlenmäßig oder lohnpolitisch wichtigen Gruppen von *Arbeitern* (Berg-, Metall-, Erdöl-, Forst-, Nahrungs- und Genußmittel-, Handels-, Speditions- und Lager-, Bau-, Holzverarbeitende und graphische Arbeiter, Schuhmacher, Bäcker) und *Angestellten* (Bundes-, Industrie-, Gewerbe-, Guts- und Forstangestellte) höhere effektive oder kollektivvertragliche Direktbezüge und meist auch andere Nebenleistungen durchsetzen. Außerdem waren viele kleinere Berufsgruppen erfolgreich. Auch die allgemeine Erhöhung der Kinderbeihilfen im Juli hat die

Verdienste der Arbeiter und Angestellten teilweise verbessert.

Die *Netto-Masseneinkommen* (sämtlicher Arbeiter, Angestellten und Beamten, einschließlich Pensionen, Renten, Beihilfen, Unterstützungen und sonstiger Transfereinkommen) waren im Durchschnitt des II. Quartals nominell um 9,4% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zuwachsrate ist damit größer als im II. Quartal 1960 (7,5%). Die *Bruttoeinkommen* der Unselbständigen (Leistungseinkommen) nahmen im gleichen Zeitraum mit 9,5% annähernd gleich stark zu. Die Leistungseinkommen stiegen aber nicht nur infolge höherer Bezüge (7,8%), sondern auch dank der Mehrbeschäftigung (1,6%) und den Umschichtungen zu besser bezahlten Berufen.

Die *Brutto-Stundenverdienste* der Wiener Arbeiter (ohne einmalige Zulagen) waren im Durchschnitt der Monate April bis Juli um 10,5% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die *Wochenverdienste* stiegen brutto mit 9,8% und netto (für Verheiratete mit zwei Kindern, einschließlich Kinderzulagen) mit 7,9% schwächer, wobei sich zum Teil ein leichter Rückgang der Arbeitszeit und höhere Abzüge auswirkten. Die *Monatsverdienste* je Industriearbeiter in Österreich (einschließlich aller Zulagen) erhöhten sich im gleichen Zeitraum brutto um 7,9% und netto um 6,7%, je Industrieangestellten um 9,0% und 7,9%.

Der Index der *Arbeiter-Nettotariflöhne* (für Verheiratete mit zwei Kindern) zog von April bis August infolge der höheren Kollektivvertragslöhne der Bäcker, Tischler, Metallwaren- und Bauarbeiter sowie der höheren Kinderbeihilfen um 3,8% (ohne Kinderbeihilfen) und 6,3% (mit Kinderbeihilfen) an und lag damit um 7,4% und 9,5% über dem Stand des Vorjahres.

Löhne, Gehälter und Masseneinkommen

	II Quartal			
	1958	1959	1960	1961
	Veränderung gegen das Vorjahresquartal in %			
Private Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+3,2	+7,2	+10,3	+10,4
Öffentliche Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+1,9	+3,1	+3,0	+6,1
Leistungseinkommen, brutto	+2,9	+6,2	+8,7	+9,5
Leistungseinkommen je Beschäftigten	+2,0	+4,5	+6,8	+7,8
Transfereinkommen, brutto	+7,7	+7,7	+6,1	+10,4
Abzüge, insgesamt	-7,0	+6,4	+13,6	+11,9
Masseneinkommen, netto	+5,3	+6,6	+7,5	+9,4
Brutto-Monatsverdienst je Angestellten ¹⁾	+4,2	+1,4	+6,6	
Brutto-Monatsverdienst je Arbeiter ¹⁾	+9,3	+2,2	+8,1	
Brutto-Wochenverdienst ¹⁾	+3,9	+2,9	+7,1	
Brutto-Stundenverdienst ¹⁾	+3,6	+6,8	+7,1	
Netto-Tariflöhne (einschl. Kinderbeihilfen) ²⁾	+2,5	+5,4	+5,0	+6,9

¹⁾ Durchschnitt der Monate April bis Juli. — ²⁾ Durchschnitt der Monate April bis August

Landwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3 1 bis 3 8

Insgesamt wahrscheinlich etwas mehr Getreide als im Rekordjahr 1960; Zuckerrüben und Körnermais litten gebietsweise unter Trockenheit

Privaten Schätzungen zufolge — amtliche Angaben stehen noch aus — brachte die *Getreide*-ernte 1961 einen etwas höheren Gesamtertrag als die Rekordernte 1960, vor allem weil die Saaten den Winter gut überstanden hatten und die Hektarerträge teilweise höher waren. Gerste lieferte neuerlich einen Rekordertrag. Auch die Erträge an Weizen und Hafer waren überdurchschnittlich gut. An Roggen ist eine gute Mittelernte eingebracht worden. Insgesamt war die Getreidefläche gleich groß wie im Vorjahr; die Roggenfläche nahm schätzungsweise um 30 000 ha zu, die Gersten-, Hafer- und Maisfläche um 20 000 ha, 5 000 ha und 5 000 ha ab.

Die *Obsternte* fiel unterschiedlich aus. Kir-schen, Weichseln und Marillen gab es nach vorläufigen amtlichen Ermittlungen um 29%, 30% und 49% mehr, Sommeräpfel und Sommerbirnen um 7% und 15% weniger als 1960. Auch Zwetschken und Pfirsiche lieferten Höchstserträge. Ein Teil der Früchte kam allerdings nicht auf den Markt, da die Bäume infolge sehr niedriger Erzeugerpreise nicht voll abgeerntet wurden. Die Erträge der übrigen Obstarten, insbesondere Winteräpfel und Winterbirnen, werden schwächer sein als im Vorjahr.

Futterpflanzen und Hackfrüchte gediehen im Durchschnitt nicht so gut wie Getreide. Die Hektarerträge an Heu (1. Schnitt) und Raps waren um 3% und 13% höher, die an Frühkartoffeln jedoch geringfügig niedriger als 1960. Es gab auch weniger Grummet, doch wurde es gut eingebracht. Körnermais, Zucker- und Futterrüben litten im August unter Trockenheit und werden geringere Erträge liefern. Auch die Spätkartoffelernte wird niedriger sein, als nach dem günstigen Stand im Juli angenommen wurde. An Wein ist eine schwache Durchschnittsernte zu erwarten, doch erhofft man sich eine vorzügliche Qualität. Soweit sich das im gegenwärtigen Zeitpunkt beurteilen läßt, wird das Volumen des Pflanzenbaues im Jahre 1961 voraussichtlich gleich hoch oder nur wenig niedriger sein als 1960.

Im Juli kamen bereits 120 200 t *Brotgetreide* auf den Markt, davon 76 300 t Weizen und 43 900 t Roggen, sechsmal und fünfmal soviel wie im Juli

1960. Das Mehrangebot geht zum Teil darauf zurück, daß die Getreideernte heuer um zwei Wochen früher begann. Aber auch der verstärkte Mähdrusch — rund 50% der Getreidefläche wurden mit Mäh-dreschern abgeerntet — hatte eine Ballung des Angebots zur Folge. An altem Getreide lagerten Ende Juni 147 000 t, um 13% weniger als im Jahr vorher (Weizen —22%, Roggen +17%). Bis Ende Juli wuchsen jedoch die Lager auf 224 000 t (vorläufige Angabe) oder 179% von 1960 (Weizen +68%, Roggen +110%). Sie werden den Mahlbedarf bis zur dritten Novemberwoche decken.

Erstmals sind im Bundesvoranschlag 1962 Mittel für *Mahlprämien* vorgesehen. Sie sollen dem Marktordnungsgesetz zufolge für Getreide ausbezahlt werden, das der Eigenversorgung der Produzenten dient, in Lohnmühlen vermahlen oder gegen Mehl eingetauscht wird. Bisher mußten jene Landwirte, die Mehl aus selbsterzeugtem Getreide im Haushalt verwendeten, auf die staatliche Getreidepreisstützung verzichten. Über die Mahlprämien kommt künftig die Getreidepreisstützung auch den Selbstversorgern zugute. Das könnte bewirken, daß die Bauern wieder mehr Brot selbst backen und sich das Marktangebot an Getreide entsprechend vermindert. Über den Zeitpunkt, wann Mahlprämien erstmals gewährt werden sollen (1. Jänner oder 1. Juli 1962), wurde noch nicht entschieden.

Von rd. 20 000 t *Zucker*, die in der Kampagne 1960/61 aus Überschufürüben für ein Schweizer Unternehmen im Lohn erzeugt wurden, sind von Jänner bis Juli 6 645 t exportiert worden. Die Bedingungen waren für Österreich nicht vorteilhaft; die Fabriken zahlten den Produzenten weniger als ein Viertel des üblichen Rübenpreises.

Anhaltend hoher Futtermittelverbrauch, steigender Bedarf an Mineräldünger und Traktoren

Obwohl die Landwirtschaft infolge günstiger Wachstumsbedingungen mehr Futtermittel produzierte als je zuvor, kaufte sie von Juli 1960 bis Juni 1961 550 000 t Futtergetreide, nur 1% weniger als 1959/60. Eingeführt wurden in der gleichen Zeitspanne 423 000 t (—17%). Außer Importgetreide verfütterte die Landwirtschaft noch 50 000 t denaturierten Weizen sowie Futtergetreide aus den Überschufgebieten Österreichs. Im 2. Halbjahr 1960 wurde um 20% mehr Futtergetreide abgesetzt als im Vorjahr, im 1. Halbjahr 1961 um 17% weniger. Die Einfuhr an Ölkuchen stieg um 10% auf 44 000 t, die Einfuhr an sonstigem Eiweißfutter um 13% auf 29 000 t. Die Lagerbestände an Futtergetreide, Müh-

lennachprodukten und Ölkuchen waren Mitte 1961 um 22%, 69% und 36% größer als Mitte 1960.

Futtermittelleinfuhr

Art	1. Juli bis 30. Juni		Veränderung gegen 1959/60 in %
	1959/60	1960/61	
Futtergetreide ¹⁾	509 660	422 745	-17 1
Ölkuchen	40 102	44 064	+ 9 9
Fisch- und Fleischmehl ²⁾	25 835	29 309	+13 4

¹⁾ Mit Kleie und Futtermehl. — ²⁾ Mit Grieben, Blutmehl und sonstigen tierischen Abfällen

Der *Handelsdünger*absatz ist neuerlich gestiegen. Mit 228 900 t (N + P₂O₅ + K₂O) wurden im Wirtschaftsjahr 1960/61 um 9% mehr Reinnährstoffe verbraucht als 1959/60. Der Absatz von Düngerkalk ging um 4% zurück. Stickstoff wurde um 4%, Phosphorsäure um 20% und Kali um 3% mehr verwendet. Der Düngerverbrauch war damit 7 4mal so hoch wie 1936/37.

Absatz von Mineräldünger¹⁾

	Menge		1. Juli bis 30. Juni		Veränderung gegen 1959/60 in %
	1959/60 (1 000 t ²⁾)	1960/61	1959/60 Wert ³⁾ Mill S	1960/61	
Stickstoff	45 1	46 7	284 1	294 2	+ 3 6
Phosphorsäure	80 0	95 7	256 0	306 2	+19 6
Kali	84 0	86 5	159 6	164 4	+ 3 0
Kalk	64 6	62 4	19 4	18 7	- 3 6
Insgesamt			719 1	783 5	+ 9 0

¹⁾ Institutsberechnung nach Angaben der Österreichischen Düngerberatungsstelle. —

²⁾ Preise 1959/60. — ³⁾ Reinnährstoffe

Die *Brutto-Investitionen für Traktoren und Landmaschinen* waren im II. Quartal nominell um 11% und real um 9% höher als im Vorjahr. Für Traktoren wurde um 30% mehr, für Landmaschinen gleich viel investiert. Der Index der maschinellen Investitionen erreichte im II. Quartal mit 303 (ϕ 1950 = 100) einen neuen Höhepunkt. Wohl hatte die Landwirtschaft im IV. Quartal 1960 um 51% und im I. Quartal 1961 um 16% mehr Traktoren und Landmaschinen bezogen als im Jahr vorher, doch war der Index mit 182 und 253 bedeutend niedriger. Nach der Berechnung des Institutes hat die Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1960/61 für Traktoren und Landmaschinen (ohne Fahrzeuge) insgesamt 2 17 Mrd S aufgewendet, gegen 1 79

Brutto-Investitionen für Traktoren und Landmaschinen¹⁾

	1959/60	1960/61	Veränderung gegen 1959/60	
	zu laufenden Preisen Mill S	zu laufenden Preisen Mill S	nominell in %	real
III Quartal	407 4	480 5	+17 9	+11 1
IV	261 4	411 3	+57 3	+51 0
I	475 9	564 1 ²⁾	+18 5	+16 2
II	645 2	715 9 ²⁾	+11 0	+ 8 8

¹⁾ Institutsberechnung. — ²⁾ Vorläufige Angaben

Mrd. S im Jahre 1959/60 (+21%), davon 1 38 Mrd. S für heimische (+28%) und 0 79 Mrd. S für ausländische Erzeugnisse (+11%)

Fleischproduktion für den Markt um 12%, Milchproduktion um 4% höher als im Vorjahr

Die tierische Produktion konnte im II. Quartal und Juli ihren beachtlichen Vorsprung gegen das Vorjahr im allgemeinen behaupten. Von Jänner bis Juli kamen nach vorläufigen Berechnungen 192 300 t *Fleisch* auf den Markt, 12% mehr als im gleichen Zeitabschnitt 1960. Schweinefleisch wurde um 16%, Rindfleisch um 6% und Kalbfleisch um 2% mehr angeboten (Auch im ersten Jahresdrittel war die Marktproduktion um 12% höher als im Vorjahr, die Produktion an Schweine-, Rind- und Kalbfleisch um 17%, 7% und 2%). Die Fleischausfuhr (Lebendvieh in Fleisch umgerechnet) nahm um 500 t auf 14 700 t zu (+ 4%), die Fleischeinfuhr um 10 500 t auf 8 500 t ab (-55%). Für den Verbrauch im Inland verblieben 186 100 t Schweine-, Rind- und Kalbfleisch (+5%)

Marktproduktion, Aus- und Einfuhr von Fleisch¹⁾

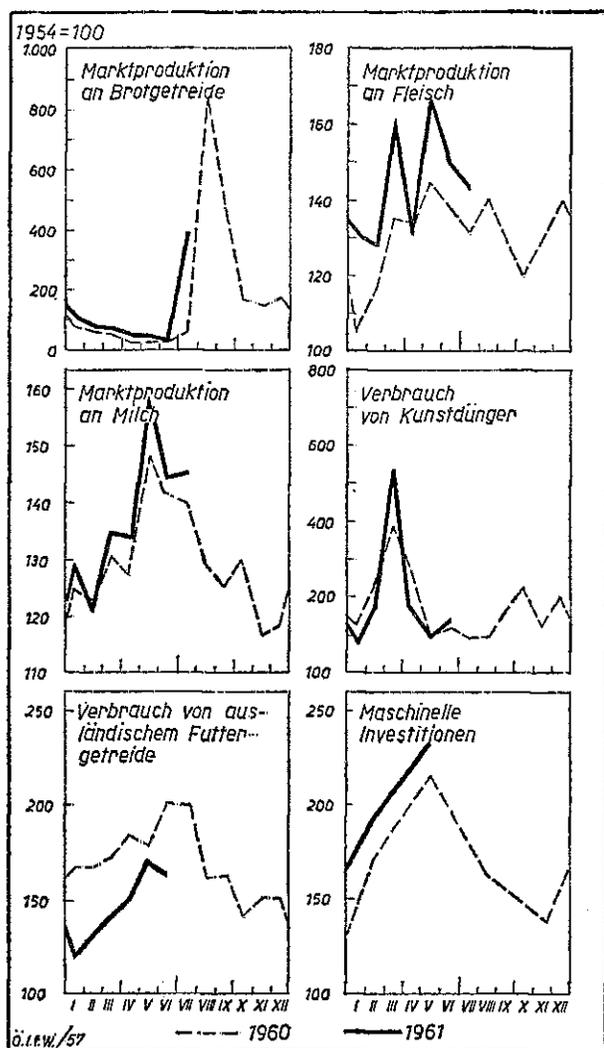
	1. Jänner bis 31. Juli 1960	1961	Veränderung gegen 1960 in %
Marktproduktion von Schweinefleisch	94 900	110 500	+16 4
Marktproduktion von Rindfleisch	66 400	70 600	+ 6 3
Marktproduktion von Kalbfleisch	11.000	11.200	+ 1 8
Marktproduktion von Fleisch insgesamt	172.300	192 300	+11 6
Ausfuhr von Fleisch	14 200	14 700	+ 3 5
Einfuhr von Fleisch	19.000	8.500	-55 3
Fleischverbrauch	177 100	186 100	+ 5 1

¹⁾ Institutsberechnung nach amtlichen Angaben über Schlachtungen und Schlachtgewichte

Die *Milch*produktion stieg im I. Halbjahr nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes gegen das Vorjahr um 6% auf 1 47 Mill t, die Marktproduktion von Jänner bis Juli laut Milchwirtschaftsfonds aber nur um 4% auf 921 000 t. An Butter erzeugten die Molkereien gleich viel, an Käse um 4% mehr. Im I. Quartal konnte im Inland um 6%, 23% und 6% und im II. Quartal um 5%, 13% und 11% mehr Butter, Schlagobers und Sauerrahm abgesetzt werden als in den gleichen Quartalen 1960. Dadurch war es möglich, die verlustreiche Butterausfuhr um 30% auf 2 230 t (Jänner bis Juli) einzuschränken. Der Außenhandel mit Käse dagegen war höher: die Ausfuhr nahm um 12% auf 3 744 t, die Einfuhr um 14% auf 2 024 t zu.

Das reichliche Angebot an landwirtschaftlichen Produkten verringerte den Einfuhrbedarf und ermöglichte größere Ausfuhr an Vieh, Obst und

Marktproduktion und Produktionsmitteleinsatz
(Normaler Maßstab; Ø 1954 = 100)



Die Landwirtschaft brachte von Jänner bis Juli 1961 infolge des frühen Getreideschnittes fast doppelt so viel Brotgetreide auf den Markt wie im Vorjahr, ferner um 12% mehr Fleisch und um 4% mehr Milch. Der Futtergetreideverbrauch war im 1. Halbjahr um 17% und das Volumen der maschinellen Brutto-Investitionen um 12% höher; Handelsdünger wurde gleich viel abgesetzt wie im 1. Halbjahr 1960 (im Wirtschaftsjahr 1960/61 um 9% mehr)

Produktion, Aus- und Einfuhr von Milch, Butter und Käse

	1. Jänner bis 31. Juli 1960	1961	Veränderung gegen 1960 in %
Produktion von Milch insgesamt (Jänner bis Juni)	1.386.687	1.469.960	+ 6,0
Marktproduktion von Milch	888.681	921.291	+ 3,7
Marktproduktion von Butter	16.905	16.861	- 0,3
Marktproduktion von Käse	14.231	14.870	+ 4,5
Ausfuhr von Butter	3.206	2.230	-30,4
Ausfuhr von Käse	3.340	3.744	+12,1
Einfuhr von Käse	1.771	2.024	+14,3

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt und Milchwirtschaftsfonds

Gemüse. Der Einfuhrwert an Nahrungs- und Futtermitteln (UN-Code O) sank im 1. Halbjahr im Ver-

gleich zum Vorjahr um 26% auf 1 92 Mrd. S, gleichzeitig stieg der Ausfuhrwert um 17% auf 0 72 Mrd. S. Der Einfuhrüberschuß ging um 39% auf 1 20 Mrd. S zurück. Im 1. Halbjahr 1960 wurde um 82 Mill. S, im 1. Halbjahr 1961 aber um 290 Mill. S mehr Vieh und Fleisch ausgeführt als eingeführt. Der Einfuhrüberschuß an Obst und Gemüse sank von 700 Mill. S auf 609 Mill. S. Die Brotgetreideeinfuhr verringerte sich um fast 200 Mill. S und die Einfuhr an Futtergetreide und anderen Futtermitteln um 239 Mill. S.

Die landwirtschaftlichen Überschußgüter erzielten allerdings im Export teilweise weit niedrigere Preise als im Inland. Für Butter wurden im II. Quartal 17 03 S je kg erlöst (Großhandelspreis für Teebutter im Inland 31 42 S), für Lebend-schweine 11 10 S (13 43 S in Wien-St. Marx, I. Qualität), für Zucker 2 03 S (5 35 S) und für Weizen (I. Quartal) 1 61 S (Erzeugerpreis 2 50 S). Der Ausfuhrpreis für Käse dagegen war ebenso hoch und der für Schlacht-, Zucht- und Nutztier geringfügig höher als im Inland.

Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 9 9 bis 9 11

Nutzholzeinschlag für den Markt um 9% höher, Brennholzeinschlag um 3% niedriger als im Vorjahr

Im II. Quartal wurden 2 13 Mill. fm *Derbholz* geschlagen, 6% mehr als im Vorjahr, davon 1 79 Mill. fm für den Markt und 0 34 Mill. fm für den Eigenbedarf¹⁾; der Einschlag für den Verkauf war um 7% höher, der für den Eigenbedarf gleich hoch wie 1960. Da man schon im I. Quartal um 4% mehr Holz geschlagen hatte, stieg die Gesamtnutzung im 1. Halbjahr um 189.700 fm (5%) auf 4 32 Mill. fm. Der Einschlag für den Markt nahm um 225.000 fm (7%) zu, der für den Eigenbedarf um 35.200 fm (4%) ab. Vom Gesamteinschlag waren 75% Nutz- und 25% Brennholz, 79% Nadel- und 21% Laubholz; 1960 hatten Nadel- und Brennholz höhere (81%, 28%), Nutz- und Laubholz niedrigere Anteile (72%, 19%)

Der Einschlag im 1. Halbjahr war gebietsweise verschieden hoch. In Salzburg, Kärnten und Wien wurde um 28%, 26% und 13%, in Oberösterreich und Vorarlberg um 6% und 1% mehr Holz geschlägert als 1960, in der Steiermark und Nieder-

¹⁾ Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft

österreich um 1%, in Tirol um 2% und im Burgenland um 29% weniger. Die Schlägerungen in Salzburg und Kärnten enthalten 47 800 *fm* und 207 600 *fm* Schadholz. Nach den Angaben der Landesforstinspektionen wurden im I. Halbjahr insgesamt 470.000 *fm* Schadholz aufgearbeitet, gegen 441.500 *fm* im gleichen Zeitabschnitt 1960.

Im *Staatswald* wurde um 13%, im *Privatwald* unter 50 *ha* um 6% mehr Holz genutzt als 1960, im Privatwald über 50 *ha* blieb der Einschlag unverändert. Der Anteil des Staatswaldes an der Gesamtschlägerung stieg von 12 5% auf 14%, wogegen jener des Privatwaldes über 50 *ha* von 41% auf 39% sank. Der Privatwald unter 50 *ha* (Bauernwald) mit nur 34% der Waldfläche lieferte wieder 47% der Holzmenge.

Die *Überschlägerungen im Bauernwald* hielten somit an, obwohl für die Landwirtschaft umfangreiche verbilligte Investitionskredite bereitgestellt wurden, von denen man sich eine Entlastung des Waldes erhofft hatte. Sie lassen sich nur teilweise damit erklären, daß im Bauernwald relativ mehr Schadholz (43%) aufgearbeitet werden mußte als im Privatwald über 50 *ha* (41%) und im Staatswald (16%). Nach jüngsten Untersuchungen in einigen hundert bäuerlichen Betrieben wurden die Erlöse für 20 000 *fm* Holz wie folgt verwendet: 49% für die Erneuerung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude, 29% für Maschinenkäufe, 6% für Erbauzahlungen und 4% für Grundkäufe.

Für den Markt formte man um 9% mehr *Nutzholz* und um 3% weniger *Brennholz* aus. Die Produktion an Stammholz (Derbstangen) und Schleifholz stieg um 11% und 7%, die an Schwellen-, Gruben- und Zeugholz sank um 2%, 6% und 8%, an Telegraphenstangen und Masten um 10%. Sägerundholz und Schleifholz wurde mehr erzeugt, weil die Preise dieser Holzsorten stärker anzogen als die Preise der übrigen.

Mit der Fällung und Lieferung waren 30 000 *Arbeitskräfte* beschäftigt, davon 17.000 ständig und 13.000 fallweise. Die Zahl der Forstarbeiter sank trotz hoher Holznutzung im Vergleich zum Vorjahr um 4.000, vor allem infolge stärkerer Verwendung von Motorsägen und rationellerer Holzbringung auf neuen Waldstraßen.

Steigender Schnittholzabsatz im Inland, sinkender Schnittholzexport

Die Sägeindustrie verarbeitete im II. Quartal 2 04 Mill. *fm* Rundholz, um 9% mehr als im I. Quartal — gewöhnlich nimmt der *Uerschnitt* vom I zum II Quartal um 11% zu — und um 3% weni-

ger als im II Quartal 1960¹⁾. Die Schnittholzproduktion war mit 1 37 Mill. *m*³ dank höherer Ausbeute um 10% größer als im I. Quartal. Der *Schnittholzvorrat* verringerte sich von Ende März bis Ende Juni um 2% statt saisonüblich um 1% und war um 1% geringer als ein Jahr vorher. Die *Rundholzlager* der Sägeindustrie dagegen (Werks- und Waldlager), die bis Jahresmitte gewöhnlich um 13% abnehmen, verminderten sich heuer nur um 9% und überstiegen die Vorräte des Vorjahres um 2%. Die Lagerbewegungen ließen auf eine leichte Entspannung des Holzmarktes schließen; bisher allerdings flaute die Hausse trotz der höheren Schlägerung und niedrigeren Holzausfuhr nur unmerklich ab.

Uerschnitt und Vorrat an Holz

	(Jänner bis Juni)			Veränderung gegen 1960 in %
	1959	1960	1961	
	1 000 <i>fm</i> bzw. <i>m</i> ³			
Verschnitt von Sägerundholz	3 751 8	3 996 9	3 927 5	- 1 7
Produktion von Schnittholz	2 491 5	2 670 1	2 626 4	- 1 6
Schnittholzabsatz im Inland ²⁾	803 7	866 3	955 0	+ 10 2
Schnittholzexport ³⁾	1 679 1	1 810 4	1 655 2	- 8 6
Schnittholzlager ³⁾	801 9	734 3	730 4	- 0 5
Rundholzlager der Sägewerke	1 248 1	1 349 4	1 377 6	+ 2 1

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Bundesholzwirtschaftsrat —
¹⁾ Anfangslager—Endlager+Produktion+Import—Export — ²⁾ Nadel- und Laubschnittholz, bezimmertes Bauholz, Kisten und Steigen — ³⁾ Stand Ende Juni

Auf dem heimischen Markt war der *Schnittholzabsatz* im II. Quartal um 62.000 *m*³ (13%) und im I. Halbjahr um 89.000 *m*³ (10%) höher als im Vorjahr²⁾, im Außenhandelsgeschäft jedoch um 145.000 *m*³ (14%) und 155.000 *m*³ (9%) niedriger³⁾. Der Schnittholzexport wird 1961 hinter den höheren Ausfuhren 1956 und 1960 stark zurückbleiben und voraussichtlich nicht größer sein als 1958 und 1959.

Darauf lassen vor allem die Ausfuhrergebnisse Jänner bis Juli schließen. In dieser Zeitspanne wurde um 12% und 13% weniger Nadel- und Laubschnittholz sowie um 37% und 26% weniger Spreißel- und Brennholz exportiert als 1960. Das *Volumen der Holzausfuhr* — in Rohholz gerechnet — sank um 11%.

Vom Hauptsortiment *Nadelschnittholz* gingen in den ersten sieben Monaten 90 2% (im Vorjahr 85 5%) in die EWG, 3 7% (2 6%) in die EFTA (davon 96% in die Schweiz), 0 2% (3 5%) in Staaten des Ostblocks, 3 1% (4 0%) über Triest und

¹⁾ Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates

²⁾ Anfangslager — Endlager + Produktion + Import — Export

³⁾ Nadel- und Laubschnittholz, bezimmertes Bauholz Kisten und Steigen

Volumen der Holzausfuhr (Rohholzbasis)

	1. Jänner bis 31. Juli 1960	2. 763 0 1961 (1 000 fm ³)	Veränderung gegen 1960 in %
Nadelschnittholz	3 122 8	2 763 0	-11 5
Kisten und Steigen	4 7	3 2	-31 9
Schwellen	4 8	6 0	+25 0
Laubschnittholz	72 2	62 8	-13 0
Bauholz	86 6	83 3	-3 8
Rundholz ²⁾	146 0	145 3	-0 5
Brennholz	34 4	25 5	-25 9
Spreißholz	36 3	22 7	-37 5
Insgesamt	3 507 8	3 111 8	-11 3

Q: Bundesholzwirtschaftsrat — 1) Umrechnungsschlüssel: 1 m³ Nadelschnittholz, Kisten, Steigen, Schwellen=1'54 fm, 1 m³ Laubschnittholz=1'43 fm, 1 m³ Bauholz=1'11 fm, 1 m³ Brennholz=0 7 fm, 1 m³ Spreißholz=0 5 fm — 2) Grubenholz, Telegraphenstangen Maste Nadel- und Laubrundholz, Waldstangen Rammpfähle

2 8% (4 4%) in andere Länder. Der Anteil Italiens nahm von 55 7% auf 61 6% zu, jener der Bundesrepublik Deutschland von 25 2% auf 24 7% und der Ungarns von 3 3% auf 0 1% ab.

Anhaltender Preisauftrieb

Der *Ausfuhrerlös* für Holz, Holzwaren und Möbel im I Halbjahr (1 91 Mrd S) war trotz der geringeren Exportmenge etwas höher als im Vorjahr, ebenso der Erlös einschließlich Papier, Pappe und Papierzeug (3 05 Mrd S). Da die Gesamtausfuhr um 8% stieg, verringerte sich der Anteil von Holz, Holzwaren und Möbeln am Außenhandel von 13 6% auf 12 6% und der Anteil für Erzeugnisse der Forstwirtschaft und holzverarbeitenden Industrie von 21 3% auf 20 2%. Für 1 m³ Nadelschnittholz wurden im II. Quartal durchschnittlich 1.065 S bezahlt, um 110 S (12%) mehr als im gleichen Quartal des Vorjahres.

Auch die *Holzpreise im Inland* sind kräftig gestiegen Sägerundholz notierte im II. Quartal und Juli durchschnittlich um 85 S (18%) und 83 S (17%) je fm, Schleifholz um 55 S (17%) und 60 S (18%) und Brennholz (hart) um 16 S (16%) und 22 S (22%) höher als ein Jahr vorher. 1 m³ Schnittholz (sägefallend) war um 112 S (11%) und 113 S (11%) teurer

Durch die ungleiche Entwicklung von Schnittholz- und Rundholzpreisen hat sich die *Spanne zwischen Rundholz und Schnittholz* für die Säge-

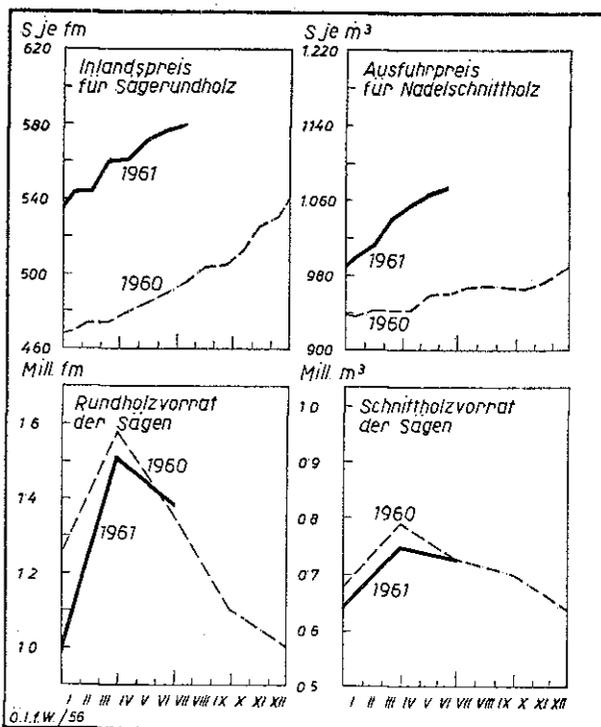
Relation Rundholzpreis zu Schnittholzpreis

Zeit	Inlandspreis		Ausfuhrpreis Nadel- schnitttholz	Relation	
	Säge- rundholz media 3a S je fm	Nadel- schnitttholz ¹⁾ S je m ³		Rundholzpreis zu Schnittholzpreis Inland	Export
1960, II. Quartal	485	990	955	1:2 04	1:1 97
1960, IV. Quartal	523	1 048	973	1:2 00	1:1 86
1961, II. Quartal	570	1 102	1 065	1:1 93	1:1 87

Q: Landesholzwirtschaftsrat Steiermark (Inlandspreise), Bundesholzwirtschaftsrat Durchschnittsgewicht für Nadelschnittholz). Statistik des Außenhandels (Ausfuhrpreise). — 1) Sägefallende Ware.

Holzpreise und Holzvorräte

(Normaler Maßstab; Preise in S je fm bzw. m³; Vorräte in Mill. fm bzw. m³)



Der Preisauftrieb hielt auch im II. Quartal 1961 an, obwohl um 6% mehr Holz geschlägert wurde und die Schnittholzausfuhr um 14% niedriger war als im Vorjahr. Sägeindustrie und Holzhandel hatten Mitte 1961 geringfügig höhere oder gleich hohe Rundholz- und Schnittholzvorräte wie 1960. Die Entwicklung des Einschlages, der Vorräte und des Exportes dürfte den Holzmarkt in den nächsten Monaten entspannen.

industrie ungünstig entwickelt. Die Relation im Inlandsgeschäft verschob sich von 1:2 04 im II. Quartal 1960 auf 1:1 93 im gleichen Quartal 1961, im Auslandsgeschäft von 1:1 97 auf 1:1 87. Im Exportgeschäft war die Relation zuletzt jedoch etwas günstiger als im IV. Quartal 1960.

Der Preisauftrieb in Österreich ging überwiegend von der starken Nachfrage der Säge- und Papierindustrie nach Rohholz aus. Ihr stand ein durch die Schlägerungen begrenztes Angebot gegenüber. Der Boom in der Bauwirtschaft erhöhte vor allem den Bedarf an Schalungsmaterial, wofür in vielen Fällen auch Schwachholz — das die Papierindustrie benötigt — genügte. Die scharfe Konkurrenz um das Rundholz ließ alle Versuche zur Stabilisierung der Holzpreise scheitern.

Man glaubt jedoch, daß sich der laufende Bedarf an Schnittholz in den Importländern Westeuropas in nächster Zeit vermindern wird. 1960 ist der Schnittholzverbrauch nach vorläufigen Schätzungen um 7% bis 8%, der Import von Nadel-

schnittholz aber um 18% gestiegen. Im I. Quartal 1961 haben die Importländer wieder um 17% mehr Schnittholz bezogen und noch mehr Vorräte aufgestockt. Es wird daher im weiteren Verlauf des Jahres allgemein mit einem geringeren Importbedarf und einem Abbau der überhöhten Lager gerechnet

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.6

Schon im I. Quartal hatte sich das Wachstum der Energienachfrage deutlich verlangsamt. Im II. Quartal war der Absatz nur noch knapp so hoch wie im Vorjahr, obwohl Brutto-Nationalprodukt und Industrieproduktion gegen 1960 um 5,5% und 6,0% zunahmen.

Infolge der milden Witterung waren die Wintervorräte an Brennstoffen nur teilweise aufgebraucht worden; es wurde daher in vielen Fällen auf die hohen Lagerbestände zurückgegriffen. Aber auch der Energieverbrauch nahm langsamer zu als bisher, weil die Expansion in verschiedenen energieintensiven Wirtschaftszweigen schwächer wurde. Dies gilt insbesondere für den Verkehr. Die Verkehrsleistung der ÖBB war im II. Quartal geringer als im Vorjahr, ebenso die Zahl an Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen. Auch die fortschreitende Strukturverlagerung von Kohle zu Energieträgern, die eine bessere Ausnützung ihres Kaloriengehaltes ermöglichen, und die Rationalisierung des Energieverbrauches dämpften die Nachfrage nach Energie.

Im I. Quartal war um 3% mehr Kohle eingeführt worden als im Vorjahr. Da hiervon nur ein Teil verbraucht wurde, ging die Einfuhr im II. Quartal zurück. Auch die Nachfrage nach inländischer Kohle ist weiter gesunken. Die gesamte Kohlenzufuhr war daher um 8% geringer als 1960. Dagegen bezog die österreichische Wirtschaft um 4% und 6% mehr hydraulisch erzeugten Strom und Erdölprodukte sowie um 6% mehr Erdgas. Da das Darlehen an Wasserkraft stärker zunahm als der Stromverbrauch (+3%), gingen die kalorische Stromerzeugung und damit auch der Brennstoffverbrauch der Dampfkraftwerke zurück. Auffallend gering war die Zunahme des Absatzes von Erdölprodukten. Die Verbraucher bezogen nur um 4% mehr Heizöl als im Vorjahr, da sie noch über größere Vorräte verfügten. Auch Benzin und Dieselöl wurden nur um je 7% mehr abgesetzt als 1960. Im I. Quartal hatte der Zuwachs des Treibstoffverbrauches noch 14% betragen. Der Petroleumabsatz war

um 9% geringer. Die Belieferung der Erdgasverbraucher dagegen war günstiger als im I. Quartal, weil die Erdgasförderung, die in den ersten Monaten des Jahres rückläufig war, wieder gesteigert werden konnte.

Energieversorgung der österreichischen Wirtschaft

	II. Quartal		Veränderung %	1. Halbjahr		Veränderung %
	1960	1961		1960	1961	
	1.000 t ¹⁾			1.000 t ¹⁾		
Kohle	1 738 1	1 597 5	- 8 1	3 648 5	3 511 5	- 3 8
Wasserkraft	1 594 2	1 663 8	+ 4 4	2 803 8	3 027 6	+ 8 0
Erdölprodukte	890 4	941 6	+ 5 8	1 785 5	1 953 6	+ 9 4
Erdgas	381 7	403 4	+ 5 7	904 9	853 9	- 5 6
Insgesamt	4 604 4	4 605 9	+ 0 0	9 142 7	9 346 2	+ 2 2

¹⁾ Steinkohlenbasis

Infolge des starken Rückganges der Kohlenbezüge verringerte sich der Anteil der Kohle an der Energieversorgung von 38% (II. Quartal 1960) auf 35%. Den größten Beitrag leistete die Wasserkraft mit 36% (35%). Die Anteile von Erdölprodukten und Erdgas nahmen um je einen Punkt auf 20% und 9% zu.

Höheres Energieaufkommen — geringere Energieimporte

Dank dem anhaltend überdurchschnittlichen Wasserdargebot und der nunmehr wieder steigenden Erdgasförderung war das inländische Rohenergieaufkommen im II. Quartal um 5% höher als im Vorjahr. Wasserkraft und Erdgas standen um 12% und 7% mehr zur Verfügung, Kohle und Erdöl um 7% und 3% weniger. Erstmals entfiel auf Wasserkraft mehr als die Hälfte des heimischen Energieaufkommens (52%). Die Inlandskohle hatte 1957 noch 21% beigetragen, im II. Quartal 1961 aber bloß 16%; auf Erdöl und Erdgas entfielen 21% und 11%.

Inländisches Rohenergieaufkommen

	II. Quartal		Veränderung %	1. Halbjahr		Veränderung %
	1960	1961		1960	1961	
	1.000 t ¹⁾			1.000 t ¹⁾		
Kohle	736 4	686 7	- 6 7	1 556 6	1 460 3	- 6 2
Wasserkraft	1 996 2	2 233 2	+ 11 9	3 231 6	3 672 6	+ 13 6
Erdöl	926 3	896 3	- 3 2	1 841 0	1 770 4	- 3 8
Erdgas	433 6	465 5	+ 7 4	1 015 7	997 3	- 1 8
Insgesamt	4 092 5	4 281 7	+ 4 6	7 644 9	7 900 6	+ 3 3

¹⁾ Steinkohlenbasis

Da das heimische Energieangebot bei gleichbleibender Nachfrage zunahm, wurde im II. Quartal erstmals seit 1959 weniger Energie eingeführt als im Vorjahr. Insgesamt waren die Energieimporte um 8% geringer als 1960. Kohle und Strom wurden um 11% und 17% weniger importiert. Die Einfuhr von Erdölprodukten nahm schwach zu

(+2%). Mehr als zwei Drittel der Energieimporte bestanden aus Kohle. Auf Erdölprodukte entfielen 28%, auf Strom nur 4%. Die eingeführten Energieträger deckten 32% des österreichischen Energiebedarfes, gegen 40% im I. Quartal und 35% im II. Quartal 1960.

Energieimporte

	II. Quartal 1960		Veränderung %	1. Halbjahr 1960		Veränderung %
	1 000 t ¹⁾			1 000 t ¹⁾		
Kohle	1.115,1	995,5	-10,7	2.250,1	2.158,9	-4,1
Wasserkraft	72,6	60,0	-17,4	221,4	183,0	-17,3
Erdölprodukte	401,6	409,4	+1,9	757,3	923,1	+21,9
Insgesamt	1.589,3	1.465,0	-7,8	3.228,8	3.265,0	+1,1

¹⁾ Steinkohlenbasis.

Hohe Stromausfuhr

Der Zuwachs des Stromverbrauches war im II. Quartal mit 3% annähernd gleich hoch wie im I. Quartal. Insgesamt bezogen die Verbraucher von April bis Juni 2,8 Mrd. kWh, hievon wurden 218 Mill. kWh für die Pumpspeicherung verwendet, um 14% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Läßt man den Bedarf der Pumpspeicherung unberücksichtigt, so ergibt sich für die übrigen Stromabnehmer im I. Quartal ein Mehrbezug von 6%, im II. Quartal von 5%.

Dem überdurchschnittlich hohen Angebot an hydraulischer Energie ist es zu danken, daß im zweiten Jahresviertel nicht nur der heimische Stromverbrauch trotz geringem Kapazitätswachstum der Elektrizitätswirtschaft mühelos gedeckt, sondern auch größere Mengen elektrischer Energie exportiert werden konnten. Erstmals wurden in einem Quartal mehr als 1 Mrd. kWh ausgeführt. Die exportierte Menge entspricht 27% der Stromerzeugung (nur öffentliche Versorgung); im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden nur 779 Mill. kWh (23% der Stromerzeugung) ausgeführt. Der Ausfuhrüberschuß betrug heuer 919 Mill. kWh, im Vorjahr 664 Mill. kWh. Die Stromeinfuhr ging um 13% auf 100 Mill. kWh zurück.

Erzeugung und Verbrauch elektrischer Energie¹⁾

	II. Quartal 1960		Veränderung %	Juli 1960		Veränderung %
	Mill. kWh ²⁾			Mill. kWh ²⁾		
Erzeugung						
Laufkraftwerke	1.917,9	2.179,4	+13,6	728,7	673,5	-7,6
Speicherkraftwerke	1.052,2	1.139,5	+8,3	364,6	419,5	+15,1
Dampfkraftwerke	437,9	419,0	-4,3	95,8	161,8	+68,9
Insgesamt	3.408,0	3.737,9	+9,7	1.189,1	1.254,8	+5,5
Export	778,6	1.018,9	+30,9	282,9	339,7	+20,1
Import	114,4	100,0	-12,6	47,3	44,2	-6,6
Inlandsverbrauch	2.720,6	2.807,4	+3,2	945,1	951,2	+0,6

Q: Bundeslastverteiler — ¹⁾ Nur öffentliche Versorgung, einschließlich Industrie-
einspeisung. — ²⁾ Vorläufige Zahlen

Die Stromerzeugung konnte gegen das II. Quartal 1960 um 10% gesteigert werden. Sie betrug 3,7 Mrd. kWh. Der Zufluß in den Laufkraftwerken war nicht mehr so günstig wie im I. Quartal, aber noch immer überdurchschnittlich (7% über dem Regeljahr) und weit höher als im Vorjahr. Die Erzeugung der Laufkraftwerke nahm daher gegen 1960 um 14% zu. Auch die Speicherkraftwerke wurden stärker eingesetzt und lieferten um 8% mehr Strom. Trotzdem entsprachen die Wasserreserven Ende Juni noch 58% der Höchstspeichermenge, gegen 52% im Vorjahr. Insgesamt wurden im II. Quartal 3,3 Mrd. kWh aus Wasserkraft gewonnen, um 12% mehr als 1960. Die Wärmekraftwerke sind nur schwach eingesetzt worden. Die kalorische Stromerzeugung war mit 419 Mill. kWh um 4% geringer als im Vorjahr. Sie trug 11% zur öffentlichen Stromversorgung bei, gegen 13% im II. Quartal 1960. Da von den an sich geringen kalorisch erzeugten Strommengen nur 39% aus Kohle gewonnen wurden (58% aus Erdgas und 3% aus Heizöl), haben die Kohlenbestände der Dampfkraftwerke weiter zugenommen. Ende Juni erreichten sie 647.000 t (SKB), Ende Juli 667.000 t, obwohl die kalorische Stromerzeugung im Juli stark stieg. Sie war um 69% höher als im Vorjahr, weil das Wasserdargebot nach längerer Zeit unter den langjährigen Durchschnitt sank. Insgesamt war aber die hydraulische Stromerzeugung annähernd gleich hoch wie im Vorjahr, da die Speicherkraftwerke (+15%) den Rückgang der Produktion (-8%) der Laufkraftwerke ausglich. Der Stromverbrauch war nur um 1%, ohne Pumpstromverbrauch um 3%, höher als im Juli 1960. Die Stromeinfuhr lag um 7% unter, die Ausfuhr um 20% über der des Vorjahres.

Stockender Kohlenabsatz

Die österreichische Wirtschaft hatte im Vorjahr mehr Kohle gekauft, als laufend verbraucht wurde, und die Vorräte aufgefüllt. Im I. Quartal 1961 war der Kohlenabsatz knapp gleich hoch, im II. Quartal um 8% geringer als 1960. Besonders die Haushalte hatten infolge des milden Winters noch hohe Lagerbestände und kauften um 19% weniger Kohle. Auch die Kokerei Linz, deren Lager stoßweise aufgefüllt werden, bezog weniger Kohle als im Vorjahr (-13%), obwohl sie um 5% mehr Koks erzeugte. Die Gaswerke schränkten ihre Bezüge um 10% ein. Aber nicht nur der Absatz, sondern auch der tatsächliche Kohlenverbrauch blieb hinter dem Vorjahr zurück. Dies gilt vor allem für die Industrie (ohne Hochöfen), die sich immer mehr auf

andere Energieträger umstellt. Sie verringerte ihre Kohlenkäufe um 15%. Besonders ins Gewicht fielen die Minderbezüge der Baustoffindustrie (—24%) Die Eisen- und Stahlindustrie allerdings, die im April in Linz einen fünften Hochofen anblies, bezog um 7% mehr Kohle. Der Verkehr, dessen Kohlenbedarf infolge der Umstellung auf elektrischen und diesel-elektrischen Betrieb langfristig zurückgeht, hatte im I. Quartal seine Kohlenlager weitgehend abgebaut und nahm daher im II. Quartal um 1% mehr Kohle ab als im Vorjahr. Die vertraglich festgesetzte Kohlenbelieferung der Dampfkraftwerke war um 14% höher als von April bis Juni 1960, doch mußte ein großer Teil auf Halde gelegt werden. Damit wurde zwar erreicht, daß der Absatz des österreichischen Kohlenbergbaues insgesamt nur um 3% geringer war als im II. Quartal des Vorjahres (wogegen die Kohlenimporte um 11% zurückgingen). Das Problem der überschüssigen Inlandskohle wird aber nicht dadurch gelöst, sondern vom Bergbau auf die Elektrizitätswirtschaft gewälzt.

Absatz in- und ausländischer Kohle

	II. Quartal		Veränderung %	Juli		Veränderung %
	1960 1 000 t	1961		1960 1 000 t	1961	
Braunkohle insgesamt	1 296 0	1 225 0	— 5,5	440 8	417 8	— 5,2
<i>dav. inländische</i>	1 187 6	1 151 9	— 3,0	387 9	366 0	— 5,6
<i>ausländische</i>	108 4	73 1	— 32,6	52 9	51 8	— 2,1
Steinkohle insgesamt	910 8	818 5	— 10,1	336 7	278 1	— 17,4
<i>dav. inländische</i>	29 2	26 1	— 10,6	9 8	8 7	— 11,2
<i>ausländische</i>	881 6	792 4	— 10,1	326 9	269 4	— 17,6
Koks insgesamt	651 6	663 9	+ 1,9	228 2	231 3	+ 1,4
<i>dav. inländischer¹⁾</i>	472 3	497 3	+ 5,3	169 0	166 0	— 1,8
<i>ausländischer</i>	179 3	166 6	— 7,1	59 2	65 3	+ 10,3
Gesamtkohlenabsatz ²⁾	2 210 4	2 094 8	— 5,2	785 3	718 3	— 8,5
<i>dav. inländisch</i>	1 095 3	1 099 2	+ 0,4	372 7	357 7	— 4,0
<i>ausländisch</i>	1 115 1	995 6	— 10,7	412 6	360 6	— 12,6

Q: Oberste Bergbehörde — ¹⁾ Aus ausländischer Steinkohle erzeugt — ²⁾ Einschließlich Koks, der aus importierter Steinkohle erzeugt wird — ³⁾ Steinkohlenbasis

Wachsende Kohlenhalden fordern Entscheidungen

Die internationale Kohlenkrise hat 1957 die rasche Expansion der heimischen Kohlenförderung plötzlich beendet. Der anfänglich konjunkturbedingte Rückschlag entwickelte sich seither zur Strukturkrise der europäischen Kohle. Die Bergbaupolitik, bis 1957 auf einen anhaltenden Verkäufermarkt abgestellt, konnte bisher den neuen Marktbedingungen nur teilweise angepaßt werden.

Die Kohlenförderung wurde zwar in den letzten drei Jahren (1958 bis 1960) jeweils um 6%, 4% und 4% und von Jänner bis Juli 1961 um 6% gedrosselt, die Nachfrage sank aber noch rascher. Die Kohlenhalden der Gruben und Dampfkraftwerke nahmen Jahr für Jahr zu. Allein in den letzten eineinhalb Jahren mußte die Produktion

von nahezu zwei Monaten auf Vorrat gelegt werden. Ende Juli 1961 erreichten die Lager mit annähernd 2 Mill. t Braunkohle ein Drittel einer Jahresförderung.

Bis Mitte 1961 haben die Spannungen zwischen Produktion und Nachfrage nicht nachgelassen. Von Jänner bis Juli blieben heuer so wie im Vorjahr fast 90% der Förderung unverkauft. Die wirtschaftlichen Lasten der Lagerhaltung konnte der Bergbau allerdings zu einem guten Teil auf die Elektrizitätswirtschaft überwälzen, die — vertraglich verpflichtet — mehr Kohle beziehen muß, als sie benötigt. Der Produktionsüberschuß der ersten sieben Monate ging zu 55% auf die Lager der Dampfkraftwerke und zu 45% auf die Bergbahalden.

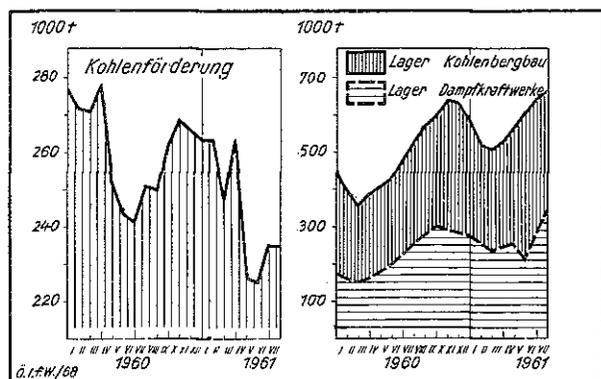
Kohlenförderung und Lagerzuwachs bei Bergbau und Dampfkraftwerken

Zeit	Förderung	Lagerzuwachs		Insgesamt	Zuwachs in % der Förderung
		Bergbau	Dampfkraftwerke		
		1 000 t (SKB)			
Jänner bis Juli 1960	1.808	79	75	154	8,5
1961	1.695	66	81	147	8,6

Da die Lagermöglichkeiten weitgehend ausgeschöpft sind und manche heimischen Kohlenarten nur begrenzt lagerfähig sind, drängt die Entwicklung stärker als bisher zu einer grundsätzlichen Revision der Kohlenpolitik. In den letzten drei Jahren wurden keine einschneidenden Entscheidungen getroffen. Wohl wurden einige kleinere Bergbaue stillgelegt, die schon vor Ausbruch der Krise unrentabel gearbeitet hatten, und verschiedene finanzielle Hilfen gewährt. Man hat es aber bisher unterlassen, die Produktion an die Nachfrage anzupassen und die Bergbaue zu sanieren, indem die Förderung auf die leistungsfähigsten Betriebe konzentriert würde, weil damit wegen der zumeist industriefernen Lage der Kohlengruben große soziale Probleme verbunden sind. Von 1957 bis Mitte 1961 hat der Kohlenbergbau seinen Beschäftigtenstand von 18.300 auf 14.200 vermindert.

Der Umfang der strukturpolitischen Maßnahmen im Kohlenbergbau wird vielfach überschätzt. Derzeit und in den nächsten zwei bis drei Jahren können wahrscheinlich 4,5 bis 5 Mill. t Inlandskohle annähernd konkurrenzfähig verkauft werden. Die Marktlage erfordert daher kaum drastische kurzfristige Anpassungen, sondern nur die Beseitigung der Überproduktion von annähernd 10%. Wohl aber wäre es zweckmäßig, die Produktion nicht linear einzuschränken, sondern nur die unverantwortbar teuer produzierenden Grenzbetriebe zu

**Kohlenförderung, Lager des Kohlenbergbaues und der
Dampfkraftwerke**
(Normaler Maßstab; in 1.000 t)



Trotz sinkender Kohlenförderung wachsen die Halden des Kohlenbergbaues und der Dampfkraftwerke rasch, weil die Nachfrage noch stärker zurückgeht. Die Kohlenvorräte der Elektrizitätswirtschaft waren in den letzten eineinhalb Jahren meist mehr als doppelt so hoch wie die der Gruben

schließen. Die dauernde Subventionierung kostet die Gesamtwirtschaft zweifellos mehr, als eine großzügige Hilfe zur Beseitigung sozialer Härten erfordern würde.

Die Kohlenbergbaue mit den größten Verlusten (darunter Fohnsdorf und Grünbach) werden derzeit teils von der Alpine, teils von den VOEST finanziert. Die abflauende internationale Stahlkonjunktur schmälert die Ertragslage der Hüttenindustrie. Es wird daher schwieriger werden, die Verluste der angegliederten Bergbaue innerhalb der Konzerne zu decken

In Fohnsdorf, mit über 1.100 m Teufe der tiefste Kohlenbergbau Europas, wurde Anfang September die Förderung um ein Fünftel eingeschränkt.

Geringeres Angebot heimischer Erdölprodukte

Die Nachfrage nach Erdölprodukten war im II. Quartal verhältnismäßig schwach. Der Heizölabsatz war nur um 4% höher als im Vorjahr, weil die Verbraucher noch über größere Vorräte verfügten. Inländisches Heizöl wurde um 5%, ausländisches um 4% mehr verkauft als im Vorjahr. Das Mengenverhältnis betrug 54 : 46. Im Juli war die Nachfrage nach Heizöl wieder lebhafter; es wurde um 25% mehr inländisches und um 2% weniger ausländisches, insgesamt um 12% mehr abgesetzt als im Vorjahr. Der Benzin- und Dieselölabsatz, der im II. Quartal 1960 noch um 15% und 14% zugenommen hatte, war heuer nur um je 7% höher als im Vorjahr, weil sich die Expansion des Straßenverkehrs in den letzten Monaten verlang-

samt hat. Erst im Juli erhielt der Verbrauch vom in- und ausländischen Fremdenverkehr neue Impulse. Es wurde um 10% und 30% mehr Benzin und Dieselöl abgesetzt als 1960. Die Bezüge von Petroleum blieben im II. Quartal um 9%, im Juli um 6% unter jenen des Vorjahres.

Absatz von Erdölprodukten

	II. Quartal		Veränderung %	Juli		Veränderung %
	1960	1961		1960	1961	
	1 000 t			1 000 t		
Benzin	159 2	170 9	+ 7 3	59 7	65 8	+ 10 2
Dieselöl	127 6	136 5	+ 7 0	43 6	56 2	+ 28 9
Petroleum	2 9	2 6	- 9 3	0 8	0 8	—
Heizöl insgesamt	303 9	317 5	+ 4 5	97 3	109 2 ¹⁾	+ 12 2
davon inländisch	162 4	170 0	+ 4 7	51 3	64 2 ¹⁾	+ 25 1
ausländisch	141 5	147 5	+ 4 2	46 0	45 0 ¹⁾	- 2 2

Q: Pressestelle des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau und Oberste Bergbehörde — ¹⁾ Vorläufige Zahlen

Die Versorgung mit inländischen Erdölprodukten hat sich im II. Quartal vorübergehend sehr verschlechtert. Wohl geht die Rohölförderung weiter zurück; sie war mit 598.000 t um 3% geringer als im Vorjahr. Ausschlaggebend war jedoch, daß die ÖMV größere Vorräte an Halbfabrikaten anlegte. Sie waren Ende Juni mit 55.000 t um 15% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Insbesondere wurde mehr Primärbenzin gelagert, um die neue Reforminganlage kontinuierlich beschicken zu können. Für den Verkauf standen daher von April bis Juni um 35% weniger Benzin und um 5% weniger Dieselöl zur Verfügung als im Vorjahr. Heizöl und Petroleum wurden zwar um 9% und 68% mehr für den Verkauf bereitgestellt. Insgesamt standen jedoch den Verbrauchern um 7% weniger Erdölprodukte heimischer Erzeugung zur Verfügung als im II. Quartal 1960. Der Anteil der ausländischen Ware hat daher stark zugenommen

Höhere Erdgaslieferungen

Um die starke Nachfrage nach Erdgas besser befriedigen zu können, wurde die Erdgasförderung im II. Quartal wieder intensiviert. Dies wurde teilweise durch Neuaufschlüsse erleichtert. Im I. Quartal war um 9% weniger gefördert worden als 1960, von April bis Juni jedoch um 7% mehr. Von der Fördermenge von 326 Mill. m³ wurden 303 Mill. m³ den Verbrauchern zugeführt, um 6% mehr als im Vorjahr. Der Eigenverbrauch der ÖMV hat seit dem Arbeitsbeginn der neuen Raffinerie Schwechat zugenommen

Die Steigerung der Erdgaslieferungen kam fast ausschließlich der Industrie zugute. Sie bezog um 13% mehr als im II. Quartal 1960 und war zu 48%

am Gesamtverbrauch beteiligt, gegen 44% im Vorjahr. Wohl erhielten auch die Kleinverbraucher und Fernheizwerke um je 15% mehr Erdgas als vor einem Jahr. Auf sie entfallen jedoch zusammen nur 2% der Bezüge. Die größten Abnehmer nach der Industrie, Elektrizitätswirtschaft und Gaswerke (32% und 18% der Gesamtbezüge), verbrauchten um je 1% weniger Erdgas als im Vorjahr. Die Bezüge der Tankstellen gingen erneut stark zurück (—29%). Sie erreichten nicht einmal mehr 1 Mill. m^3 .

Im Juli wurden 110 Mill. m^3 Erdgas gefördert, und 97 Mill. m^3 an die Verbraucher abgegeben, um je 8% mehr als im Vorjahr.

Industrieproduktion

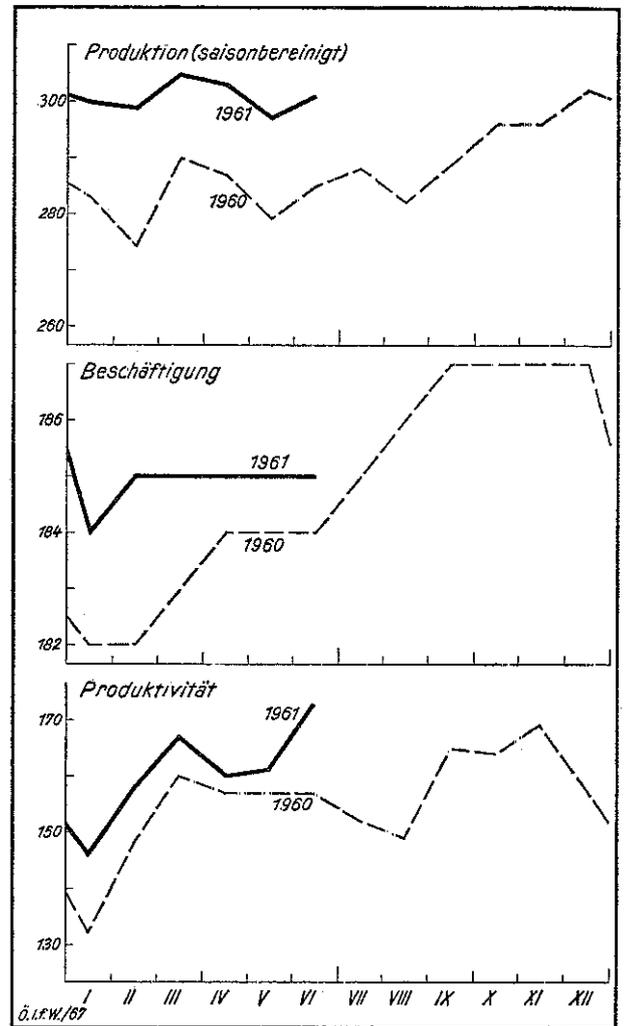
Dazu Statistische Übersichten 51 bis 529

Zunehmende Spannungen dämpfen Produktionswachstum

Die Industrieproduktion war in den ersten beiden Quartalen und im Juli 1961 (je Arbeitstag) um 7%, 6% und 1% höher als im Vorjahr. Damals hatte die Wachstumsrate durchschnittlich 9% betragen. Obwohl die besonders konjunkturbegünstigten Zweige, die an der Kapazitätsgrenze produzieren, die seasonschwächeren Sommermonate verstärkt nutzten, konnten sie meist das bisherige Expansionstempo nicht halten. In den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien war der Produktionszuwachs im II. Quartal durchschnittlich um ein Drittel geringer als im I. Quartal und nur halb so hoch wie im Vorjahr. Das günstige Ergebnis der gesamten Industrieproduktion — sie hielt bis Jahresmitte annähernd die gleiche Zuwachsrate — ist dem Umstand zu danken, daß die wichtigsten Konsumgüterindustrien, die von der Konjunktur noch nicht überfordert sind, unverändert, oder sogar stärker expandierten als im Vorjahr. Das auffallend schwache Produktionsergebnis vom Juli dürfte zu einem großen Teil auf stärkere Konzentration der Urlaube zurückgehen. Die Konjunkturergebnisse lassen für den Durchschnitt der Sommermonate eine Zuwachsrate von etwa 4% bis 5% erwarten.

Der Schwerpunkt des Konjunkturauftriebes liegt nach wie vor im Investitionsgüterbereich. Die Inlandsnachfrage nach maschinellen Investitionsgütern und Bauleistungen ist höher als je zuvor. Kapazitätsengpässe und Arbeitskräftemangel erschweren die Anpassung der Produktion. Die Auftragsbestände wachsen, das Konjunkturklima ist — besonders in der Bauwirtschaft — überhitzt. In den

Produktion, Beschäftigung und Produktivität (Normaler Maßstab; 1937 = 100)



Die Industrieproduktion war im I. Quartal um 7% und im II. Quartal um 6% höher als im Vorjahr. Der Produktionszuwachs wurde fast ausschließlich durch höhere Arbeitsproduktivität erzielt. Im I. Halbjahr 1961 beschäftigte die Industrie nur um 1% mehr Arbeitskräfte als 1960.

stark exportorientierten Grundindustrien sind die Spannungen viel geringer. Insbesondere die internationale Stahlkonjunktur läßt merklich nach und schwächt die Stellung der wichtigsten österreichischen Exportindustrie. Auch die chemische Industrie kann in wichtigen Bereichen ihre Stellung auf den Auslandsmärkten nicht halten. In diesen Zweigen kann die Binnenkonjunktur Export Sorgen kaum mildern, weil die Exportquoten zum Teil 80% und mehr betragen.

Die Produktion der überwiegend inlandsorientierten Konsumgüterindustrien ist zwar im Konjunkturaufschwung viel langsamer gewachsen als die der Investitionsgüterindustrien, sie expandiert aber unvermindert weiter. Spannungen und Eng-

pässe treten im Konsumgüterbereich nur vereinzelt auf Rationalisierungs- und Produktivitätsreserven mildern den Arbeitskräftemangel.

Die Unternehmererwartungen sind — ausgenommen in einigen Exportindustrien — durchwegs optimistisch. Im Herbst wird die Industrieproduktion etwa im bisherigen Ausmaß weiter wachsen. Auf dem Baustoffmarkt, in der Bauwirtschaft und den Investitionsgüterindustrien werden die Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage zunehmen. Die übrigen Industrien werden die Herbstsaison wahrscheinlich ohne ernste Schwierigkeiten bewältigen können.

Nach wie vor wird das Wachstum der Industrieproduktion fast ausschließlich durch Rationalisierungen und Produktivitätssteigerungen ermöglicht. Obwohl die Industrie zufolge ihres höheren Lohnniveaus den Arbeitskräftemangel weniger zu spüren bekommt als andere Wirtschaftszweige, konzentrierte sie seit Jahren ihre Investitionen auf arbeitssparende Verbesserungen des Produktionsapparates. Die Gesamtbeschäftigung war im 1. Halbjahr 1961 um knapp 1% höher als im Vorjahr, die Produktion um mehr als 6%. Seit 1956 ist die Produktion um nahezu ein Viertel gestiegen, die Zahl der Beschäftigten kaum um ein Zwanzigstel. Die Produktion je Beschäftigten ist zwar noch immer niedriger als in anderen westeuropäischen Industrieländern, der Rückstand wird aber von Jahr zu Jahr geringer.

Wachstum der Industrieproduktion

	1960				1961	
	I	II	III	IV	I	II
	Quartal					
	Veränderung gegen das Vorquartal in %					
Produktion ¹⁾	+2,8	+0,3	+1,0	+4,0	+1,1	-0,2
Beschäftigung	-0,2	+0,7	+1,0	+0,8	-1,3	+0,2
Produktivität	+3,0	-0,4	+0,0	+3,2	+2,5	-0,4

¹⁾ Saisonbereinigt

Expansionspielraum wird kleiner

In der Herbstsaison wird die Industrie voraussichtlich nahe an der Kapazitätsgrenze produzieren. Erfahrungsgemäß wird die durchschnittliche Kapazitätsausnutzung kaum nennenswert höher sein können als im Spätherbst 1960, als sie im Durchschnitt der verarbeitenden Industrien 85% erreichte. Der Produktionszuwachs, der heuer erzielt werden kann, hängt in erster Linie vom Kapazitätseffekt der inzwischen vorgenommenen Investitionen ab. Im 1. Halbjahr 1961 waren die maschinellen Brutto-Investitionen um 10% höher als 1960. Da mit zunehmender Kapazitätsintensität der Produktion der Kapazitätseffekt der Investitionen sinkt, wird der Ka-

pazitätszuwachs von 1961 kaum viel größer sein als der von 1960. Obwohl die Investitionen in den letzten fünf Jahren stetig zugenommen haben, blieb der jährliche Kapazitätszuwachs zwischen 1955 und 1960 mit 6% bis 7% so gut wie unverändert. Auch 1961 wird der Kapazitätszuwachs der Industrie kaum viel höher sein als 7%.

Dieser Kapazitätszuwachs kann allerdings nur dann in entsprechende Produktionssteigerungen umgesetzt werden, wenn sich die den Investitionen zugrunde liegenden Zukunftserwartungen erfüllen. Dies trifft aber nicht mehr für alle Industriezweige zu. Seit dem Vorjahr ist die Entwicklung in den einzelnen Industrien uneinheitlicher geworden. Teils weil Engpässe und Störungen die Expansion behindern, teils weil in einigen Bereichen die Nachfrage nicht oder nicht im erwarteten Ausmaß zugenommen hat. Während in den Investitionsgüterindustrien die Produktion mit der Nachfrage nicht Schritt halten kann, stehen wichtige Exportindustrien vor Absatzschwierigkeiten. Die Textilindustrie produziert nur wenig mehr als im Vorjahr, einige Zweige sogar weniger.

Produktionsveränderungen in wichtigen Industriezweigen¹⁾

	Veränderung im 1. Hbj 1961	
	1959	1960
	gegen %	
Bergbau	-18,3	-6,1
Magnesitindustrie	+54,1	+11,5
Eisenhütten ²⁾	+36,2	+8,3
Metallhütten ²⁾	+8,6	+3,4
Gießereien	+24,8	+10,1
Fahrzeugindustrie	-9,6	-5,5
Maschinenindustrie	+14,7	+11,0
Elektroindustrie	+19,6	+5,4
Baustoffindustrie	+28,8	+16,1
Chemische Industrie ²⁾	+24,6	+13,5
Papierindustrie	+9,8	+2,4
Leder- und Schuhindustrie	+6,3	+5,5
Textilindustrie	+10,4	+1,5
Nahrungsmittelindustrie	+0,1	-2,0
Tabakindustrie	-13,4	-3,3

¹⁾ Nach Arbeitstagen — ²⁾ Produktion bereinigt auf einen 30-Tage-Monat

Der Kapazitätszuwachs von 1961 wird daher zumindest in einigen Zweigen nicht oder nicht voll genutzt werden können und der durchschnittliche Produktionszuwachs der Industrie entsprechend geringer sein als der durchschnittliche Kapazitätszuwachs.

Die gegenwärtige Technik der Investitionsfinanzierung in der Industrie sichert zwar allen Unternehmen und Industriezweigen, unabhängig von ihrer Ertragslage, annähernd gleiche Investitionschancen, erschwert aber ein rascheres Wachstum von Zweigen mit überdurchschnittlichen Ent-

wicklungsmöglichkeiten Die Begünstigung der Eigeninvestitionen hemmt Kapitalumschichtungen von weniger entwicklungsfähigen Zweigen zu dynamischen Sparten. Während somit entwicklungsfähige Industrien aus Kapitalmangel nicht rasch genug expandieren können, wachsen andere zu rasch. In der gegenwärtigen Konjunkturlage, wo nur wenige Kapazitäten und Arbeitskräfte frei sind, könnten flexibler eingesetzte Investitionsmittel das Wachstum der Gesamtproduktion fördern.

Die Entwicklung der Auftragsbestände zeigt, daß einzelne Zweige die Marktchancen des Konjunkturaufschwunges bei weitem nicht nutzen konnten und ihre Auftragsbestände übermäßig aufblähen mußten.

Auftragsbestände wichtiger Industrien¹⁾

	Auftragsbestände in % einer Monatsproduktion Ende Juni		
	1959	1960	1961
Investitionsgüterindustrien	240	380	430
Giessereiindustrie	150	200	310
Maschinenindustrie	350	620	710
Elektroindustrie	270	330	360
Konsumgüterindustrien	160	170	190
Chemische Industrie ²⁾	80	120	120
Papierverarb. Industrie	120	130	150
Lederverarb. Industrie	290	200	280
Textilindustrie	260	350	360
Bekleidungsindustrie	160	190	260

¹⁾ Konjunkturtest — ²⁾ Ohne Grundchemie

Unterschiedliche Exportkonjunktur

Die Industrieausfuhr war im I und II Quartal (wertmäßig) um je 8% höher als im Vorjahr. Da seit Jahresbeginn keine Daten über die reale Entwicklung der Ausfuhr verfügbar sind, kann man die Exportquote der Industrieproduktion (Ausfuhr in Prozenten der Produktion) nicht genau ermitteln. Größenordnungsmäßig dürfte sich aber die Ausfuhrquote seit dem Vorjahr kaum verändert haben, da der Exportzuwachs annähernd gleich groß ist wie der Produktionszuwachs. Zusätzliche Auftriebskräfte wurden von der Auslandsnachfrage jedenfalls nicht ausgelöst.

In den einzelnen Sparten war die Exportkonjunktur uneinheitlich. Einzelne Zweige, mit z. T. geringerem Anteil an der Ausfuhr, steigerten die Ausfuhr weit überdurchschnittlich, darunter die Bekleidungsindustrie (+58%), die Lederindustrie (+37%), die Elektroindustrie (+27%) und die Magnesitindustrie (+22%). Exportwichtige Sparten, wie die Papier-, Textil- und Maschinenindustrie exportierten um 6%, 6% und 8% mehr als im 1. Halbjahr 1960. Die Eisen- und Stahlindustrie konnte das Vorjahresergebnis noch knapp (um 1%) überbieten, muß aber schon bald mit Einbußen rech-

nen, weil Nachfrage und Preise sinken. Chemische Industrie, Eisenwaren- und Metallwarenindustrie und die Erzeuger von feinmechanischen und optischen Geräten blieben z. T. weit unter den Exportumsätzen des Vorjahres.

Ausfuhr wichtiger Industriewaren

	1959	1. Hbj. 1960 Mill S	1961	1961 in % von 1959	1960
Holz und Kork	1 690	1 791	1 793	106,1	100,1
Magnesit und -erzeugnisse	392	511	623	158,9	121,9
Leder und Lederwaren	59	63	86	145,8	136,5
Kautschukwaren	95	149	182	191,6	122,1
Papier, Pappe und Papierzeug	1 051	1 083	1 146	109,0	105,8
Textilien	933	1 105	1 173	125,7	106,2
Glas	258	203	205	79,5	101,0
Eisen und Stahl	1 935	2 741	2 769	143,1	101,0
Aluminium	294	271	287	97,6	105,9
Eisen- und Metallwaren	475	526	479	100,8	91,1
Maschinen	937	1 251	1 352	144,3	108,1
Elektroartikel	408	544	690	169,1	126,8
Verkehrsmittel	378	503	540	142,9	107,4
Bekleidung	163	211	333	204,3	157,8
Feinmech. u. opt. Erzeugnisse	154	174	113	73,4	64,9

Die Fertigwareneinfuhr ist vor allem in den Bereichen stark gestiegen, wo die heimische Industrie überfordert ist. Maschinen und Elektrogeräte wurden (von Jänner bis Juli) um 23% und 58% mehr eingeführt als 1960. Erstmals seit Jahren wurden heuer weniger Verkehrsmittel (vor allem Personenautos) importiert als im Vorjahr.

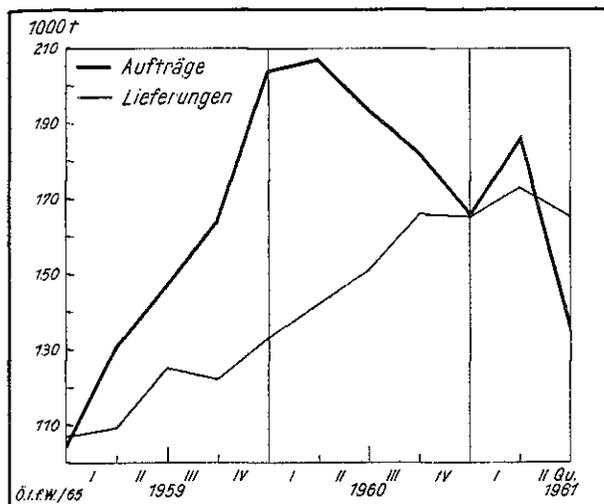
Einfuhr wichtiger Fertigwaren

	Jänner bis Juli		Veränderung %
	1960	1961	
	Mill S		
Maschinen	3 014,4	3 710,5	+ 23,1
Elektroartikel	787,7	1 241,8	+ 57,6
Verkehrsmittel	2 085,1	2 134,5	+ 2,4
Metallwaren	384,7	463,0	+ 20,4
Feinmech. u. opt. Erzeugnisse	362,4	434,9	+ 20,0
Kleidung	48,5	80,8	+ 66,6
Textilien	1 559,4	1 664,2	+ 6,7
Leder, Lederwaren u. Pelze	167,3	209,5	+ 25,2
Papier, Pappe u. Papierwaren	126,4	157,1	+ 24,3
Kautschukwaren	89,1	124,9	+ 40,2

Bemerkenswert geringer Rohstoffbedarf

Trotz Hochkonjunktur, optimistischen Zukunftserwartungen der Unternehmer und günstigen Einkaufsmöglichkeiten auf den Weltmärkten ist die Nachfrage nach Rohwaren bemerkenswert niedrig. Im Konjunkturaufschwung des Vorjahres bezogen die Unternehmungen um 20% mehr Importrohstoffe als 1959, die Industrieproduktion stieg gleichzeitig um 9%. Da ein Teil der zusätzlichen Rohwaren den gelichteten Lagern zugeführt wurde und die Importtangente der zusätzlichen Produktion in vielen Fällen höher ist als die der Gesamtproduktion (weil die heimischen Rohstoffquellen zum Teil erschöpft sind), konnte man schon im Vorjahr kaum

Inlandsaufträge und Lieferungen von Kommerzwalzware
(Normaler Maßstab; 1 000 t)



Die Inlandsbestellungen von Kommerzwalzware, die im Konjunkturaufschwung sprunghaft zugenommen hatten und im I. Halbjahr 1960 nahezu doppelt so hoch waren wie die laufenden Lieferungen, sind seither rasch zurückgegangen. Im II. Quartal 1961 wurde erstmals seit zwei Jahren weniger bestellt als ausgeliefert.

von einer Rohstoffhaushalt sprechen. Seit Jahresbeginn hat sich der Importzuwachs verlangsamt. Im I. Quartal betrug er (ohne Kohle) noch 13%, im II. Quartal nur noch knapp 6%. Die Einfuhr von Erzen und Schrott, die im Vorjahr auf das Doppelte stieg, war von Jänner bis Juli um 8% niedriger als 1960.

Rohwarenimporte

	1961		
	I. Qu.	II. Qu.	Jänner/Juli
	Veränderungen gegen das Vorjahr in %		
Rohwareneinfuhr insgesamt	+13,2	+ 5,6	+11,0
Rohwareneinfuhr ohne Kohle	+15,7	+ 8,2	+14,3
Baumwolle	+ 6,4	+ 2,6	+ 3,8
Wolle	- 3,6	+38,5	+12,4
Erze und Schrott	- 6,2	-11,1	- 8,0
Mineralölprodukte	+41,2	+14,6	+37,9
Kohle	+ 3,2	- 7,3	- 3,9

Die Zurückhaltung bei den Rohstoffkäufen wird durch die Entwicklung der Inlandsnachfrage nach Walzmaterial unterstrichen. Während im Vorjahr die Bestellungen sprunghaft zunahm und die Erzeugerwerke die Nachfrage auch nicht annähernd decken konnten, gehen seit Jahresbeginn die Bestellungen rasch zurück. Im II. Quartal wurde erstmals seit dem Konjunkturaufschwung weniger Walzmaterial von Inlandkunden bestellt, als gleichzeitig ausgeliefert wurde. Da die verarbeitenden Industrien und das Baugewerbe florieren und die Verbraucherlager keineswegs überfüllt sind, kann man die vorsichtige Einkaufspolitik der Kunden nur mit der Schwäche auf dem internationalen Stahlmarkt

erklären, derzufolge man einen starken Angebotsdruck auf dem Inlandmarkt erwartet.

Rekordinvestitionen und überforderte Bauwirtschaft

Hohe Güternachfrage, wachsende Erträge in Produktion und Verteilung und umfangreiche öffentliche Mittel regen die Investitionsneigung stark an. Seit der Konjunkturdämpfung von 1957/58, als sich das Wachstum der Brutto-Investitionen in der österreichischen Wirtschaft vorübergehend verlangsamte, wächst die Nachfrage nach maschinellen Investitionsgütern und Bauleistungen rascher als je zuvor. 1959, als der neue Konjunkturaufschwung einsetzte, nahmen die gesamten Brutto-Investitionen (real) um 4% zu, 1960 um 13% und im I. Halbjahr 1961 um 10%. Weder die Bauwirtschaft, noch die heimischen Investitionsgüterindustrien konnten dem Nachfrageboom folgen.

In der Bauwirtschaft entstanden schon im Vorjahr ernste Spannungen zwischen Nachfrage und Kapazität, die die Bauleistungen beeinträchtigten und vor allem zu scharfer Konkurrenz um die begrenzt verfügbaren Arbeitskräfte führten. Nach dem vom Wetter begünstigten Start der Bausaison im heurigen Frühjahr war die Baukonjunktur bald noch stärker überhitzt als im Vorjahr.

Der kurzfristige Expansionspielraum der Bauwirtschaft ist ziemlich eng. Seit die Hochkonjunktur praktisch alle Arbeitskraftreserven aufgesaugt hat, kann die Bauwirtschaft keine zusätzlichen Kräfte anlocken. Sie verliert im Gegenteil seit einem Jahr Kräfte an andere Wirtschaftszweige. Mitte 1961 arbeiteten um 2% weniger Arbeitskräfte in der österreichischen Bauwirtschaft als 1960. Das wachsende Bauvolumen muß daher mit einer sinkenden Beschäftigtenzahl, d. h. durch überproportionale Produktivitätssteigerung erzielt werden. Die Leistungssteigerung der Bauwirtschaft hängt daher ausschließlich vom Erfolg der Rationalisierung des Arbeitseinsatzes und dem Ausgleich der Saisonschwankungen ab.

Der rationellere Einsatz der verfügbaren Kräfte ist gegenwärtig weniger eine Frage zusätzlicher Kapitaleinsatzes als der Bauplanung. Die heimische Bauwirtschaft hat sich in den letzten Jahren ziemlich reichlich mit modernen Baumaschinen versorgt. Die Überlastung mit Aufträgen und die geringe Leistungsfähigkeit mancher Bauneben- und -hilfsgewerbe erschwert jedoch eine rationelle Bauplanung, führt zwangsläufig zu Leerläufen und übermäßig langen Bauzeiten. Diese strukturellen Mängel — die teilweise wahrscheinlich nur durch eine

stärkere vertikale Konzentration der Baubetriebe behoben werden könnten — werden in der gegenwärtig reichlich überhitzten Konjunkturphase kaum nennenswert gemildert werden können.

Der Saisonausgleich, den man seit Jahren unter dem Schlagwort „Winterbauprogramm“ mit begrenztem Erfolg voranzutreiben suchte, wird durch die Überkonjunktur weit wirkungsvoller unterstützt. Infolge der Knappheit an Arbeitskräften und Baukapazität im Sommer nimmt man auch die Kostennachteile des Winterbaues, die bei geringerer Nachfrage nach Bauleistungen die Arbeit im Winter erschweren, in Kauf. Man darf allerdings die kurzfristigen Möglichkeiten des Saisonausgleiches nicht überschätzen. In absehbarer Zeit wird es kaum gelingen, die ausgeprägten Saisonschwankungen ganz oder weitgehend auszuschalten, weil die technischen Voraussetzungen fehlen und spezifische Beschäftigungsprobleme bestehen (Saison-Wanderarbeiter).

Derzeit ist die Bauwirtschaft eindeutig überfordert. Der Wettbewerb um die Arbeitskräfte mit Prämien, Schwarzarbeit u. a. m. verteuert nicht nur das Bauen, sondern macht in vielen Fällen auch jede Terminplanung unmöglich. Da der weitaus überwiegende Teil der Bauleistungen von öffentlichen Auftraggebern vergeben oder finanziert wird, die die verfügbaren Budgetmittel entweder ausgeben oder auf sie verzichten müssen, wird die Nachfrage nach Bauleistungen durch die steigenden Baukosten kaum beeinträchtigt. Der Baukostenindex für Wien war im Juli 1961 um 7% höher als ein Jahr vorher, unterschätzt aber zweifellos die konjunkturbedingt kräftigere Entwicklung der Baupreise.

Bei einigermaßen günstigem Wetter werden die Spannungen in der Bauwirtschaft frühestens gegen Jahresende abklingen. Die Rekordnachfrage nach Baumaterial — die Baustoffindustrie wird die heurige Saison ohne nennenswerte Vorräte beenden —, der Bauüberhang und die voraussichtlich zumindest gleich hoch präliminierten öffentlichen Bauausgaben für 1962 lassen für die Bausaison des nächsten Jahres unverändert starke Spannungen voraussehen.

Wenn der reale Gegenwert der für Bauausgaben eingesetzten Mittel nicht weiter geschmälert werden soll, müßte die öffentliche Hand entweder ihre Nachfrage einschränken oder zumindest in begrenztem Umfang ausländische Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft zulassen.

Die maschinellen Brutto-Investitionen in der österreichischen Wirtschaft waren im 1. Halbjahr 1961 um 10% höher als im Vorjahr und um 28% höher als 1959. Die heimische Investitionsgüter-

Brutto-Investitionen der österreichischen Wirtschaft

Zeit	Brutto-Investitionen		
	insgesamt reale Veränderung	maschinelle gegen das Vorjahr in %	bauliche in %
☉ 1959	4,3	2,8	6,1
☉ 1960	12,6	18,3	4,7
1961 I Hbj	9,8	9,5	10,2

erzeugung, deren Marktanteil an der Investitionsgüterversorgung infolge der zunehmenden Spezialisierung der Nachfrage schon seit Jahren zurückgeht, konnte dieser stürmischen Entwicklung nicht folgen. Die Investitionsgütereinfuhr stieg weit rascher als die Inlandsproduktion. Auftragsbestände und Lieferfristen nahmen rasch zu. Da auch die Bestellungen im Ausland in vielen Fällen nicht termingerecht geliefert werden und sich bauliche Investitionen verzögern, werden die Investitionsziele teilweise nicht erreicht.

Die Ergebnisse in einzelnen Industrien

Die Entwicklung des *Bergbaues* wird durch die Kohlenkrise entscheidend beeinflusst. Seit dem Höhepunkt der Kohlenförderung im Jahre 1957 wurde die Produktion von Jahr zu Jahr um 6%, 4% und 4% eingeschränkt. Im 1. Halbjahr 1961 war sie um 6% niedriger als im Vorjahr. Seit 1957 ist die Beschäftigtenzahl im Kohlenbergbau fast um ein Viertel (über 4.000) Personen zurückgegangen. Einige Gruben wurden geschlossen, andere entließen überzählige Arbeitskräfte. Ähnlich wie im westeuropäischen Kohlenbergbau regte die Vollbeschäftigung in der Gesamtwirtschaft vor allem jüngere Kräfte an, ihre Arbeitsplätze im Bergbau freiwillig aufzugeben. Da die Kohlengruben noch immer mehr Kohle fördern, als verkauft werden kann — seit dem Vorjahr wurde mehr als eine Monatsproduktion auf Lager gelegt — und die Haldenplätze überfüllt sind, wird die Förderung künftig stärker eingeschränkt werden müssen als bisher.

Die günstigere Entwicklung in anderen Sparten (Eisenerzbergbau, Kaolinbergbau, Antimonbergbau) konnte den Ausfall im Kohlenbergbau — auf ihn entfällt mehr als die Hälfte der Bergbauproduktion (ohne Erdöl) — nicht wettmachen. Von Jänner bis Juli war die gesamte Bergbauproduktion (nach Arbeitstagen) um knapp 2% niedriger als 1960.

Trotz aller Bemühungen, die Erdölförderung zu stabilisieren (sie ging von 1955 bis 1960 um 33% zurück), konnte die Vorjahresproduktion nicht erreicht werden. Von Jänner bis Juli wurden 138 Mill. t Rohöl gefördert, um 3% weniger als im gleichen Zeitraum 1960.

Produktion¹⁾, Beschäftigung und Produktivität

	I. Qu. Veränderung gegen das Vorjahr in %	1961	
		II. Qu.	Jänner bis Juli
Produktion, insgesamt	+ 6,5	+ 6,0	+ 5,5
Beschäftigung	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,8
Produktivität	+ 5,3	+ 5,3	+ 4,7
Produktion:			
Dauerhafte Güter	+ 8,9	+ 5,7	+ 6,3
Nicht dauerhafte Güter	+ 3,3	+ 6,1	+ 4,1
Bergbau	+ 0,6	- 4,2	- 2,3
Magnesitindustrie	+ 13,2	+ 10,0	+ 11,2
Eisenhütten ²⁾	+ 9,7	+ 6,9	+ 7,0
Metallhütten ²⁾	+ 5,0	+ 2,2	+ 3,1
Gießereien	+ 13,0	+ 7,3	+ 8,7
Fahrzeugindustrie	- 9,5	- 1,5	- 1,8
Maschinenindustrie	+ 12,5	+ 9,6	+ 8,9
Baustoffindustrie	+ 26,3	+ 11,3	+ 14,1
Elektroindustrie	+ 8,4	+ 2,8	+ 4,8
Chemische Industrie ²⁾	+ 12,2	+ 14,8	+ 11,4
Papierindustrie	+ 3,8	+ 1,1	+ 1,7
Leder- und Schuhindustrie	+ 4,8	+ 6,1	+ 6,4
Textilindustrie	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8
Nahrungsmittelindustrie	- 4,7	+ 0,6	- 1,9
Tabakindustrie	- 11,7	+ 4,5	+ 1,4

¹⁾ Nach Arbeitstagen — ²⁾ Produktion bereinigt auf einen 30-Tage-Monat

Die neue Raffinerie in Schwechat läuft auf vollen Touren. Da ihre Kapazität nicht größer ist als die der inzwischen stillgelegten und teilweise schon demontierten alten Anlagen, reicht die Inlands-erzeugung an Erdölprodukten bei weitem nicht aus, den Markt zu versorgen. Die Qualität der Erzeug-nisse wurde jedoch stark verbessert.

Die eisenerzeugende Industrie wird bald vor schwierigen Problemen stehen, falls die pessimisti-schen Prognosen für den internationalen Stahlmarkt zutreffen. Seit Kriegsende hatte die europäische Stahlindustrie, von kurzen Unterbrechungen abge-sehen, ständig einen Verkäufermarkt, weil die Nach-frage rascher wuchs als die Kapazitäten. Die heimi-sche Industrie, die sich verhältnismäßig früh zum kräftigen Ausbau ihrer Erzeugungsanlagen ent-schloß und dadurch beachtliche Exportkapazitäten schuf, konnte die Konjunkturjahre gut nützen. In-zwischen haben aber auch die großen Produktions-länder, deren Kapazitäten seinerzeit zu langsam ex-pandierten, ihre Investitionen verstärkt. Für die nächsten Jahre erwartet man empfindliche Über-kapazitäten, und zwar vor allem in Blechwalzwerken. Gerade in diesem Sektor der Eisenerzeugung befin-den sich die wichtigsten Exportkapazitäten der hei-mischen Industrie. Derzeit werden etwa vier Fünftel der Blechproduktion exportiert. Der inländische Markt kann nur einen Bruchteil aufnehmen. Bei al-len anderen Walzmaterialsorten (außer Edelstahl) sind die Exportquoten viel geringer und betragen höchstens 10% bis 20%.

Die Expansion der eisenerzeugenden Industrie hat sich seit Jahresbeginn rasch abgeschwächt. 1960

stieg die Produktion um 22%, im I. und II. Quartal 1961 war sie nur noch um 10% und 7% höher als im Vorjahr, im Juli um 1% niedriger. Die Auftrags-eingänge sind rasch gesunken. Inlandskunden be-stellten im II. Quartal um ein Drittel weniger Kom-merzwalzware als 1960.

Auftragseingänge und Auftragsbestände auf Kommerzwalzware

Kommerzwalzware		Auftragseingänge			Auftragsbestände ²⁾	
		I. Qu.	II. Qu.	1. Hbj. 1000 t	I. Qu.	II. Qu.
Insgesamt	1961	524,7	438,4	965,0	577,4	530,7
	1960	544,3	497,6	1041,9	622,8	643,8
davon Inland ¹⁾	1961	186,2	135,9	322,0	369,7	329,8
	1960	206,8	192,7	399,5	363,8	390,3
Export	1961	252,6	221,4	474,0	207,7	200,9
	1960	242,1	249,3	491,4	259,0	253,5

Q: Walzstahlbüro. — ¹⁾ Auftragsbestand am Ende des Berichtszeitraumes — ²⁾ Ohne Aufträge für Eigenbedarf, Lohnwalzungen, Reparaturen und IIA-Material.

In Inland und Ausland setzten die Eisenwerke im I. und II. Quartal um 7% und 2% mehr Kom-merzwalzware ab als im Vorjahr. Drei Viertel aller Lieferungen entfielen auf Bleche. Auch die Edel-stahlindustrie konnte ihren Absatz im I. Quartal noch um fast 9% ausweiten, im II. Quartal nur um 3%.

Inlandslieferungen¹⁾ und Export von Kommerzwalz-ware und Edelstahl

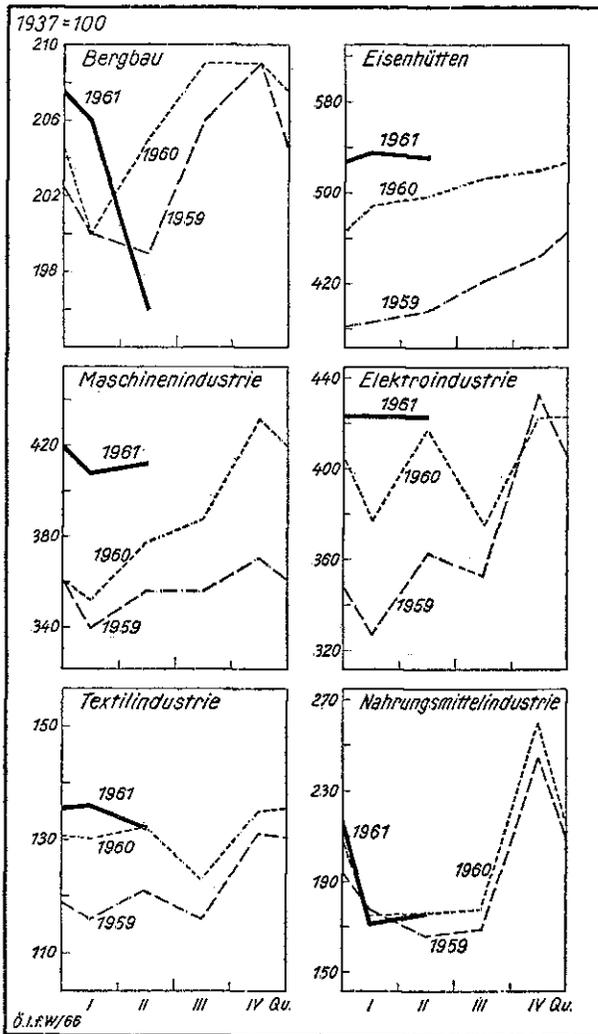
	1961		
	I. Qu.	II. Qu.	1. Hbj.
a) Kommerzwalzware			
Kommerzwalzware insgesamt	414,0	397,0	811,0
Vorjahr = 100	106,7	102,5	104,5
I- und U-Träger	9,8	9,1	18,9
Strabstahl	56,7	56,1	112,8
Walzdraht	19,2	18,4	37,6
Bleche	308,6	294,0	602,6
b) Edelstahl			
Edelstahl insgesamt	51,2	49,2	100,4
Vorjahr = 100	102,5	102,9	105,7

Q: Walzstahlbüro. — ¹⁾ Ohne Eigenbedarf und Lohnwalzungen

Auch in den Metallhütten hat die Expansion seit Jahresbeginn allmählich aufgehört. 1960 stieg die Produktion um 6%, im I. und II. Quartal 1961 um 5% und 2%. Im Juli war sie nur noch gleich hoch wie im Vorjahr.

Die Magnesitindustrie steigerte die Produktion noch immer kräftig, im I. Halbjahr um knapp 12%, im Juli um 10%. Besonders günstig entwickelte sich die Förderung von Rohmagnesit und die Erzeugung von Magnesitsteinen. Die Ausfuhr von Magnesit und Magnesiterzeugnissen war im I. Halbjahr (wert-mäßig) um 22% höher als im Vorjahr und um 59% höher als 1959.

Produktion wichtiger Industriezweige
(Normaler Maßstab; 1937 = 100)



In fast allen Industriezweigen war die Expansion 1961 schwächer als im Vorjahr, teils weil die verfügbaren Kapazitäten ausgelastet sind, teils weil die Nachfrage schwächer wurde. Die Kohlenkrise drückte die Bergbauproduktion sogar unter die von 1959.

Die Hochkonjunktur der nachgelagerten Zweige hat die Gießereindustrie kräftig angeregt. Im 1. Halbjahr überbot sie die Vorjahresproduktion um 11%, im Juli lag sie nur knapp darüber. Die Auftragsbestände haben bis Jahresmitte zugenommen. Ende Juni betragen sie mehr als das Dreifache einer Monatsproduktion, das ist um die Hälfte mehr als im Vorjahr. Wie in anderen Industriezweigen dürften die schwächeren Produktionsergebnisse vom Juli teilweise auf Verlagerungen der Urlaube zurückzuführen sein.

Auch in der Maschinenindustrie waren die Juliergebnisse auffallend schwach. Sie lagen um 2% unter jenen von 1960. Im I. und II. Quartal wurde

die Produktion des Vorjahres um 13% und 10% überboten. Die Inlandsnachfrage nach Maschinen nimmt nach wie vor zu. Die Auftragsbestände entsprachen Mitte 1961 der Produktion von sieben Monaten und waren höher als je zuvor. Die Maschinenausfuhr war im 1. Halbjahr 1961 um 8% höher als im Vorjahr und um 44% höher als 1959.

Die Elektroindustrie hat Hochkonjunktur. Sie expandierte im Vorjahr und im I. Quartal 1961 um je 8%, im II. Quartal und im Juli um 3% und 2%. Auch ihre Auftragsbestände erreichten Mitte des Jahres mit dem 3,6fachen einer Monatsproduktion den bisher höchsten Stand. Die Ausfuhr war im 1. Halbjahr (wertmäßig) um 27% höher als 1960 und um 69% höher als 1959. Die Investitionsgüter erzeugenden Sparten beanspruchen vielfach lange Lieferfristen.

Obwohl die Baustoffindustrie ihre Produktion durch Kapazitätserweiterungen und stärkere Nutzung der seasonschwachen Monate kräftig ausgeweitet hat, kann sie die Nachfrage nur mit Mühe decken. Im I. und II. Quartal und im Juli erzeugte sie um 26%, 11% und 5% mehr Baumaterial als im Vorjahr. In den Sommermonaten, wenn üblicherweise ein Teil der Erzeugung auf Vorrat gelegt wird, um den Stoßbedarf im Frühjahr zu decken, blieb die Nachfrage heuer unverändert hoch. Nennenswerte Erzeugerlager werden bis Saisonende kaum gebildet werden können.

Die Papierindustrie hat seit Jahren nur wenig Expansionspielraum, weil ihre Rohstoffbasis begrenzt ist. Immerhin steigerte sie aber ihre Erzeugung in den ersten beiden Quartalen um 4% und 1%. Die Ausfuhr war im 1. Halbjahr (wertmäßig) um knapp 6% höher als 1960 und um 9% höher als 1959. Nach wie vor ist die Papierindustrie bestrebt, die Ausfuhr von Halbwaren (Holzschliff und Zellulose) zugunsten von Fertigwarenerzeugung und -export zu drosseln. Seit der Vorkriegszeit sind die Kapazitäten der Papierfabriken viel stärker ausgeweitet worden als die der Zellulosefabriken und Holzschleifereien.

Die verhältnismäßig schwache Textilkonjunktur hat schon gegen Ende 1960 stark nachgelassen. Im I. und II. Quartal 1961 war die Textilproduktion nur geringfügig (1% und 2%) höher als 1960, im Juli sogar um 4% niedriger. Die einzelnen Sparten entwickelten sich sehr unterschiedlich. Die Textilausfuhr war im 1. Halbjahr (wertmäßig) um 6% höher als im Vorjahr, die Bekleidungsindustrie exportierte um 58% mehr.

Einzelhandelsumsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.6

Stetiges Wachsen des privaten Konsums

Die Zuwachsrate des privaten Konsums, die seit Mitte 1959 gestiegen ist, scheint sich zu stabilisieren. Im II. Quartal waren zwar die Konsumausgaben nur um 6% (real um 3%) höher als im Vorjahr, gegen 13% (10%) im I. Quartal. Dieser Rückgang erklärt sich jedoch ausschließlich daraus, daß das Ostergeschäft heuer ins erste, im Vorjahr aber ins zweite Quartal fiel. Faßt man, um diese Saisonverschiebungen auszuschalten, das 1. Halbjahr zusammen, so war die Zuwachsrate nominell etwas höher (9%) als im 2. Halbjahr 1960 (8%), real allerdings nur gleich hoch (6 5%), da der Preisauftrieb stärker geworden ist¹⁾. Auch saisonbereinigt²⁾ haben die Konsumausgaben im 1. Halbjahr 1961 etwa gleich stark zugenommen (um 3%) wie im 2. Halbjahr 1960.

Im Juli freilich war der Zuwachs der Einzelhandelsumsätze, auf die 1960 etwa 55% der gesamten Konsumausgaben entfielen (der private Konsum wird nur vierteljährlich berechnet), wieder höher. Er betrug 14% (real etwa 10%) gegen nur 10% (8%) im 1. Halbjahr. Dieser stärkere Zuwachs dürfte allerdings kaum konjunkturbedingt sein, sondern hauptsächlich mit der Berlin-Krise zusammenhängen. Die Angst vor einem neuen Krieg dürfte manche Konsumenten veranlaßt haben, Nahrungsmittel auf Vorrat zu kaufen. Die Umsätze von Nahrungs- und Genußmitteln waren um 17% (real um etwa 15%) höher als im Vorjahr, gegen 10% (9%) im 1. Halbjahr. Die Verkäufe der übrigen Warengruppen dagegen sind annähernd gleich gestiegen wie in den Monaten vorher.

Die Zunahme der Konsumausgaben geht vor allem auf die Steigerung der *Masseneinkommen* zurück. Die Erhöhung der Renten seit Anfang des Jahres ließ die Transfereinkommen stärker wachsen als vorher (im 1. Halbjahr 1961 waren sie um 9%, im 2. Halbjahr 1960 nur um 4% höher als im Vorjahr). Damit wurde auch die Zuwachsrate der

¹⁾ Im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1961 waren die Konsumentenpreise (gewogen nach der Zusammensetzung des privaten Konsums) um 2 5% höher als im Vorjahr, im 2. Halbjahr 1960 aber nur um 1%. Der Verbraucherpreisindex I (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) ist ebenfalls um 2 5% bzw. 1% gestiegen.

²⁾ Die Saisonbereinigung des privaten Konsums erfolgt überschlägig mit Hilfe eines Saisonindex, der aus der quartalsweisen Entwicklung der letzten acht Jahre ermittelt wurde

Masseneinkommen von 8% im 2. Halbjahr 1960 auf 9% im 1. Halbjahr 1961 gehoben.

Außerdem scheint die *Sparquote* zu sinken. Das kann nicht nur daraus geschlossen werden, daß der Zuwachs der Konsumausgaben fast so hoch ist wie jener der Masseneinkommen (bis 1959 lag er stets darunter), sondern auch aus der Entwicklung der Spareinlagen bei den Kreditinstituten. Im 1. Halbjahr 1961 wurden ohne Zinsgutschriften 1.525 Mill. S auf Sparkonten eingelegt, um 867 Mill. S oder 36% weniger als im Vorjahr. Der Rückgang hat sich allerdings im Laufe des Halbjahres sehr verlangsamt. Im I. Quartal betrug er noch 50%, im II. Quartal nur 5%. Obwohl nur ein relativ kleiner Teil der Spareinlagen aus dem Masseneinkommen stammt (nach Schätzungen des Institutes i. J. 1958 höchstens ein Drittel³⁾), und vieles dafür spricht (hoher Investitionsbedarf, Aufstockung der Lager, geringe Bankkredite), daß in letzter Zeit vor allem die Spareinlagen der Selbständigen zurückgegangen sind, kann angenommen werden, daß auch die Unselbständigen zumindest relativ weniger gespart haben.

Andererseits gehen aber auch die *Teilzahlungskredite* zurück. Im 1. Halbjahr haben die Teilzahlungsinstitute Kredite von 1.048 Mill. S (ohne Maschinen und maschinelle Anlagen 893 Mill. S) gewährt, um 114 Mill. S oder 10% weniger als im Vorjahr. Auch der Zuwachs der aushaftenden Kredite nimmt seit Ende 1960 ständig ab. Im II. Quartal 1961 betrug er (ohne Maschinenkredite) nur noch 398 Mill. S gegen 539 Mill. S in der gleichen Zeit des Vorjahres (—26%). Wie weit allerdings der Rückgang des Kreditumfanges der Institute durch Steigerung der Ratenkredite ausgeglichen wurde, die die Wirtschaft direkt an die Käufer gewährte, kann nicht festgestellt werden.

Privater Konsum, Masseneinkommen, Spareinlagen und Teilzahlungskredite

	1958	1959 ¹⁾	1960 ²⁾		1961 ²⁾
			1. Hbj.	2. Hbj.	1. Hbj.
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Privater Konsum (nominell)	+ 4,8	+ 6,8	+ 9,0	+ 7,7	+ 9,2
Masseneinkommen (netto)	+ 6,4	+ 7,0	+ 9,0	+ 7,7	+ 9,1
Spareinlagenzuwachs ²⁾	+ 14,1	+ 19,7	+ 8,7	- 50,0	- 20,2
Aushaftende Kredite der Teilzahlungsinstitute	+ 10,0	+ 28,3	+ 42,6	+ 44,3	+ 25,0

¹⁾ Vorläufige Zahlen — ²⁾ Einschließlich Zinsgutschriften

Gleichmäßige Entwicklung der Nachfrage nach dauerhaften und nichtdauerhaften Konsumgütern

Die in den letzten Jahren festgestellte Umschichtung der Konsumstruktur zugunsten von Gü-

³⁾ Siehe Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 1960, Nr. 3, S. 123.

tern und Leistungen des gehobenen Bedarfs hat sich seit Ende 1960 nicht mehr fortgesetzt. Während in den letzten Jahren die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter, Reisen und Photoartikel meist überdurchschnittlich stark stiegen, hat im 1. Halbjahr 1961 die Nachfrage nach dauerhaften und nichtdauerhaften Konsumgütern, nach gehobenen und Grundbedürfnissen, nahezu gleich stark zugenommen. Nominell waren zwar die Einzelhandelsumsätze von dauerhaften Konsumgütern im 1. Halbjahr noch um 12% höher als im Vorjahr, die von nichtdauerhaften aber nur um 10%. Da jedoch der Preisaufrtrieb bei den langlebigen Konsumgütern größer war, erreichte die reale Zuwachsrate in beiden Gruppen etwa 8%. Auch die Ausgaben für Reisen erhöhten sich nur noch um 9% (real 4%), gegen 23% (16%) im Durchschnitt der Jahre 1958 und 1959.

Diese Tendenzumkehr läßt sich zum Teil damit erklären, daß die unteren Einkommen, die vorwiegend für Grundbedürfnisse verwendet werden, überdurchschnittlich stark zugenommen haben. Neben den Anfangsgehältern im öffentlichen Dienst, die seit Jänner 1961 um 20% bis 34% erhöht wurden, waren auch die Renteneinkommen im 1. Halbjahr 1961 um etwa 600 Mill. S oder 20% höher als im Vorjahr. Die Erhöhung der Renten erklärt allein einen zusätzlichen Zuwachs der Ausgaben für nichtdauerhafte Konsumgüter von mindestens 3%. Dagegen hat die Einschränkung der Teilzahlungskredite vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern beeinträchtigt. Von den 114 Mill. S, um welche die Auszahlungen der Teilzahlungsinstitute im 1. Halbjahr 1961 geringer waren als im Vorjahr, entfällt wahrscheinlich der größte Teil (mindestens aber 60%) auf dauerhafte Konsumgüter¹⁾. Dieser Ausfall hat die Nachfrage nach langlebigen Waren schätzungsweise um etwa 2% vermindert.

Entwicklung des privaten Konsums

Verbrauchsgruppen	1958	1959 ¹⁾	1960 ²⁾	1961 ³⁾ 1. Hbj
	Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Lebensmittel	+ 6,0	+ 4,6	+ 5,3	+ 7,6
Tabakwaren	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,9	+ 5,3
Bekleidung	- 2,9	+ 5,4	+ 4,6	+ 5,7
Wohnungseinrichtung u. Hausrat	+ 6,1	+ 3,8	+ 11,1	+ 8,9
Beheizung und Beleuchtung	- 3,6	+ 2,5	+ 6,5	+ 1,1
Bildung, Unterhaltung, Erholung	+ 7,1	+ 9,8	+ 11,9	+ 1,9
Verkehr	+ 10,9	+ 8,6	+ 8,1	+ 4,7
Sonstige Güter und Leistungen	+ 2,2	+ 6,7	+ 8,3	+ 6,5
Privater Konsum insgesamt	+ 4,1	+ 5,1	+ 6,7	+ 6,5

¹⁾ Vorläufige Schätzung

¹⁾ Genau kann dieser Anteil nicht festgestellt werden, da die Statistik der Nationalbank erst ab 1961 eine Aufgliederung der Kreditauszahlungen nach Warengruppen enthält.

Unter den kurzlebigen Waren hat im 1. Halbjahr vor allem die Nachfrage nach *Nahrungs- und Genußmitteln* relativ stark zugenommen. Die Ausgaben für Lebensmittel stiegen um 9% (real um etwa 8%), gegen 7% (5%) i. J. 1960. Die höhere Zuwachsrate der Ernährungsausgaben dürfte vor allem mit der überdurchschnittlichen Zunahme der unteren Einkommen zusammenhängen. Allein die Erhöhung der Renten hat die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel nach überschlägigen Berechnungen um mindestens 1% zusätzlich gesteigert²⁾. Es wurden nicht nur größere Mengen an Nahrungsmitteln gekauft, sondern vor allem mehr hochwertige Produkte und bessere Qualitäten.

Die Aufwendungen für *Tabakwaren* erhöhten sich noch stärker als die für Lebensmittel (+15%), real ist der Verbrauch aber nur um 5% gestiegen. Für *Bekleidung* gaben die Konsumenten im 1. Halbjahr um 8% (real um etwa 6%) mehr aus als im Vorjahr. Im Jahr 1960 hatten sie um 7% (5%) mehr ausgegeben. Die Nachfrage nach den übrigen Gütern und Leistungen, die Grundbedürfnisse befriedigen, nahm dagegen nur wenig zu. Real wurde für *Beheizung und Beleuchtung* um 1%, für *Wohnungsnutzung* um 2% mehr aufgewendet als im Vorjahr. Wohl ist der Stromverbrauch der Haushalte um 11% gestiegen (1960 hatte er um 13% zugenommen), der Konsum von Kohle, Brennholz und Gas dagegen ging leicht zurück.

Von den dauerhaften Konsumgütern erzielten *Einrichtungsgegenstände und Hausrat* die stärkste Umsatzsteigerung gegen das Vorjahr. Nominell betrug sie 13%, real etwa 9% (im Jahre 1960 12% und 11%). Trotz den verhältnismäßig starken Preiserhöhungen wurden vor allem mehr Möbel (+16%) und Hausrat (+11%) gekauft als im Vorjahr. Die realen Ausgaben für Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe waren um 5% und die für Elektrowaren nur um 2% höher als im Vorjahr. Noch immer verhältnismäßig lebhaft war die Nachfrage nach Fernsehgeräten. Von Jänner bis Juli 1961 hat die Zahl der Fernsehteilnehmer um 57 710 zugenommen, gegen 43 407 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dieser Erhöhung des Zuwachses um 33% entsprach 1960 eine Zuwachsrate von nur 28%. Insgesamt waren am 1. August 150 263 Fernsehteilnehmer registriert, d. h. ein Fernsehgerät entfällt auf rund 28 Personen. Demgegenüber kam in der Bundesrepu-

²⁾ Diese Berechnung verwendet die Ergebnisse der städtischen Konsumerhebung 1954/55. Danach beträgt in Rentnerhaushalten die Elastizität der Ausgaben für Ernährung 0,51 der Anteil der Ernährungsausgaben am gesamten Konsum rd 51%.

blik Deutschland bereits Ende 1960 ein Fernsehapparat auf 12 Personen und in Großbritannien auf nur 5.

Verhältnismäßig schwach war die Nachfrage nach *Fahrzeugen*. Die Neuanschaffungen von Personenkraftwagen für Privatzwecke waren im 1. Halbjahr nur um etwa 1% höher als im Vorjahr (im Jahre 1960 hatten sie noch um 20% zugenommen). Die Käufe von Motorrädern, die schon seit Jahren zurückgehen, sanken um 42% gegen 38% im Vorjahr. Die Ausgaben für Betrieb und Erhaltung der Personenkraftwagen und Motorräder erhöhten sich allerdings noch um 14%, da der Bestand an Personenkraftwagen stark gewachsen ist.

Die Ausgaben für *fremde Verkehrsmittel* sind infolge der Tarifierhöhungen kräftig gestiegen. Die Einnahmen der Bundesbahn aus dem Personenverkehr waren im 1. Halbjahr um 21%, die aus dem Überlandverkehr der Postautobusse um 25% höher als im Vorjahr. Auch für Straßenbahnfahrten wurde um 11% mehr ausgegeben als im 1. Halbjahr 1960. Die Zahl der von diesen öffentlichen Verkehrsmitteln beförderten Personen ist aber nur um 1% gestiegen.

Die Aufwendungen für *Bildung, Unterhaltung und Erholung*, die in den Vorjahren meist überdurchschnittlich gestiegen waren, nahmen im 1. Halbjahr nur um 5% (real um 2%) zu. In Wien ging der Kinobesuch um 9%, der der Privattheater um 3% zurück. Trotz Erhöhung der Preise sanken auch die Ausgaben für diese beiden Unterhaltungsarten um 6%. Die Nachfrage nach Erholungsreisen erhöhte sich zwar noch um 9% (real um 4%), der Zuwachs war jedoch weitaus geringer als im Vorjahr (29% und 25%).

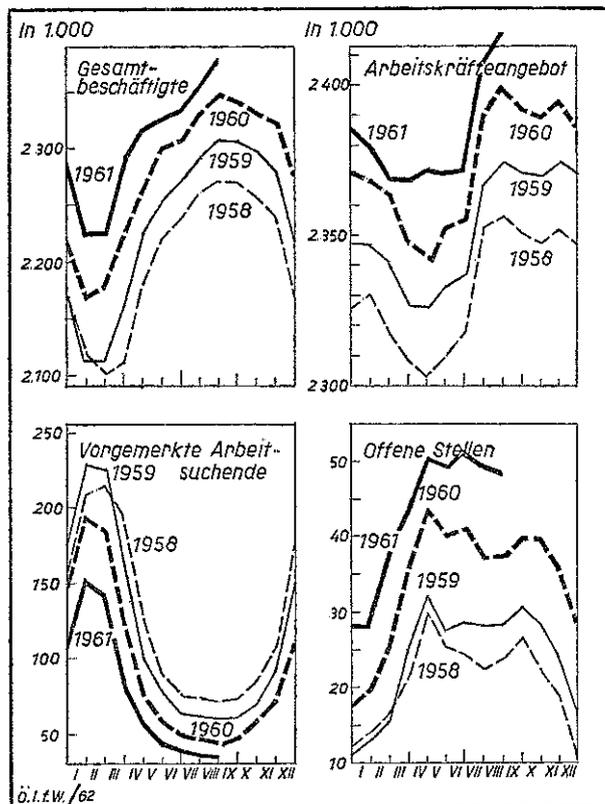
Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7 1 bis 7 15

Sommerlicher Saisonwendepunkt erreicht

Auf dem Arbeitsmarkt lassen sich zu Herbstbeginn im allgemeinen die gleichen Tendenzen erkennen wie im Vorjahr. Nur ist die Knappheit an Arbeitskräften noch größer, die Beschäftigung höher und die Arbeitslosigkeit niedriger. Infolge des Mangels an männlichen Arbeitskräften müssen sich Wirtschaft und Verwaltung soweit dies noch möglich ist mit weiblichen Arbeitskräften behelfen. Da die Konsumgüterindustrien, die vorwiegend Frauen beschäftigen, seit dem Herbst 1960 neue

Der Arbeitsmarkt im Sommer
(Normaler Maßstab; in 1 000 Personen)



Beschäftigung, Arbeitskräfteangebot und Stellenangebot erreichten im Sommer 1961 neue Höchstwerte, die Arbeitslosigkeit einen neuen Tiefstand. Durch den Zustrom zahlreicher Lehrstellenbewerber stieg das Arbeitskräfteangebot seit Jahresmitte stärker als in den Vorjahren. Schon im Frühjahr hatte es nicht wie saisonüblich abgenommen. Die Beschäftigung hingegen nahm seit ihrem Tiefstand im Jänner weniger zu, die Arbeitslosigkeit seit ihrem Höhepunkt weniger ab als im Vorjahr. Das Stellenangebot der Arbeitsämter sank im Sommer nur wenig und war Ende Juni sogar etwas höher als Ende April, dem sonst üblichen Jahreshöchststand.

Impulse erhielten, nimmt die Anspannung des Arbeitsmarktes für Frauen besonders stark zu; sie ist aber noch immer viel geringer als die des Arbeitsmarktes für Männer. Erstmals seit 1954 hat sich die Zahl der Schulmündigen gegen das Vorjahr stark erhöht. Es können daher seit Schulschluss mehr Lehrlinge aufgenommen werden als im Sommer 1960 und es stehen mehr Lehrstellenbewerber zur Verfügung. Durch den Zustrom von Schulmündigen erhöhte sich die Rate der Arbeitslosigkeit, die im Juni auf den bisher tiefsten Stand von 1,6% gesunken war, auf 2,2% im Juli; sie ist aber im August infolge einer weiteren leichten Abnahme der Arbeitslosigkeit und der Aufnahme von Lehrlingen wieder auf schätzungsweise 1,9% gesunken¹⁾. Die

¹⁾ Alle Zahlen für August 1961 sind vorläufig

Arbeitslosenrate für Männer stieg von 1'0% Ende Juni auf 1'6% Ende Juli, die für Frauen von 2'7% auf 3'2%. Im Vorjahr betragen die entsprechenden Raten der Männerarbeitslosigkeit 1'1% und 1'6%, der Frauenarbeitslosigkeit 3'7% und 4'1% und für beide zusammen Ende Juni 2'1%, Ende Juli 2'5% und Ende August 2'2%.

Der Arbeitsmarkt Ende August

Zeit	Beschäftigte	Arbeitsuchende		Offene Stellen	Arbeitsuchende je 100 offene Stellen		Rate der Arbeitslosigkeit in %
		in 1.000	davon Voll-einsatz-fähige		302	188	
1958 ..	2 270 5	71 3	44 4	23 6	302	188	3 6
1959 ..	2 305 0	58 8	34 2	28 1	209	122	2 9
1960 ..	2 346 3	44 3	24 2	37 2	119	65	2 2
1961 ¹⁾	2 372 2	35 2	16 8	48 1	73	35	1 9

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Vorläufige Zahlen

Wie in den letzten Jahren dürfte auch heuer der Saisonwendepunkt Ende August erreicht worden sein. Die besonders starke Anspannung des Arbeitsmarktes während der letzten Wochen und Monate wird daher von September an wieder abnehmen, jedoch nur soweit sie saisonbedingt war. Soweit sie konjunktur- oder strukturbedingt ist, wird sie fortbestehen.

Mit 2,372 200 *Beschäftigten* wurde Ende August der vermutlich höchste Stand dieses Jahres (und gleichzeitig der Nachkriegszeit) erreicht. Er übertraf den vorjährigen um 25.900 oder 1'1%. Seit August 1950 hat sich die Zahl der sozialversicherten Beschäftigten um rd. 380 000 oder 19% erhöht. Die *Arbeitslosigkeit* erreichte mit 35.200 Ende August den tiefsten Stand dieses Jahres (und der Nachkriegszeit). Sie war um 9 100 oder 20'5% geringer als im Vorjahr (44.300). Damals blieb sie noch etwas höher als in der zweiten Hälfte des Inflationsjahres 1947 (39 800). Das *Stellenangebot* der Arbeitsämter übertraf Ende August mit 48 100 das vorjährige um 10.900 oder 29'2%. Auf je 100 offene Stellen entfielen 73 Arbeitsuchende, im August des Vorjahres 119.

Neuerlich schwächere Saisonbewegung

Sowohl im Frühjahr wie im Sommer war der Saisonaufschwung des Arbeitsmarktes schwächer als im Jahre 1960. Von Ende Mai bis Ende August erhöhte sich die Beschäftigung um 46 400 gegen 52 100 und 52 400 in den Jahren 1960 und 1959. Die schwächere Zunahme ist zum Teil auf die schwächere Abnahme der Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Die Zahl der Arbeitsuchenden, die heuer schon im Mai den tiefsten Vorjahresstand unter-

schritten hatte, nahm infolge der sehr niedrigen Arbeitslosigkeit bis Ende August nur noch um 8 200 ab, gegen 12.300 von Mai bis August 1960 und 19 400 im Mai bis August 1959¹⁾.

Die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit verlief allerdings während des Sommers nicht parallel. Die Arbeitslosigkeit nahm in jedem einzelnen Monat weniger ab als im gleichen Vorjahresmonat (in den drei Sommermonaten zusammen um rd. ein Drittel schwächer). Die Beschäftigung nahm im Juni und Juli weniger zu als 1960, im August hingegen um 10% mehr (insgesamt verringerte sich der Zuwachs um 11%).

Die Saisonbewegung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit im Sommer

Zeit	Männer		Frauen		Zusammen	
	Ver-änderung gegen Vormonat	in % der vorjährigen Ver-änderung	Ver-änderung gegen Vormonat	in % der vorjährigen Ver-änderung	Ver-änderung gegen Vormonat	in % der vorjährigen Ver-änderung
Beschäftigung						
1961 Juni	+ 1 162	36 2	+ 5 944	76 1	+ 7 106	64 5
Juli	+14 944	80 0	+ 6 074	103 8	+21 018	85 6
August ¹⁾	+ 8 187	117 1	+10 047	105 1	+18 234	110 2
Summe ¹⁾	+24 293	84 1	+22 065	95 0	+46 358	89 0
Arbeitsuchende						
1961 Juni	- 1 135	48 3	- 4 508	72 0	- 5 643	65 6
Juli	- 390	80 7	- 1 034	100 7	- 1 424	94 3
August ¹⁾	- 358	49 1	- 773	53 1	- 1 131	51 7
Summe ¹⁾	- 1 883	52 9	- 6 315	72 2	- 8 198	66 6

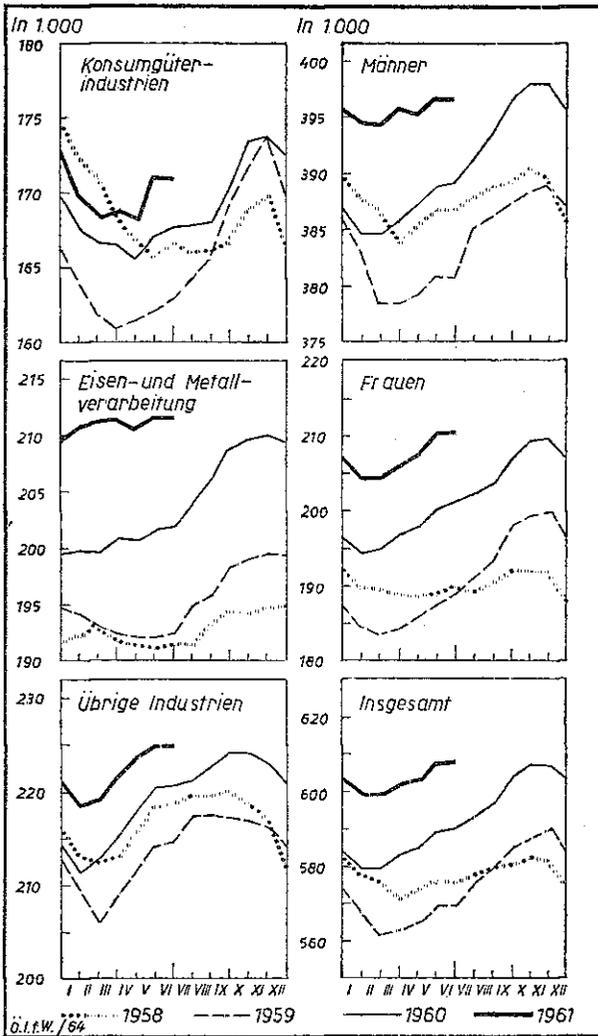
Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Vorläufige Zahlen

Die stärkere Zunahme der Gesamtbeschäftigung im August wurde vor allem durch das stärkere Steigen der *Männerbeschäftigung* verursacht. Während im Juni und Juli weniger Männer aufgenommen wurden als 1960 und weniger als in den früheren Jahren, waren es im August (um 17'1%) mehr. Die *Frauenbeschäftigung* hingegen nahm nur im Juni schwächer zu als in den Vorjahren, im Juli und August aber ungefähr gleich stark wie 1960.

Die unterschiedliche Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie die Besonderheiten der Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Sommermonaten gehen vor allem auf höhere Lehrlingseinstellungen zurück, wobei erfahrungsgemäß die Zahl der männlichen Lehrlinge weit überwiegt. Mehr Lehrlinge konnten aufgenommen werden, weil der Geburtenjahrgang 1946/47, der zu Jahresmitte schulpflichtig wurde, weit stärker war als der vorjährige (1945/46), der schwächste der Nachkriegszeit.

¹⁾ Von Ende August bis Mitte September stieg die Zahl vorgemerkter Arbeitsuchender um 1 600 auf 36 800 (in der ersten Septemberhälfte des Vorjahres um 1 300 auf 45 600). Mitte September war sie um 8 800 niedriger als Mitte September 1960.

Die Industriebeschäftigung zur Jahresmitte
(Normaler Maßstab; in 1 000 Personen)



Seit Herbst 1960 erhält die Beschäftigung in den traditionellen Konsumgüterindustrien neuen Auftrieb. Während sich von Mai bis November 1960 der Vorsprung gegenüber dem Beschäftigungsniveau des Vorjahres dauernd verringert hatte, vergrößerte er sich von da an wieder, insbesondere im Sommer 1961 Umgekehrt nimmt die Beschäftigung in der Eisen- und Metallverarbeitung seit Jahresbeginn nur noch wenig zu, der Abstand gegenüber dem vorjährigen Beschäftigungsniveau wird immer kleiner. Im Laufe des Jahres 1960 hatte er sich stark erhöht Auch die übrigen Industrien stellen seit Jahresbeginn weniger Arbeitnehmer ein als im Vorjahr Der Verlauf der Männerbeschäftigung ähnelt jenem in der Eisen- und Metallverarbeitung, die Frauenbeschäftigung hingegen folgt eher der Entwicklung in den Konsumgüterindustrien oder in den übrigen Industrien Mit 607 300 hat die Gesamtzahl der Arbeitnehmer in der Industrie zu Jahresmitte den Beschäftigungshöchststand vom November des Vorjahres wieder erreicht

weil die Männerbeschäftigung in diesem Monat infolge der Einberufungen zum Bundesheer saisonwidrig abnahm, folgte eine starke im Mai (4 500),

an die sich jedoch wieder eine besonders schwache im Juni (200) anschloß. Im Vorjahr hatten die entsprechenden Zunahmen 2 200, 4 100 und 1 400 betragen Insgesamt stellte die Industrie in diesen drei Monaten 5 800 Arbeitskräfte zusätzlich ein, gegen 7 700 im II. Quartal 1960 und 7 300 im Beginn der Konjunkturbelebung im Jahre 1959.

Besonders schwach stieg heuer die Männerbeschäftigung, nur um 700, gegen 3 400 und 2 200 in den beiden Vorjahren; hingegen nahm die Frauenbeschäftigung stärker zu als im II. Quartal 1960, um 5 100 gegen 4 300, und ebenso stark wie im II. Quartal 1959 Dies hängt damit zusammen, daß sich heuer, ähnlich wie im Frühjahr 1959, die traditionellen Konsumgüterindustrien belebten. Seinerzeit hielt sie bis in den Winter 1959 an, schwächte sich aber dann ab und erhielt erst von Herbst 1960 an durch die starke Erhöhung der Maseneinkommen neue Impulse Von März bis Juni 1961 vermehrten die Zweige der traditionellen Konsumgüterindustrien ihre Belegschaften um 2 100, fast doppelt so stark wie im II. Quartal 1960 und ebenso stark wie im II. Quartal 1959.

Veränderung der Industriebeschäftigung seit Anfang 1959

		I	Veränderung im		IV
			II	III	
			Quartal		
Traditionelle Konsumgüterindustrien	1959	- 5 506	+ 2 022	+ 6 071	+ 667
	1960	- 3 146	+ 1 081	+ 2 488	+ 2 263
	1961	- 3 733	+ 2 092		
Eisen- und Metallverarbeitung	1959	- 2 285	- 254	+ 6 166	+ 887
	1960	+ 1 483	+ 1 131	+ 6 920	+ 558
	1961	+ 1 862	+ 220		
Übrige Industrien	1959	- 3 412	+ 5 539	+ 2 820	- 2 943
	1960	+ 593	+ 5 453	+ 3 719	- 3 285
	1961	+ 445	+ 3 446		
Insgesamt	1959	- 11 203	+ 7 307	+ 15 057	- 1 389
	1960	- 1 070	+ 7 665	+ 13 127	- 464
	1961	- 1 426	+ 5 758		
Männer	1959	- 7 881	+ 2 247	+ 6 878	- 515
	1960	- 1 301	+ 3 403	+ 7 327	- 583
	1961	- 100	+ 663		
Frauen	1959	- 3 322	+ 5 060	+ 8 179	- 874
	1960	+ 231	+ 4 262	+ 5 800	+ 119
	1961	- 1 326	+ 5 095		

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Sektion Industrie); laufend meldeende Betriebe

Eher umgekehrt verlief die Entwicklung in der Eisen- und Metallverarbeitung, die vor allem Investitionsgüterindustrien umfaßt. Hier setzte die Konjunkturbelebung erst später, im III. Quartal 1959, ein und war vor allem im Laufe des Jahres 1960 sehr stark. Auch im I. Quartal 1961 wurde mehr Personal eingestellt als im I. Quartal des Vorjahres, im II. Quartal jedoch nur noch 200 Personen gegen 1 100 im II. Quartal 1960 (Im II. Quartal 1959

waren 300 Arbeitnehmer entlassen worden.) Die Zahl der Beschäftigten dürfte zwar im II. Quartal vor allem deshalb so wenig zugenommen haben, weil es schwierig ist, neue Arbeitskräfte zu gewinnen, insbesondere männliche, die in diesen Industriezweigen hauptsächlich beschäftigt werden. (Die Einberufungen zum Bundesheer im April machten sich sehr stark bemerkbar.) In einigen Zweigen, den Gießereien, der Metallindustrie und der Fahrzeugindustrie hat sich jedoch vermutlich auch die Beschäftigungslage seit dem Frühjahr etwas verschlechtert. In den *übrigen Industrien* nahm die Zahl der Arbeitnehmer schon im IV. Quartal 1960 stärker ab und im I. Quartal 1961 weniger zu als im Vorjahr. Im II. Quartal erhöhte sie sich um 3.400 gegen 5.500 in den Jahren 1960 und 1959.

Auch weiterhin sehr unterschiedliche Entwicklung

Die Beschäftigung entwickelt sich auch innerhalb dieser großen Gruppen nach wie vor sehr unterschiedlich. In der Lederverarbeitung, der Bekleidungsindustrie, dem Maschinen-, Stahl- und Eisenbau, der Elektroindustrie, der chemischen Industrie, der Papierverarbeitung und Holzverarbeitung ist die Tendenz trotz vereinzelter Rückschläge weiter-

hin stark aufwärts gerichtet; diese Industriezweige haben im Laufe des II. Quartals neue Beschäftigungshöchststände der Nachkriegszeit erreicht. Besonders stark wirken sich die neuen Konsumimpulse in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie aus, deren Beschäftigung seit März über dem Niveau aller Vorjahre liegt; sie ist aber einer starken Saisonschwankung unterworfen und wird daher wohl erst im Herbst einen neuen Nachkriegshöhepunkt erreichen. Tendenziell steigend ist auch die stark saisonabhängige Beschäftigung der Steinindustrie.

Eine eher sinkende Tendenz zeigen seit dem Frühjahr die Belegschaften der Gießereien, der Metallindustrie sowie in Bergwerken und eisenerzeugender Industrie, wenn auch in diesen Zweigen die Zahl der Arbeitnehmer noch immer über dem Niveau von 1960 liegt. Niedriger als 1960 ist seit März die Beschäftigung in der Papiererzeugung und in der Pappenindustrie, seit Mai in der Fahrzeugindustrie und schon sehr lange in der Ledererzeugung und der Erdölindustrie. In der Glasindustrie und der Textilindustrie bleibt sie schon seit vielen Monaten mit kleinen Schwankungen ziemlich unverändert und verläuft auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Zahl der *bezahlten Arbeiterstunden* in der Industrie betrug im Durchschnitt des II. Quartals 93,901 000 monatlich, um 1 2% mehr als im Durchschnitt des II. Quartals 1960. Die Zunahme geht ausschließlich auf die Erhöhung der Beschäftigtenzahl seit dem Vorjahr zurück. Die je Arbeiter bezahlten Arbeitsstunden sanken um 1 3% auf 186 2 Stunden monatlich. Im I. Quartal 1961 war die bezahlte Arbeitszeit je Arbeiter mit 186 7 Arbeitsstunden um 0 2% höher gewesen als im I. Quartal 1960.

Die Industriebeschäftigung im II. Quartal

Industriezweig	Veränderung von Ende März bis Ende Juni			Stand Ende Juni 1961	Veränderung gegen Vorjahr	
	1959	1960	1961		absolut	in %
<i>Traditionelle Konsumgüterindustrien</i>	+ 2 022	+ 1 031	+ 2 092	170 821	+ 3 110	+ 1 9
<i>Nahrungs- und Genußmittelindustrie</i>	+ 1 484	+ 805	+ 1 226	48 370	+ 1 213	+ 2 6
Ledererzeugung	+ 119	- 12	- 16	3 015	- 107	- 3 4
Lederverarbeitung	- 129	- 97	+ 284	16 016	+ 774	+ 5 1
Textilindustrie	+ 173	+ 20	- 262	73 829	- 345	- 0 5
Bekleidungsindustrie	+ 375	+ 365	+ 860	29 591	+ 1 575	+ 5 6
<i>Eisen- und Metallverarbeitung</i>	- 254	+ 1 131	+ 220	211 588	+ 9 560	+ 4 7
Gießereindustrie	- 95	+ 301	- 152	12 324	+ 1 129	+ 10 1
Metallindustrie	+ 14	+ 2	- 73	9 191	+ 432	+ 4 9
Maschinen- Stahl- und Eisenbau	- 409	+ 450	+ 469	66 729	+ 3 981	+ 6 3
Fahrzeugindustrie	- 211	+ 76	- 337	25 038	- 80	- 0 3
Eisen- und Metallwarenindustrie	+ 371	- 437	- 167	46 282	+ 665	+ 1 5
Elektroindustrie	+ 76	+ 739	+ 480	52 024	+ 3 433	+ 7 1
<i>Übrige Industrien</i>	+ 5 339	+ 5 453	+ 3 446	224 933	+ 4 325	+ 2 0
Bergwerke und eisenerzeugende Industrie	- 844	+ 569	- 1 099	70 347	+ 568	+ 0 8
Erdölindustrie	- 543	- 276	- 335	8 804	- 939	- 9 6
Stein- und Keramikindustrie	+ 5 691	+ 4 405	+ 3 512	34 320	+ 652	+ 1 9
Glasindustrie	+ 45	- 118	- 116	9 971	+ 33	+ 0 3
Chemische Industrie	+ 772	+ 498	+ 733	46 975	+ 1 738	+ 3 8
Papier- und pappenerzeugende Industrie	- 247	+ 167	- 138	21 083	- 326	- 1 5
Papierverarb. Industrie	+ 144	- 71	+ 458	9 581	+ 1 122	+ 13 3
Filmindustrie	± 0	± 0	± 0	360	± 0	± 0
Holzverarb. Industrie	+ 521	+ 279	+ 431	23 492	+ 1 477	+ 6 7
<i>Insgesamt</i>	+ 7 307	+ 7 665	+ 5 758	607 342	+ 16 995	+ 2 9
Männer	+ 2 247	+ 3 403	+ 663	396 478	+ 7 307	+ 1 9
Frauen	+ 5 060	+ 4 262	+ 5 095	210 864	+ 9 688	+ 4 8

Die bezahlte Arbeitszeit in der Industrie

Zeit	Insgesamt in 1 000	Bezahlte Arbeiterstunden		Je Arbeiter	Veränderung gegen Vorjahr	
		Veränderung gegen Vorjahr in 1 000	in %		absolut	in %
1961, Ø I. Qu.	93 255 4	+ 2 884 9	+ 3 2	186 7	+ 0 3	+ 0 2
Ø II. Qu.	93 900 5	+ 1 120 5	+ 1 2	186 2	- 2 4	- 1 3

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Sektion Industrie); laufend meldende Betriebe

Weiter verhältnismäßig starkes Sinken der Frauenarbeitslosigkeit

In elf von den zwölf Berufsklassen, über die schon Meldungen für Ende August vorliegen, sowie in der Gruppe „Sonstige“ nahm die Arbeitslosigkeit während des Sommers — wie schon im Sommer 1960 — weniger ab als im Vorjahr. In der zwölften Berufsklasse, den Bekleidungsarbeitern, sank die Zahl der Arbeitsuchenden im August nach der

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Sektion Industrie); laufend meldende Betriebe

saisonüblichen Erhöhung im Juli nicht mehr und war daher im Gegensatz zu den Vorjahren Ende August sogar etwas höher als Ende Mai. Die Männerarbeitslosigkeit nahm ebenso wie im Sommer 1960 um ungefähr die Hälfte weniger ab als im Vorjahr. Die Frauenarbeitslosigkeit sank hingegen um jeweils ein Viertel schwächer. Absolut ging sie seit Ende Mai um 6.300 zurück, dreimal so stark wie die Arbeitslosigkeit der Männer (1.900).

Die Arbeitslosigkeit im Sommer

Berufsklasse	Veränderung von Ende Mai bis Ende August			Stand Ende August 1961 ¹⁾	Veränderung von Ende August 1959 bis Ende August 1961 ¹⁾ in %	
	1959	1960	1961 ¹⁾		1959	1960
Land- und Forstarbeiter	- 1 421	- 1 162	- 809	2 548	-13 0	+ 2 7
Steinarbeiter	- 468	- 187	- 151	560	-39 4	-18 1
Bauarbeiter	- 2 361	- 1 143	- 626	3 150	-32 7	- 5 1
Metallarbeiter	- 2 189	- 619	- 269	2 810	-44 0	-16 6
Holzarbeiter	- 564	- 211	- 172	810	-41 0	-24 7
Textilarbeiter	- 1 797	- 818	- 463	1 863	-48 6	-23 8
Bekleidungsarbeiter	- 350	- 205	+ 132	2 194	-47 1	-30 0
Nährungs- und Genuß- mittelarbeiter	- 986	- 704	- 492	975	-42 3	-27 6
Hotel- u. Gaststättenarbeiter	- 2 651	- 2 365	-1 998	1 843	-37 8	-23 0
Kaufmännische und Büroangestellte	- 1 190	- 1 223	- 972	5 434	-40 8	-27 6
Reinigungsarbeiter	- 674	- 641	- 364	1 995	-38 9	-19 7
Hilfsberufe allgemeiner Art	- 2 575	- 1 607	- 980	5 309	-46 8	-23 9
Sonstige	- 2 127	- 1 418	-1 034	5 757	-36 1	-19 1
Insgesamt	-19 353	-12 303	-8 198	35 248	-40 0	-20 5
Männer	- 7 298	- 3 562	-1 883	13 867	-36 5	- 8 5
Frauen	-12 055	- 8 741	- 6 315	21 381	-42 2	-26 7

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung - ¹⁾ Vorläufige Zahlen

Im Tiefpunkt Ende August war die Männerarbeitslosigkeit mit 13.900 um 1.300 (8 5%) niedriger als im August des Vorjahres. Von August 1959 bis August 1960 hatte sie noch fünfmal so stark, um 6.700 (30 6%) abgenommen. Die Frauenarbeitslosigkeit hingegen sank in beiden Jahren absolut gleich stark, um 7.800 und relativ mit 26 7% sogar stärker als von 1959 auf 1960 (21 1%); der neue Tiefpunkt Ende August 1961 betrug 21.400. Da die Zahl der arbeitssuchenden Männer zuerst stärker, im darauffolgenden Jahr aber nur noch wenig abnahm, die der Frauen jedoch in beiden Jahren gleich stark sank, sind Männer- und Frauenarbeitslosigkeit seit August 1959 annähernd im gleichen Maße, um 36 5% und 42 2% zurückgegangen.

In allen *Berufsklassen*, mit Ausnahme der Land- und Forstarbeiter, war die Arbeitslosigkeit im Sommer tiefer als im Vorjahr und ebenso in allen *Bundesländern*. Von August 1960 bis August 1961 sank sie am wenigsten (12 5%) im Burgenland, am stärksten (29 0%) in Salzburg. Während des Sommers, von Mai bis August, nahm sie nur in Tirol etwas mehr ab als im Sommer 1960, in allen anderen Bundesländern weniger.

Stellenangebot für Frauen holt auf

Die Zahl der *offenen Stellen*, die den Arbeitsämtern gemeldet werden, steigt in der Regel saisonbedingt im Juni und sinkt dann im Juli und August. Heuer war die Zunahme im Juni um 2.000 Stellen verhältnismäßig stark, aber ebenso die Abnahme im Juli (2.100) und August (1.200). Ende August war daher die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften um 1.200 niedriger als Ende Mai. Im Vorjahr hatte sie während des Sommers um 3.200 abgenommen, im Konjunkturaufschwung des Jahres 1959 allerdings um 600 zugenommen. Ende August boten die Arbeitsämter 48.100 offene Stellen an, davon 33.600 für Männer und 14.400 für Frauen.

Von August 1959 bis August 1960 und von da bis August 1961 stieg die Nachfrage nach *männlichen Arbeitskräften* gleich stark, um jeweils 6.500. Die Zahl der offenen Stellen für Frauen erhöhte sich hingegen im ersten Jahr nur um 2.600, im zweiten aber stärker, um 4.300. Daher stieg auch das Stellenangebot insgesamt im Jahre 1960/61 mit 10.900 etwas stärker als im Jahre 1959/60 (9.100). Relativ erhöhte sich die Nachfrage nach zusätzlichen männlichen und weiblichen Arbeitskräften im Jahre 1959/60 ziemlich gleichmäßig, um 31 7% und 33 9%. Im Jahre 1960/61 stieg die Zahl der offenen Stellen für Männer nur noch um 24 0%, die für Frauen hingegen um 43 1%. Insgesamt war die relative Zunahme des Stellenangebotes für Männer und Frauen mit 29 2% 1960/61 fast noch so stark wie mit 32 3% im Jahre 1959/60. In beiden Jahren zusammen, von August 1959 bis August 1961, hat sich das Stellenangebot für Frauen nahezu verdoppelt; es stieg um 91 5%, während sich das für Männer nur um 63 4% und das Gesamtangebot an offenen Stellen um 70 9% erhöhte. Absolut betrug die Zunahme des Stellenangebotes in beiden Jahren zusammen fast 20.000.

In allen *Bundesländern* übertraf Ende August das Stellenangebot das des Vorjahres und nur in Salzburg war es etwas niedriger als im Konjunkturyahr 1955. In fast allen *Berufsklassen* (hierüber liegen allerdings erst Zahlen für Juli vor) werden mehr Stellen angeboten als im Vorjahr, seit Juni selbst für Land- und Forstarbeiter, obwohl deren Stellenangebot bisher von Jahr zu Jahr zurückging und im Frühjahr niedriger war als in den Vorjahren. Nur die Nachfrage nach Bergarbeitern, die bis Ende Juni größer war als in früheren Jahren, sank im Juli unter das Niveau von 1960. Das Stellenangebot für Bauarbeiter, das im März und April etwas niedriger war als 1960, ist im Mai und Juni

stark gestiegen und nahm im Juli nicht wie sonst ab. Mit 14.700 offenen Stellen (bei 3.300 arbeitssuchenden Bauarbeitern, darunter nur 500 voll-einsatzfähigen) war es um 2.600 oder 21% höher als im Vorjahr und höher als in früheren Jahren.

Stärkerer Zustrom von Lehrstellenbewerbern

Die Zahlen des Lehrstellenmarktes zeigen, daß die verhältnismäßig starke Erhöhung der Beschäftigung und des Arbeitskräfteangebotes im Juli und August dem Zustrom von *Lehrstellenbewerbern* zu danken ist. Ende Juni waren bei den Arbeitsämtern nur noch 900 Lehrstellenbewerber gemeldet (der Rest des früheren Jahrganges), die bereit waren, eine Lehrstelle sofort anzunehmen, um 600 oder 41 0% weniger als im Juni 1960. Nach Schulschluß stieg diese Zahl bis Ende Juli wie stets sprunghaft an und war mit 16.700 um 3.400 oder 25 2% höher als 1960 und auch um 1.600 höher als 1959, wenn auch geringer als in den Jahren vorher.

Die den Arbeitsämtern gemeldete Zahl von *offenen Lehrstellen*, die sofort besetzt werden können, war zwar im Juli mit 23.900 auch höher als ein Jahr vorher, jedoch nur um 2.400 oder 11 3%. Das im Verhältnis zur Zahl der Lehrstellensuchenden bestehende Überangebot an offenen Lehrstellen hat sich daher seit Juli 1960 etwas vermindert. Während damals 62 Bewerber je 100 offenen Stellen gegenüberstanden, waren es heuer 70 Bewerber (Ende Juli 1959 waren es noch 107).

Allerdings hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur das Überangebot an Lehrstellen für *Burschen* etwas verringert. Die Zahl der männlichen Lehrstellensuchenden stieg nämlich seit Juli 1960 um 2.200 auf 10.400 oder um 26 8%, die Zahl der ihnen angebotenen Lehrstellen aber nur um 1.000 auf

17.800 oder um 6 0% (von Juli 1959 bis Juli 1960 hatte sie sich um nicht weniger als 5.200 oder 45 2% erhöht). Ende Juli entfielen daher auf je 100 offene Lehrstellen 58 männliche Bewerber, gegen nur 49 im Juli 1960 (aber noch 76 im Juli 1959).

Die Zahl der Lehrstellen suchenden *Mädchen* war Ende Juli mit 6.300 um 1.200 oder 22 7% höher als vor Jahresfrist. Da das Lehrstellenangebot für Mädchen etwas stärker, um 1.400 oder 31 0% zunahm, entfielen heuer im Juli auf je 100 offene Lehrstellen für Mädchen nur 105 Bewerberinnen, gegen 112 vor einem Jahr und 243 vor zwei Jahren. Lehrstellenangebot und Zahl der Bewerberinnen halten sich einstweilen noch die Waage, doch wird heuer, ebenso wie im Vorjahr, in den nächsten Monaten auch für Mädchen ein Überangebot an offenen Lehrstellen bestehen.

Die Arbeitsämter konnten im Juli 9.300 *Lehrplätze*, gegen nur 5.700 im Vorjahr und 6.100 vor zwei Jahren, *besetzen*, und zwar wurden sowohl um zwei Drittel mehr Burschen (5.700), wie auch um zwei Drittel mehr Mädchen (3.600) als im Juli 1960 vermittelt. Im 1. Halbjahr 1961 hingegen hatten unter Mitwirkung der Arbeitsämter nur 6.400 (Burschen 4.200, Mädchen 2.200) Lehrlinge Arbeit gefunden, gegen 7.800 (4.900, 2.900) vor einem Jahr und 10.200 (6.400, 3.800) vor zwei Jahren.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.15

Güterverkehr auf Vorjahresniveau

Der Güterverkehr hat im II. Quartal saisonüblich zugenommen. Die Belebung seit dem I. Quartal war in der Donauschiffahrt und im Luftverkehr ungefähr gleich stark wie im Vorjahr, im Bahnverkehr jedoch weit schwächer. Im statistisch nicht erfaßten Straßenverkehr dürfte die Saisonbelebung ebenfalls geringer gewesen sein als im Vorjahr. Die Leistungen des II. Quartals 1960 wurden im Bahnverkehr nicht erreicht (—1 4%), im Schiffsverkehr und der Luftfahrt um 9% und 26% überschritten, wodurch der Leistungsverlust im Bahnverkehr ausgeglichen werden konnte. Nimmt man für den Straßengüterverkehr auf Grund des Mineralölverbrauches, der Neuzulassungen von Lastkraftwagen und vergleichbarer Entwicklungen im Ausland eine Leistungssteigerung um 5% an, dann übertreffen die Leistungen des gesamten Güterverkehrs jene des Vergleichs quartals vom Vorjahr um 2%, während

Lehrstellenbewerber, offene Lehrstellen und Lehrstellenbesetzungen im Juli

Zeit	Lehrstellenbewerber Ende Juli ¹⁾	Veränderung gegen Vorjahr in %	Offene Lehrstellen Ende Juli ²⁾	Veränderung gegen Vorjahr in %	Lehrstellenbewerber je 100 offene Lehrstellen	Lehrstellenbesetzungen im Juli	
Burschen	1958	10.758	+ 3 2	9.203	+ 5 4	117	5.167
	1959	8.848	- 17 8	11.578	+ 25 8	76	4.084
	1960	8.206	- 7 3	16.813	+ 45 2	49	3.456
	1961	10.403	+ 26 8	17.814	+ 6 0	58	5.655
Mädchen	1958	7.816	+ 12 6	1.987	+ 14 3	393	2.188
	1959	6.278	- 19 7	2.582	+ 29 9	243	1.985
	1960	5.153	- 17 9	4.616	+ 78 8	112	2.281
	1961	6.323	+ 22 7	6.046	+ 31 0	105	3.647
Zusammen	1958	18.574	+ 7 0	11.190	+ 6 9	166	7.355
	1959	15.126	- 18 6	14.160	+ 26 5	107	6.069
	1960	13.359	- 11 7	21.429	+ 51 3	62	5.737
	1961	16.726	+ 25 2	23.860	+ 11 3	70	9.302

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung — ¹⁾ Sofort verfügbare Lehrstellen-suchende — ²⁾ Sofort zu besetzende Lehrstellen

das Nationalprodukt gleichzeitig um 5 5/0 gestiegen ist.

Verkehrsleistungen im Güterverkehr im II. Quartal und 1. Halbjahr 1961

		II Quartal		Ver- änderung gegen 1960 in %	1. Halbjahr		Ver- änderung gegen 1960 in %
		1960	1961		1960	1961	
Bahn							
<i>n-t-km</i>	Mill	2 046 1	2 018 2	- 1 4	3 954 5	3 986 6	+ 0 8
Wagenachs- <i>km</i>		439 0	427 4	- 2 6	860 7	845 7	- 1 7
Zugs- <i>km</i>		7 2	7 0	- 2 3	14 3	13 9	- 2 4
Transit <i>n-t-km</i>		300 9	344 9	+14 6	573 5	648 4	+13 0
Ein-, Aus- und Durchfuhr	Mill t	4 9	4 7	- 4 5	10 0	9 7	- 3 0
Wagenstellungen ¹⁾	1000	532 6	524 8	- 1 5	1 003 9	1 005 0	+ 0 1
Donauschifffahrt							
<i>n-t-km</i>	Mill.	246 1	267 5	+ 8 7	419 0	456 1	+ 8 9
Beförderte Güter	1 000 t	1 680 3	1 644 4	- 2 1	2 814 5	2 815 5	+ 0 0
davon Transit	1 000 t	214 7	217 2	+ 1 2	307 6	328 7	+ 6 8
Ein- und Ausfuhr Nach dem Südosten	1 000 t	545 2	733 4	+34 5	914 8	1 236 8	+35 2
Luftfahrt							
Fracht u. Post an u ab	t	848 5	1 065 1	+25 5	1 545 2	1 971 3	+27 6
" Transit	t	590 7	792 2	+34 1	1 098 3	1 675 8	+52 6
insges	t	1 439 2	1 857 3	+29 1	2 643 5	3 647 1	+38 0

¹⁾ Voll- und Schmalspur

Der Verkehr entwickelte sich im Vergleich zum gesamten wirtschaftlichen Wachstum schwächer, vor allem weil der Anteil der schweren Massengüter (Kohle, Holz) am Transportvolumen sank. Da sie für die Transportleistung eine ungleich größere Bedeutung haben als für das Nationalprodukt, bleibt die Verkehrsleistung zurück. Auch die Tendenz, schwere Massengüter durch leichte zu ersetzen (Kunststoffe verdrängen Metalle), erspart Transportleistungen.

Der *Bahnverkehr* war davon besonders betroffen. Die Verfrachtungen von Kohle, Holz, Baustoffen, Eisen und Erzen waren im Berichtsquartal insgesamt um 7% niedriger als im Vorjahr. Die Nachfrage nach Transportraum für Kohle und Holz ließ besonders stark nach (12% und 16%). Höhere Ver-

Wagenstellungen nach Güterarten im II. Quartal und 1. Halbjahr 1961

		II Quartal		1. Halbjahr		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		II Quartal	1. Halbjahr	II Quartal	1. Halbjahr	II Quartal	1. Halbjahr
Insgesamt		524.807	1 005.011	- 1 5	+ 0 1		
davon							
Kohle		37 927	86 371	-11 5	- 6 3		
Holz		47 859	93 791	-15 9	-12 4		
Baustoffe		87 707	141 732	- 3 6	- 2 9		
Eisen		41 197	83 560	- 1 7	- 0 6		
Papier		18 478	37 049	+ 1 6	- 1 4		
Erze		26 889	53 914	- 2 5	+ 1 2		
Kunstdünger		13 675	35 033	+13 2	+ 3 1		
Nahrungsmittel		30 299	59 307	+ 9 0	+10 7		
Stückgut		103 621	206 765	+ 3 4	+ 5 7		
Sammelgut		17 551	35 565	- 4 5	- 0 8		
Zuckerrüben		4	34	-55 6	-97 6		
Andere		96 600	171 890	+ 4 1	+ 5 3		

ladungen von Papier, Kunstdünger, Nahrungsmitteln und Stückgütern konnten den Verlust nicht ausgleichen. Der Binnen- und Außenhandelsverkehr nahm um 4% ab, der Gesamtverkehr aber dank der günstigen Entwicklung der Durchfuhr (+15%) nur um 1 4/0 (*n-t-km* und Wagenstellungen).

Die Einnahmen der ÖBB aus dem Güterverkehr waren im Berichtsquartal um knapp 11% höher als 1960; dies entspricht der Tarifierhöhung (seit 1. Jänner 1961). Die finanzielle Gebarung des 1. Halbjahres — für einen globalen Finanzvergleich ist der Quartalsabschnitt zu kurz — ergab im Güter- und Personenverkehr eine Einnahmensteigerung um 12% und 22%, während die Ausgaben in der laufenden Gebarung um knapp 1% zurückgingen. Der Betriebsabgang sank damit von 841 Mill S auf 492 Mill S. Ein Betriebsabgang von rund 500 Mill S halbjährlich ist zwar noch immer sehr hoch; man muß jedoch sowohl den Einnahmementgang durch Subventionstarife wie auch die sozialen Mehrausgaben berücksichtigen, die der Staat auflegt¹⁾.

Im außerordentlichen Aufwand für Investitionen aller Art wurden infolge der Budgeteinsparungen nur 132 5 Mill S ausgegeben, so daß auch der Gesamtabgang von 937 Mill S auf 625 Mill S zurückging.

Finanzielle Gebarung der ÖBB im 1. Halbjahr 1961

	1960	1961	Veränderung gegen 1960 in %
Güterverkehr	1 773 7	1 985 8	+12 0
Personenverkehr	522 1	634 2	+21 5
Sonstige	278 3	274 5	- 1 4
Betriebseinnahmen insgesamt	2 574 2	2 894 5	+12 4
Betriebsausgaben	3 415 0	3 386 5	- 0 8
Betriebsabgang	840 9	492 0	-41 5
Außerordentlicher Aufwand	95 9	132 5	+38 2
Gesamtabgang	936 8	624 5	-33 3
Gesamtausgaben	3 510 9	3 519 0	+ 0 2

Die Verkehrsleistung der *Donauschifffahrt* war im österreichischen Streckenabschnitt mit 268 Mill *n-t-km* um 9% höher als im Vergleichsquartal 1960; die beförderte Gütermenge ging infolge des nur halb so starken Inlandverkehrs um 2% zurück und

¹⁾ Wenn man die soziale Mehrbelastung ausscheidet, dürfte sich der Betriebsabgang stark verringern. Die tatsächliche Höhe der sozialen Mehrausgaben läßt sich allerdings schwer ermitteln. So ist z. B. eine Pensionsleistung dann nicht mehr als soziale Mehrbelastung anzusprechen, wenn sie auf einer Pragmatisierung beruht, deren Zuerkennung ausschließlich im Machtbereich der Bahnverwaltung lag. Ebenso dürfen geltende Ausnahmetarife aller Art nur dann berücksichtigt werden, wenn sie unter jenen Tarifen liegen, die sich im Wettbewerb um das Transportgut ergeben würden; die Differenz zwischen beiden ist die verrechenbare Mehrbelastung.

Neuzulassungen von Lastkraftwagen nach Größenklassen im 1. Halbjahr 1961

Nutzlast in kg	Insgesamt			Stück			Nutzlast in t			
	1961	Ver- änderung gegen 1960 in %	1960	1961	Ver- änderung gegen 1960 in %	1960	1961	Ver- änderung gegen 1960 in %	1960	
bis 500	351	+22.7	1	350	+23.2	122.9	0.4	-50.0	122.5	+23.2
501—1.000	1.375	+37.9	12	1.363	+38.7	1.031.3	9.0	-14.3	1.022.3	+38.7
1.001—1.500	301	+9.1	6	295	+11.3	376.3	7.5	-45.5	368.8	+11.3
1.501—2.000	289	+11.2	16	273	+10.1	505.8	28.0	+33.3	477.8	+10.1
Summe bis 2.000	2.316	+27.3	35	2.281	+28.1	2.036.3	44.9	-2.4	1.991.4	+24.3
2.001—3.000	175	+56.3	16	159	+55.9	437.5	40.0	+60.0	397.5	+55.9
3.001—4.000	163	-37.3	15	148	-27.1	570.5	52.5	-73.7	518.0	-27.1
4.001—4.999	127	-51.5	26	101	-42.3	571.5	117.0	-70.1	454.5	-42.3
5.000—5.999	263	-5.4	104	159	-15.4	1.446.5	572.0	+15.6	874.5	-15.4
6.000 und mehr	869	+10.4	467	402	+28.4	6.517.5	3.502.5	-1.5	3.015.0	+28.4
Insgesamt	3.913	+11.2	663	3.250	+17.7	11.579.8	4.328.9	-8.1	7.250.9	+7.6

betrug 16 Mill. t. Einfuhr, Ausfuhr und Transit waren jedoch um 9% höher als im Vorjahr. Im Verkehr mit den Oststaaten stieg die in der Ein- und Ausfuhr beförderte Gütermenge um 35%; ihr Anteil an der Gesamtfracht erhöhte sich von 32% auf 45%. In beiden Richtungen bestimmten Mineralölprodukte das Frachtaufkommen. In der Ausfuhr nach dem Osten haben ferner die Transporte von Eisen- und Stahlwaren sowie Düngemitteln stark zugenommen, in der Einfuhr jene von Getreide sowie von Kohle und Koks. Der Verkehr über die deutsche Grenze (ohne Transit) nahm gegen 1960 um 13% auf 513.879 t (gegen 733.326 t im Ostverkehr) ab. Der Westverkehr, der im Vergleichsquarteral 1960 noch stärker war als die Osttransporte, wurde vor allem durch den scharfen Rückgang von Getreide- und Eisenerzverfrachtungen in der Einfuhr und von Mineralölprodukten in der Ausfuhr beeinträchtigt. Höhere Transporte von Eisen- und Stahlwaren in beiden Richtungen konnten den Rückgang nicht wettmachen.

Die steigende Tendenz des Luftverkehrs hielt weiter an; die beförderte Gütermenge war im II. Quartal mit 1.857 t um 29% höher als im Vorjahr.

Der Güterverkehr auf der Straße, für den statistische Unterlagen fehlen, dürfte gegen 1960 um schätzungsweise 5% zugenommen haben. Der Verbrauch an Dieselöl war um 7%, die Nutzlastkapazität der zugelassenen fabriksneuen Lastkraftwagen um 1% höher. An Hand der Neuzulassungen seit Jahresanfang läßt sich feststellen, daß der Wagenpark im Werkverkehr relativ stärker ausgeweitet wurde als im Fuhrgewerbe. Während im Werkverkehr die Nutzlastkapazität der neu zugelassenen Fahrzeuge um 8% höher war als im Vorjahr, lag sie im Fuhrgewerbe um 8% darunter. Auffallend ist vor allem der starke Zuwachs (28%) von Schwerstfahrzeugen (6 t und mehr) im Werkverkehr; im Fuhrgewerbe hingegen nahm diese Gruppe etwas ab. Die neu zugelassene Nutzlasttonnage dieser

Kategorie war allerdings im Fuhrgewerbe mit 3.503 t noch immer größer als im Werkverkehr mit 3.015 t. Vom gesamten Zuwachs an Nutzlasttonnage von 11.580 t entfallen 56% auf Schwerstfahrzeuge, im Fuhrgewerbe allein waren es 81%.

Der Bestand an Lastkraftwagen betrug Ende April 75.589 Einheiten, 3.798 oder 5% mehr als ein Jahr vorher. Dieser Zuwachs entspricht dem bisherigen Motorisierungstempo im Güterverkehr auf der Straße. Bemerkenswert ist, daß die Neuzulassungen von fabriksneuen Lastkraftwagen mit 9.017 viel höher waren. Wenn man den Import gebrauchter Lastkraftwagen nicht berücksichtigt, waren somit 58% der Neuzulassungen Ersatzbedarf.

Auch der Reiseverkehr mit Massenverkehrsmitteln stagniert

Der Reiseverkehr mit Massenverkehrsmitteln, der sich saisonüblich im II. Quartal leicht belebt, war nur etwa gleich hoch wie im I. Quartal. Gegen das Vorjahr hat die Leistung der ÖBB in n-t-km um knapp 3% zugenommen, die Zahl der verkauften Karten aber um 8% abgenommen. (Die Zahl der beförderten Personen ist noch nicht bekannt.) Im Liniendienst des Überland-Straßenverkehrs wurden um 4% weniger Personen befördert; da 1960 die Zahl der von beiden Verkehrsmitteln beförderten Personen ungefähr gleich hoch war, wurden sie heuer insgesamt auf alle Fälle weniger benützt als im Vorjahr. Aber auch in der Donauschiffahrt wurden um 8% weniger Personen befördert. Nur der Luftverkehr stieg um 15%. Die Stagnation oder der leichte Rückgang der Beförderungsleistung der Massenverkehrsmittel trotz günstiger Witterung erklärt sich zum Teil aus der Konkurrenz des Individualverkehrs, zum Teil mag eine gewisse Sättigung eingetreten sein. Dafür spricht auch, daß die Zahl der neu zugelassenen fabriksneuen Personenkraftwagen um 8% niedriger war

als im Vergleichsquarter 1960. Eine bessere Beurteilung der Entwicklungstendenzen werden aber erst die Ergebnisse der Sommersaison erlauben.

Entwicklung des Personenverkehrs im II. Quartal und 1. Halbjahr 1961

	II. Quartal			1. Halbjahr		
	1960	1961	Veränderung gegen 1960 in %	1960	1961	Veränderung gegen 1960 in %
Bahn						
<i>n-km</i> Mill.	199 4	204 4	+ 2 5	373 8	391 6	+ 4 8
Wagenachs-km	227 4	235 9	+ 3 7	431 8	452 7	+ 4 8
Zugs-km	11 4	11 7	+ 2 7	22 2	22 9	+ 3 2
Verkaufte Karten	17 4	15 9	- 8 3	33 3	31 5	- 5 4
Straße						
Beförderte Personen ¹⁾ Mill.	39 8	38 1	- 4 3	83 7	80 0	- 4 4
Neuzulassungen						
Personenkraftwagen St.	24 897	22 909	- 8 0	41 879	42 081	+ 0 5
Motorräder und Roller St.	3 843	2 195	- 42 9	5 571	3 269	- 41 3
Donauschifffahrt						
Beförderte Personen 1 000	162 3	149 7	- 7 8	162 3	149 7	- 7 8
Luftfahrt						
Beförderte Personen an und ab 1 000	108 7	125 9	+ 15 9	162 4	186 1	+ 14 6
Beförderte Personen Transit 1 000	20 2	22 1	+ 9 7	30 8	35 1	+ 13 9
Beförderte Personen Insgesamt 1 000	128 8	148 1	+ 14 9	193 2	221 2	+ 14 5

¹⁾ Post, Bahn und Private

Der Verkehr mit Personenkraftwagen, deren Bestand Ende April mit 437.090 Einheiten um 18% über dem des Vorjahres lag, dürfte im II. Quartal auf Grund des Treibstoffverbrauches um 5% bis 7% höher gewesen sein als im Vergleichszeitraum 1960.

Die Verkehrsleistungen des 1. Halbjahres 1961 waren im Güterverkehr der Bahn um knapp 1%, die der Donauschifffahrt um 9% und im Straßenverkehr um schätzungsweise 5% höher als 1960. Insgesamt dürften die Transportleistungen jene des 1. Halbjahres 1960 um 3% überschreiten. Der Personenverkehr mit Massenverkehrsmitteln stagniert auf Vorjahreshöhe, der Individualverkehr stieg um 8% bis 10%. Die gesamte Verkehrswirtschaft erreichte damit im 1. Halbjahr sehr hohe, aber nur noch langsam zunehmende Leistungen.

Günstige Entwicklung des Fremdenverkehrs

Die unerwartet starke Belebung des Fremdenverkehrs im I. Quartal 1961 (+19%) setzte sich zwar im II. Quartal nicht im gleichen Maße fort, der Frequenzzuwachs war aber mit 9% noch immer sehr groß. Insgesamt wurden 9³/₁₀ Mill. Übernachtungen gezählt, davon 5 6 Mill. (+12%) im Ausländerverkehr. Der Inländerverkehr nahm um 5% auf 3 7 Mill. Übernachtungen zu. Die Deviseneingänge aus dem Ausländerverkehr erreichten im II. Quartal 1 680 Mill. S (+17%) und im ersten Halbjahr 2 780 Mill. S (+16%).

Fremdenverkehr im II. Quartal und 1. Halbjahr 1961

	Übernachtungen			Ein-nahmen	Devisen Aus-gaben Mill. S	Saldo
	Insgesamt	Ausland	Inland			
	in 1 000					
1960 II. Qu.	8 539	5 037	3 502	1 442	407	1 035
1961 II. Qu.	9 304	5 638	3 667	1 680	434	1 246
1960=100	109 0	111 9	104 7	116 5	106 6	120 4
1960 1. Hbj.	14 167	8 509	5 657	2 398	579	1 819
1961 1. Hbj.	16 011	9 851	6 160	2 780	644	2 136
1960=100	113 0	115 8	108 9	115 9	111 2	117 4

Die Devisenausgänge erhöhten sich im Berichtsquarter nur um 7% auf 434 Mill. S, gegen +22% im I. Quartal. Für das 1. Halbjahr ergab sich ein Devisenüberschuß von 2 136 Mill. S, gegen 1 819 Mill. S im Vorjahr.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Exportbelebung, Entspannung der Handelsbilanz

Die *Ausfuhr*, die seit Mitte des Vorjahres nur wenig gewachsen war, hat sich in den Frühjahrs- und Sommermonaten wieder stärker belebt. Der saisonbereinigte Ausfuhrindex, der im Juni 1960 auf 184 (1954 = 100) und im Februar dieses Jahres auf 187 stand, erhöhte sich bis Juni kräftig auf 199. Auch im Juli hielt die steigende Tendenz an; die Ausfuhr (2 725 Mill. S) überschritt den Juniwert um 52 Mill. S (1 9%). Dazu trugen die noch immer bemerkenswert expansionsfähige Inlandsproduktion, die nach Überwindung der amerikanischen Rezession wieder gefestigte Welthandelskonjunktur und steigende Preise bei.

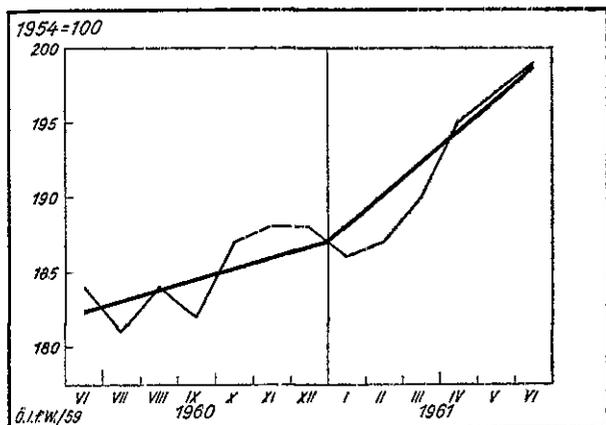
Exportbewegung

Zeit	Ausfuhr Mill. S	Veränderung gegen den Vormonat		
		Saison-bereinigt 1954=100	Tatsächliche Werte	Saison-bereinigter Index %
1960 Juni	2 387	184	- 4 1	+ 0 5
Juli	2 566	181	+ 7 5	- 1 9
August	2 305	184	- 10 2	+ 1 7
September	2 554	182	+ 10 8	- 0 9
Oktober	2 619	187	+ 2 5	+ 2 6
November	2 417	188	- 7 7	+ 0 6
Dezember	2 666	188	+ 10 3	0 0
1961, Jänner	2 113	186	- 20 7	- 1 0
Februar	2 285	187	+ 8 2	+ 0 4
März	2 844	190	+ 24 5	+ 1 9
April	2 582	195	- 9 2	+ 2 3
Mai	2 642	197	+ 2 3	+ 1 0
Juni	2 673	199	+ 1 2	+ 1 0
Juli	2 725		+ 1 9	

Im Gegensatz zur Exportkonjunktur von 1959/60 wird gegenwärtig das Steigen der Ausfuhr

Neuerliche Belebung der Ausfuhr

(Normaler Maßstab; Ausfuhrindex, saisonbereinigt; 1954 = 100)



Der Export, der im Herbst und Winter 1960/61 nur noch langsam stieg, ist seit dem Frühjahr wieder in eine kräftigere Expansionsphase eingetreten. Die anhaltend hohe westeuropäische Konjunktur, die Überwindung der amerikanischen Rezession, das wachsende Produktionsvolumen der Exportindustrie und steigende Preise haben zu dieser Entwicklung beigetragen

nicht von dem der Einfuhr überflügelt. Im 1. Halbjahr 1960 war die Ausfuhr um 18% höher als im 1. Halbjahr 1959, die Einfuhr hatte aber gleichzeitig um 27% zugenommen. Dadurch verschlechterte sich die Handelsbilanz sprunghaft von einem Einfuhrüberschuß von 2 Mrd. S (1. Halbjahr 1959) auf 3,6 Mrd. S (1. Halbjahr 1960). Im 1. Halbjahr 1961 waren die Exporte um 8,1% höher als im Vorjahr, die Importe um 8,8%. Der Einfuhrüberschuß wuchs daher nur mäßig auf 4 Mrd. S. Insbesondere im II. Quartal hat sich das Wachstum deutlich zu den Exporten verschoben. Ihre Zuwachsrate (gegen das Vorjahr) betrug 7,6%, gegen nur 3,5% bei den Importen. Zum ersten Male seit dem III. Quartal 1959 blieb der Einfuhrüberschuß (1,4 Mrd. S) unter dem entsprechenden Vorjahreswert (1,6 Mrd. S). Im Juli allerdings überschritt die Zuwachsrate der Einfuhr (+8,2%) wieder die der Ausfuhr (+6,2%). Der Einfuhrüberschuß stieg auf 645 Mill. S, um 190 Mill. S mehr als im Durchschnitt des II. Quartals, aber noch immer um 224 Mill. S weniger als im Durchschnitt des I. Quartals. Die höhere Zuwachsrate der Einfuhr ist zum Teil durch die Senkung der EFTA-Zölle bedingt. Im Juli wurde die Zollermäßigung gegenüber den EFTA-Staaten von 20% auf 30% erhöht. In einigen Fällen sind daher Warenimporte von Juni auf Juli verschoben worden. Der Einfuhr von Fertigwaren ohne Maschinen und Verkehrsmittel sank von einem Monatsdurchschnitt von 499 Mill. S in den ersten fünf Monaten

auf 456 Mill. S im Juni und stieg auf 563 Mill. S im Juli. Allerdings ist nur ein Teil dieser Verschiebung den Sondereinflüssen der EFTA-Zollregelung zuzuschreiben. Erst die kommenden Monate werden zeigen, ob im Juli die Tendenz zu einer Entspannung der Handelsbilanz bloß vorübergehend unterbrochen wurde oder ob eine neue Welle überproportional expandierender Importe einsetzte.

Einfuhr, Ausfuhr und Handelsbilanz

	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhrüberschuß	
	Mill. S	Zunahme gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Zunahme gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1960 I. Hbj.	17 565	27,0	14 001	18,0	3 564	+ 81,8
1961 I. Hbj.	19 109	8,8	15 138	8,1	3 971	+ 11,4
1961, Ø I Qu.	3 283	14,2	2 414	8,7	869	+ 33,1
Ø II Qu.	3 087	3,5	2 632	7,6	455	- 15,0
Juli	3 370	8,2	2 725	6,2	645	+ 17,3

Wachsende Bedeutung des Außenhandels mit Fertigwaren

Der Rückgang des Einfuhrüberschusses seit dem Frühjahr ist ausschließlich der hohen Agrarproduktion von 1960 zuzuschreiben. Der Importbedarf an Nahrungsmitteln konnte trotz steigendem Konsum gesenkt werden. Die Getreideimporte allein sanken von 530.000 t im 1. Halbjahr 1960 auf 288.000 t in der gleichen Periode des laufenden Jahres. Wäre der Importbedarf an Nahrungsmitteln gleich hoch gewesen wie im Vorjahr, so hätte die Einfuhr im I. Quartal weit stärker und im II. Quartal ebenso stark zugenommen wie die Ausfuhr. Der Einfuhrüberschuß hätte bis Ende Juli 5,3 Mrd. S erreicht, statt der tatsächlichen 4,6 Mrd. S (Januar-Juli 1960: 4,1 Mrd. S). Die günstigen Endergebnisse des laufenden Jahres lassen für ein weiteres Wirtschaftsjahr eine Entlastung der Handelsbilanz erwarten.

Der Einfluß des Rückganges der Nahrungsmittelimporte auf Niveau und Zuwachsrate der Einfuhr

	Iatsächliche Einfuhr	Hypothetische Einfuhr ¹⁾	Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr		
			Ausfuhr	Iatsächliche Einfuhr	Hypothetische Einfuhr ¹⁾
	Mill. S		in %		
1961, Ø I Qu.	3 283	3 367	8,7	14,2	17,2
Ø II Qu.	3 087	3 213	7,6	3,5	7,8
Juli	3 370	3 426	6,2	8,2	9,9

¹⁾ Unter der Annahme wertmäßig gleich hoher Nahrungsmittelimporte (einschließlich Futter- und Düngemittel) wie im Vorjahr

Die hohe heimische Agrarproduktion hatte andererseits eine merkliche Zunahme der Nahrungsmittelexporte zur Folge. In den ersten sieben

Monaten wurden Nahrungs- und Genußmittel für 858 Mill. S exportiert, gegen 731 Mill. S im Vorjahr. Neben den traditionellen Exporten von Lebewild und Molkereiprodukten wurde auch Getreide ausgeführt (1. Halbjahr 1961: 43 000 t, 1. Halbjahr 1960: 6 870 t).

Außerhalb des Nahrungsmittelsektors zeigten Ein- und Ausfuhrentwicklung in den Sommermonaten ein sehr ähnliches Bild: Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Rohstoffumsätze wenig verändert, der Außenhandel mit halbfertigen Waren ist mäßig und der mit Fertigwaren stark gestiegen. Diese „Fächerung“ der Außenhandelsbewegung hat verschiedene Ursachen. In der gegenwärtigen Hochkonjunktur steigen die Einkommen im In- und Ausland. Da die Elastizität der Nachfrage nach Fertigwaren besonders hoch ist und die Investitions- und Konsumwünsche nach zunehmender Spezialisierung drängen, wird der Austausch von Fertigwaren immer intensiver. Der Abbau von Handelshemmnissen (GATT-Liberalisierung, Zoll- und Kontingentabbau in der EFTA sowie autonome Importerleichterungen) fördert diese Entwicklung. Schließlich verstärkt auch die Preisbewegung — Stagnation im Rohstoffbereich, Auftrieb der Fertigwarenpreise — das ungleiche Wachstum der einzelnen Sparten.

Die Zuwachsraten der Außenhandelsgruppen in den Sommermonaten

	Mai/Juli 1961	
	Einfuhr Veränderung gegenüber in %	Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr in %
Nahrungs- und Genußmittel	- 26,6	+ 29,3
Rohstoffe	+ 1,3	- 1,4
Halbfertige Waren ¹⁾	+ 10,6	+ 6,7
Fertigwaren	+ 13,7	+ 11,9
<i>davon</i>		
<i>Maschinen und Verkehrsmittel</i>	+ 14,9	+ 14,1
<i>Sonstige Fertigwaren</i>	+ 11,4	+ 10,2
Insgesamt	+ 4,6	+ 8,0

¹⁾ Einschließlich Futter- und Düngemittel

Die Rohstoffeinfuhr war in den Monaten Mai bis Juli (wertmäßig) nur um etwas mehr als 1% höher als im Vorjahr. Es wurden vor allem mehr mineralische Rohstoffe (Kali, Schwefel, Asbest usw.) und Textilrohstoffe und etwas weniger Brennstoffe importiert. Um ungefähr gleichviel lag die Rohstoffausfuhr unter dem Vorjahrswert, insbesondere da auf den stark konkurrenzieren Auslandsmärkten weniger Holz und Zellulose abgesetzt wurden.

Weit kräftiger als die Produktion und der Gesamtaußenhandel wuchsen die Umsätze an Fertigwaren. Die Importe waren von Mai bis Juli um

Ein- und Ausfuhr von Rohstoffen

	Mai/Juli 1960	Mai/Juli 1961 Mill. S	Veränderung
<i>Einfuhr</i>			
Rohstoffe insgesamt	2 128	2 155	+ 27
davon			
Natürl. Düngemittel u. mineral. Rohstoffe	89	115	+ 26
Spinnstoffe u. Abfälle	353	414	+ 61
Brennstoffe u. Energie	844	834	- 10
Sonstige Rohstoffe	842	792	- 50
<i>Ausfuhr</i>			
Rohstoffe insgesamt	1 734	1 709	- 25
davon			
Holz	1 051	1 014	- 37
Papierzeug	174	148	- 26
Spinnstoffe u. Abfälle	123	127	+ 4
Brennstoffe u. Energie	205	231	+ 26
Sonstige Rohstoffe	181	189	+ 8

14%, die Exporte um 12% höher als vor einem Jahr. Abgesehen von Rückschlägen in der Ausfuhr von Metallwaren und feinmechanischen Erzeugnissen erstreckte sich die Zunahme auf alle wichtigen Fertigwarengruppen. Überdurchschnittlich stark stiegen — in Einfuhr und Ausfuhr — die *Maschinen- und Verkehrsmittellieferungen* mit Zuwachsraten von 14% bis 15%. Diese überdurchschnittliche Steigerung geht ausschließlich auf die sprunghafte Zunahme des Außenhandels mit Erzeugnissen der Elektroindustrie zurück (elektrische Maschinen, Apparate und Geräte). In dieser Sparte betragen die Zuwachsraten 45% (Einfuhr) und 28% (Ausfuhr). Im Juli erreichte die Ausfuhr von Elektroerzeugnissen (142 Mill. S) ihren bisher höchsten, die Einfuhr (193 Mill. S) ihren zweithöchsten Wert (März 1961: 203 Mill. S).

Mit der überproportionalen Expansion der Fertigwarenumsätze hat sich auch der Fertigwarenanteil am Außenhandel erhöht. Die Strukturverschiebung ist in der Einfuhr stärker ausgeprägt als in der Ausfuhr. Der Anteil der importierten Fertigwaren am Gesamtimport lag in den Sommermonaten um 4 Prozentpunkte über dem Vorjahr (47% bis 49% gegen 43% bis 45%), der Anteil der exportierten Fertigwaren am Gesamtexport dagegen nur um 1 bis 2 Punkte (45% bis 47% gegen 43% bis 46%). Seit März ist der Fertigwarenanteil in der Einfuhr ständig höher als in der Ausfuhr. Im Juli erreichte er 49% (nur einmal wurde dieser Satz bisher überschritten, und zwar als vor den Zoll-erhöhungen von September 1958 Fertigwaren auf Vorrat importiert wurden). Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß der hohe Fertigwarenanteil teilweise eine Folge der niedrigen Nahrungsmittelimporte ist. Im Juli kam im Gefolge der EFTA-Zollregelung eine Häufung von Fertigwarenimporten hinzu. Wäre die Nahrungsmittelfuhr auf dem vorjährigen Niveau verblieben, so hätte der

Fertigwarenanteil an der Einfuhr im II Quartal 1961 statt 47 7% nur 45 8% (II Quartal 1960: 44 3%) betragen.

tal 1960: 57 6%). Der Anteil am Export (50 9%, davon Deutschland: 27 7%) hat sich nur wenig verändert (Vorjahr: 51 1%).

Der Anteil der Fertigwaren am Außenhandel

Monat	Fertigwaren insgesamt				Davon Maschinen u. Verkehrsmittel			
	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr		Ausfuhr	
	1960	1961	1960	1961	1960	1961	1960	1961
Jänner	39	44	45	47	25	29	16	16
Februar	41	45	45	47	26	30	16	16
März	45	48	46	46	31	33	16	16
April	45	48	45	47	29	32	18	19
Mai	44	48	43	45	29	32	16	17
Juni	43	47	45	46	28	32	17	18
Juli	45	49	46	47	30	32	16	16

Sehr unterschiedliche Exportentwicklung innerhalb der EWG- und EFTA-Gruppe

Im II. Quartal 1961 setzte sich die allmähliche *Intensivierung* des österreichischen Außenhandels mit der *EFTA* fort. Die Zuwachsraten seit dem Vorjahr waren sehr beachtlich: 16% in der Einfuhr, 23% in der Ausfuhr. Die stärkere Verflechtung mit den EFTA-Staaten, deren Anteil am Import von 11 4% (II. Quartal 1960) auf 12 8% (II. Quartal 1961) und am Export von 12% auf 13 7% stieg, ging jedoch nicht auf Kosten der EWG-Staaten. Die hohe Nachfrage nach Fertigwaren und insbesondere nach Investitionsgütern konzentrierte die Einfuhr weitgehend auf die westeuropäischen Industriestaaten. Aus *Osteuropa* und *Übersee* wurde relativ, zum Teil aber auch absolut weniger bezogen als im Vorjahr. Der Export in die USA litt bis in die jüngste Zeit unter den Nachwirkungen der Rezession. Erst im Juli gab es das erste Anzeichen eines Umschwunges, als die Ausfuhr in die USA zum ersten Male in diesem Jahr über 100 Mill. S (auf 129 Mill. S) stieg und den höchsten Wert seit einem Jahr erreichte. Besonders stark nahm der Export von verschiedenen Fertigwaren zu. Neben dem USA-Export litt die Ausfuhr nach Asien und Afrika unter den Zahlungsschwierigkeiten dieser Länder, den politischen Unruhen im Kongo, in Angola und anderen Gebieten und unter der ungenügenden Bearbeitung dieser Regionen in Zeiten europäischer Hochkonjunktur. Somit wurde trotz der Intensivierung des EFTA-Handels die *Position der EWG* in Österreichs Außenhandel nicht erschüttert. Die Einfuhr aus der EWG stieg überdurchschnittlich (um 10%; II. Quartal 1961 gegen II. Quartal 1960), die Ausfuhrsteigerung entsprach ungefähr dem Durchschnitt (+7 3%). Der EWG-Anteil am Import war im II. Quartal mit 61% (Deutschland: 44%) merklich höher als in früheren Quartalen (II. Quar-

Bedeutung der Wirtschaftsräume in Österreichs Außenhandel

	Einfuhr				Ausfuhr			
	1959	1960	II. Quartal 1960	II. Quartal 1961	1959	1960	II. Quartal 1960	II. Quartal 1961
	in % der gesamten Einfuhr bzw. Ausfuhr							
EFIA	11 7	12 1	11 4	12 8	11 6	12 5	12 0	13 7
EWG	57 2	56 5	57 6	61 0	49 3	50 2	51 1	50 9
Osteuropa	13 1	13 1	11 7	10 4	16 1	17 2	17 0	17 6
USA	6 8	7 3	6 7	5 7	5 9	4 4	4 3	3 4
Südamerika	2 3	2 4	3 5	1 8	2 5	1 9	2 0	2 4
Asien	2 6	2 9	2 9	2 7	6 0	6 0	6 1	4 5
Afrika	2 1	2 2	2 5	2 6	3 2	2 7	2 7	2 5
Sonstige	4 2	3 5	3 7	3 0	5 4	5 1	4 8	5 0

Der Warenaustausch mit den einzelnen *EFTA- und EWG-Ländern* entwickelte sich sehr *unterschiedlich*. In der österreichischen Einfuhr erreichten im II. Quartal die Bezüge aus Schweden und der Schweiz überdurchschnittliche Expansionsraten (42% und 22%). Dagegen wurde aus Dänemark, Norwegen und Italien weniger importiert als im Vorjahr. Im Export wurden alle EFTA-Staaten, nicht aber alle EWG-Staaten von der Expansion erfaßt. Die Zuwachsraten des Exportes in die EFTA-Länder schwankten zwischen 5% (Schweden) und 57% (Portugal). Im Verkehr mit der EWG stiegen die Exporte nach Frankreich, Deutschland und in die Niederlande, nach Italien und Belgien hingegen wurde weniger exportiert als vor einem Jahr.

Starke Differenzierung im EWG- und EFTA-Export

	II. Quartal 1961 Veränderung gegen das II. Quartal 1960 in %
Österreichischer Export nach	
EWG	+ 7 3
Deutschland	+ 13 4
Italien	- 4 9
Frankreich	+ 46 6
Belgien	- 3 5
Niederlande	+ 14 5
EFTA	+ 23 1
Großbritannien	+ 16 9
Schweiz	+ 36 1
Schweden	+ 4 8
Norwegen	+ 17 0
Dänemark	+ 27 4
Portugal	+ 56 5

Die starke Zunahme der Exporte nach *Frankreich* (+47%) hat besondere Gründe. Die Ausfuhr nach Frankreich hatte in der Zeit des Exportbooms nach 1953 zunächst sehr stark zugenommen. Zwischen 1954 und 1956 verdoppelten sich die Exporte nach Frankreich, der Anteil Frankreichs am Gesamtexport stieg von 2 8% auf 3 9%. Insbesondere die Holzausfuhr nahm stark zu, aber auch alle anderen Warenkategorien expandierten rasch. Die wirt-

schaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs, die im Sommer 1957 zur Entliberalisierung und Francabwertung führten, setzten dieser Aufwärtsentwicklung ein jähes Ende. Die Holzausfuhr hörte fast ganz auf, aber auch in den anderen Bereichen schrumpfte die Ausfuhr sehr stark. Bis 1959 sank der Export nach Frankreich wieder auf das Niveau von 1954, sein Anteil am Gesamtexport betrug nur noch 17%. Seither wird — unabhängig von der EWG- und EFTA-Blockbildung — der konsolidierte französische Markt wieder allmählich zurückgewonnen. Bis Mitte 1961 konnte (absolut) der halbe Verlust, der zwischen 1956 und 1959 erlitten wurde, wieder aufgeholt werden. Der Anteil Frankreichs am österreichischen Export beträgt allerdings noch immer erst 21%. Außer der Holz- und Zelloseausfuhr sind alle Exporte gestiegen. Die Ausfuhr von Eisen, Stahl und feuerfesten Ziegeln überschritt bereits die Ergebnisse von 1956

Der österreichische Export nach Frankreich

	1954	1956	1959	1961 I. Hbj.
	Monatsdurchschnitte in Mill. S			
Insgesamt	36,8	72,0	36,3	53,0
in % der Gesamtexportes	2,8	3,9	1,7	2,1
davon				
Holz	7,2	18,9	3,5	2,2
Papierzeug	2,5	2,8	1,2	1,3
Waren aus nichtmet. mineral. Stoffen ¹⁾	7,9	15,1	10,3	17,1
Eisen und Stahl	2,7	4,8	3,3	8,6
Maschinen u. Verkehrsmittel	4,8	8,7	5,3	6,5
Sonstige Ausfuhr	11,7	21,7	12,7	17,3

¹⁾ Hauptsächlich Magnesitziegel u. -platten.

Die Zunahme der Ausfuhr nach Deutschland und Holland entspricht dem Konjunkturverlauf. Im

II. Quartal 1961 wurden in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr vor allem bedeutend mehr Maschinen und Apparate, Bekleidung, verschiedene andere Fertigwaren und (auf Grund besonderer Vereinbarungen) Lebendvieh abgesetzt. Der Rückgang der Ausfuhr nach Italien, Österreichs zweitwichtigstem Exportmarkt, ist zum Teil auf besondere administrative Eingriffe zurückzuführen. Hemmnisse im Import von Agrarerzeugnissen und Schiffsblechen haben die Vieh- und Fleischexporte sowie die Eisen- und Stahlexporte nach Italien sehr beeinträchtigt. Im Ernährungssektor konnte auf dem deutschen Markt ein Ersatz gefunden werden, der Blechexport kam im September nach Abbau der Hemmnisse wieder in Gang. Auch außerhalb dieser beiden Gruppen hat sich im Italienhandel die Exportexpansion deutlich abgeschwächt. Die „restliche“ Ausfuhr (Gesamtausfuhr ohne Vieh, Fleisch, Eisen und Stahl) war im II. Quartal 1961 nur um 22% höher als im II. Quartal 1960

Verschiebungen im Italienexport

	1960	II. Quartal 1961
Gesamtexport	1.337	1.271
davon		
Lebende Tiere	152	107
Fleisch	22	0
Eisen und Stahl	200	180
Gesamtexport ohne Vieh, Fleisch, Eisen und Stahl	963	984
davon		
Holz	618	624
Papierzeug	82	78
Mineralische Rohstoffe	11	15
Papier und Papierwaren	25	30
Aluminium	12	7
Maschinen und Verkehrsmittel	41	46
Sonstige Exporte	174	184